Bereinigt und genehmigt: 14.11.2013
(Korrekturen siehe dort)

Protokoll Nr. 17

Stadtratssitzung
Donnerstag, 12. September 2013, 13.30 Uhr, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr
Grossratssaal im Rathaus

	Traktanden	**Geschäfts-nummer**
1.	Dringliche Motion Fraktion GB/JA! (Lea Bill, JA!/Leena Schmitter, GB): Unabhängige Untersuchung zum Polizeieinsatz am Tanz dich frei (SUE: Nause)	2013.SR.000101
2.	Dringliche Motion Christa Ammann (AL): Unabhängige Untersuchung zum Polizeieinsatz am Tanz dich frei – ergänzende Fragen (SUE: Nause)	2013.SR.000102
3.	Kleine Anfrage Jacqueline Gafner Wasem (FDP): Gewaltexzesse in Bern: Präventives Potential der Öffentlichkeit von Gerichtsverhandlungen nutzen? (SUE: Nause)	2013.SR.000224
4.	Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Interview des Herrn Stadtpräsidenten im „Bund“ betreffend Vorfälle in der Reitschule. „Schwarz Peter“-Spiel? Späte Einsicht? Opportunismus? Zynismus? Heuchelei? (PRD: Tschäppät)	2013.SR.000223
5.	Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Roland Jakob, SVP): Sonderrechte Stadtnomaden! Oder? (PRD: Tschäppät)	2013.SR.000220
6.	Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Kurt Rüegsegger, SVP): Bern 2033 autofrei? Zahlen in Bern die Autofahrer für ihre Personenwagen hohe Steuern und Gebühren, damit sie in Zukunft ihren Personenwagen in der Stadt Bern nur noch in die Garage stossen dürfen? (TVS: Wyss)	2013.SR.000221
7.	Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Manfred Blaser, SVP): Umsteigen vom öV aufs Velo zu Gunsten der Agglo: Stadtberner müssen zur Entlastung des öV auf Velo umsteigen. Welche Zwangsmassnahmen sind geplant? Was ist die Gegenleistung der Agglo? (TVS: Wyss)	2013.SR.000222
8.	Interfraktionelle Motion GFL/EVP, GLP, BDP/CVP (Daniel Klauser, GFL/Michael Köpfli, GLP/Kurt Hirsbrunner, BDP): Neuausrichtung statt Kahlschlag bei der Gemeinwesenarbeit; Abschreibung Punkt 1–4; (SBK: Schneider / BSS: Teuscher)	2013.SR.000054
9.	Dringliche Motion Luzius Theiler (GPB-DA): Stopp Luxusbau – für Neuanfang am Centralweg 9 (FPI: Schmidt)	2013.SR.000103
10.	Interpellation Fraktion SP (Gisela Vollmer, SP): Learning from Centralweg? (FPI: Schmidt)	2013.SR.000123
11.	Produktegruppen-Budget 2014 (Abstimmungsbotschaft) (vgl. beiliegender Ablaufplan) (FD: Köpfli / FPI: Schmidt)	2012.GR.000333

Inhaltsverzeichnis

Seite

Protokoll Nr. 17 ... 867
Präsenzliste der Sitzung 13.30 bis 16.30 Uhr ... 869
Mitteilungen des Präsidenten ... 870
Traktandenliste ... 870
3 Kleine Anfrage Jacqueline Gafner Wasem (FDP): Gewaltexzesse in Bern: Präventives Potential der Öffentlichkeit von Gerichtsverhandlungen nutzen? ... 871
4 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Interview des Herrn Stadtpräsidenten im „Bund“ betreffend Vorfälle in der Reitschule. „Schwarz Peter“-Spiel? Späte Einsicht? Opportunismus? Zynismus? Heuchelei? ... 871
5 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Roland Jakob, SVP): Sonderrechte Stadtnomaden! Oder? ... 872
6 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Kurt Rüegsegger, SVP): Bern 2033 autofrei? Zahlen in Bern die Autofahrer für ihre Personenwagen hohe Steuern und Gebühren, damit sie in Zukunft ihren Personenwagen in der Stadt Bern nur noch in die Garage stossen dürfen? ... 873
7 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Manfred Blaser, SVP): Umsteigen vom öV aufs Velo zu Gunsten der Agglo: Stadtberner müssen zur Entlastung des öV auf Velo umsteigen. Welche Zwangsmassnahmen sind geplant? Was ist die Gegenleistung der Agglo? ... 874
8 Interfraktionelle Motion GFL/EVP, GLP, BDP/CVP (Daniel Klauser, GFL/Michael Köpfli, GLP/Kurt Hirsbrunner, BDP): Neuausrichtung statt Kahlschlag bei der Gemeinwesenarbeit; Abschreibung Punkt 1-4 ... 876
11 Produktegruppen-Budget 2014 (Abstimmungsbotschaft) ... 876
Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.00 Uhr ... 907
Mitteilungen des Präsidenten ... 908
1 Dringliche Motion Fraktion GB/JA! (Lea Bill, JA!/Leena Schmitter, GB): Unabhängige Untersuchung zum Polizeieinsatz am Tanz dich frei ... 908
2 Dringliche Motion Christa Ammann (AL): Unabhängige Untersuchung zum Polizeieinsatz am Tanz dich frei – ergänzende Fragen ... 908
9 Dringliche Motion Luzius Theiler (GPB-DA): Stopp Luxusbau – für Neuanfang am Centralweg 9 ... 915
10 Interpellation Fraktion SP (Gisela Vollmer, SP): Learning from Centralweg? ... 922
11 Fortsetzung: Produktegruppen-Budget 2014 (Abstimmungsbotschaft) ... 924
Präsenzliste der Sitzung 20.30 bis 22.30 Uhr ... 928
11 Fortsetzung: Produktegruppen-Budget 2014 (Abstimmungsbotschaft) ... 929
Eingänge ... 954
Schluss der Sitzung: 22.30 Uhr. ... 954

Präsenzliste der Sitzung 13.30 bis 16.30 Uhr

Vorsitzend
Präsident Rudolf Friedli

Anwesend

Katharina Altas
Christa Ammann
Peter Ammann
Cristina Anliker-Mansour
Mess Barry
Sabine Baumgartner
Lea Bill
Manfred Blaser
Yasemin Cevik
Rithy Chheng
Nathalie D'Addezio
Bernhard Eicher
Susanne Elsener
Tania Espinoza
Alexander Feuz
Benno Frauchiger
Jacqueline Gafner Wasem
Hans Ulrich Gränicher
Claude Grosjean
Franziska Grossenbacher
Isabelle Heer
Erich Hess
Karin Hess-Meyer
Kurt Hirsbrunner
Mario Imhof
Daniel Imthurn
Roland Jakob
Bettina Jans-Troxler
Stefan Jordi
Dannie Jost
Daniel Klauser
Philip Kohli
Michael Köpfli
Martin Krebs
Marieke Kruit
Lea Kusano
Annette Lehmann
Daniela Lutz-Beck
Martin Mäder
Ursula Marti
Lukas Meier
Christine Michel
Patrizia Mordini
Esther Oester
Stéphanie Penher
Halua Pinto de Magalhães
Pascal Rub
Kurt Rüegsegger
Sandra Ryser
Leena Schmitter
Martin Schneider
Silvia Schoch-Meyer
Hasim Sönmez
Lena Sorg
Michael Steiner
Matthias Stürmer
Bettina Stüssi
Michael Sutter
Luzius Theiler
Lilian Tobler
Regula Tschanz
Gisela Vollmer
Nicola von Greyerz
Manuel C. Widmer
Rolf Zbinden
Christoph Zimmerli

Entschuldigt

Rania Bahnan Büechi
Dolores Dana
Michael Daphinoff
Claudio Fischer
Simon Glauser
Thomas Göttin
Lukas Gutzwiller
Ueli Jaisli
Peter Marbet
Melanie Mettler
Judith Renner-Bach
David Stampfli
Urs Ziehli

Vertretung Gemeinderat

Alexander Tschäppät PRD
Reto Nause SUE
Alexandre Schmidt FPI
Franziska Teuscher BSS
Ursula Wyss TVS

Entschuldigt
-

Ratssekretariat

Daniel Weber, Ratssekretär
Annemarie Masswadeh
Nik Schnyder, Ratsweibel
Susy Wachter, Sekretariat

Stadtkanzlei

Christa Hostettler, Vizestadtschreiberin

Die Namenslisten der Abstimmungen finden sich im Anhang. Beachten Sie die Abstimmungsnummern für die Zuordnung von Beschluss und Namensliste.

Mitteilungen des Präsidenten

Der Vorsitzende: Ich begrüsse Sie im renovierten Ratssaal. Die Abstimmungsanlage ist etwas empfindlich: Sie dürfen den Abstimmungsknopf nur einmal drücken. Betätigen Sie den gleichen Knopf ein zweites Mal, wird er gewissermassen neutralisiert.

Ordnungsantrag der Fraktionen GFL/EVP, GB/JA!, SP und BDP/CVP
Die dringlichen Motionen (Traktanden 1, 2 und 9) werden erst um 17.00 Uhr behandelt.
Begründung:
Für viele Erwerbstätige ist es nicht so einfach möglich, am Nachmittag frei zu nehmen. Die Budgetsitzung am Nachmittag ist akzeptabel, wenn diese für die Beantwortung der Kleinen Anfragen und für die Eintretensdebatte zum PGB genutzt wird, aber nicht um über dringliche Motionen zu befinden. Die Beratung des PGB soll um 17 Uhr unterbrochen werden für die Behandlung der dringlichen Motionen.

Daniel Klauser (GFL): Die Begründung ist dem Antrag beigefügt. Ein **ergänzender Antrag**: Die Interpellation Traktandum 10 soll ebenfalls verschoben werden.

Beschluss
Der Stadtrat stimmt dem ergänzten Ordnungsantrag zu (31 Ja, 11 Nein, 1 Enthaltung).
Abst.Nr. 014

Martin Schneider: Ich stelle den **Ordnungsantrag**, die Traktanden 1 und 2 auf eine spätere Sitzung zu verschieben, weil wir die Sache beraten sollten, wenn Fleisch am Knochen ist, und sie zusammen mit dem Gemeinderatsbericht und den beiden Interpellationen, die wir bereits verschoben haben, zu traktandieren. Zudem haben wir heute die Budgetdebatte und das braucht Zeit.

Lea Bill (JA!): Ich bitte Sie, diesen Ordnungsantrag abzulehnen. Wir haben heute eine andere Situation. Als die Interpellationen dazumal traktandiert waren, lag der sicherheitspolitische Bericht des Gemeinderats noch nicht vor und in seiner Antwort hat er ja auf diesen Bericht Bezug genommen. Darum wollten wir damals die Interpellationen noch nicht behandeln. Aber jetzt ist die Situation anders, es liegt alles vor, was der Gemeinderat uns auf den Tisch zu legen bereit ist und darum können wir auch über die Motionen diskutieren.

Roland Jakob (SVP): Auch ich meine, man solle diesen Ordnungsantrag zurückweisen, mit folgender Begründung: Der Gemeinderat hat seine Ausführungen abgeliefert, und wir möchten die Geschäfte behandeln, statt zuzuwarten, bis alles Schnee von gestern ist.

Beschluss
Der Stadtrat lehnt den Ordnungsantrag Schneider ab (19 Ja, 26 Nein, 3 Enthaltungen).
Abst.Nr. 015

Traktandenliste

Die Traktanden 1, 2, 9 und 10 werden auf den zweiten Teil der Sitzung verschoben.

- Die Traktanden 1 und 2 werden auf den zweiten Teil der Sitzung verschoben. -

2013.SR.000224

3 Kleine Anfrage Jacqueline Gafner Wasem (FDP): Gewaltexzesse in Bern: Präventives Potential der Öffentlichkeit von Gerichtsverhandlungen nutzen?

Der Direktor SUE *Reto Nause* beantwortet die Kleine Anfrage im Namen des Gemeinderats wie folgt: Zurzeit steht noch nicht fest, ob es im Rahmen der Strafverfahren im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Tanz dich frei" vom 25. Mai 2013 überhaupt zu öffentlichen Gerichtsverhandlungen kommen wird. Ob und in welchen Fällen es zu öffentlichen Gerichtsverhandlungen oder zu nicht öffentlichen Strafbefehlsverfahren kommt, wird sich im Einzelfall erst nach Abschluss des Vorverfahrens zeigen. Das nicht öffentliche Strafbefehlsverfahren wird eingeleitet, wenn die beschuldigte Person im Vorverfahren den Sachverhalt eingestanden hat oder der Sachverhalt anderweitig ausreichend geklärt ist und für die Tat entweder eine Busse, eine Geldstrafe von höchstens 180 Tagessätzen, gemeinnützige Arbeit oder eine Freiheitsstrafe von höchstens 6 Monaten als ausreichend erachtet wird. Der Tatbestand des Landfriedensbruch oder der Sachbeschädigung kann somit grundsätzlich im Strafbefehlsverfahren beurteilt werden. Im Weiteren ist festzuhalten, dass Strafanzeigen, soweit sich diese gegen Jugendliche unter 18 Jahren richten, an die Jugendanwaltschaft gehen. Das Verfahren richtet sich dabei nach den Bestimmungen des Jugendstrafgesetzes sowie der Jugendstrafprozessordnung und ist nicht öffentlich.
Zu Frage 1: Sofern es zu öffentlichen Gerichtsverhandlungen im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Tanz dich frei" vom 25. Mai 2013 kommt, können sich Interessierte beim Regionalgericht Bern-Mittelland nach Ort und Zeitpunkt der Gerichtsverhandlung erkundigen.

Jacqueline Gafner Wasem (FDP): Ich danke dem Polizeidirektor für den Nachhilfeunterricht in Sachen Strafprozessordnung. Da ich selber Juristin bin, wäre dies für mich eigentlich nicht nötig gewesen. Im Übrigen halte ich fest, dass der Gemeinderat offensichtlich nicht gewillt ist, selbst bei den Prozessen, in denen er sich als Privatkläger stellt, interessierten Stadtrats-Mitgliedern bekannt zu geben, wann diese Prozesse stattfinden. Das heisst, der Gemeinderat hat null Interesse daran, dass öffentlich wird, welches die Personen sind, die in der Stadt Bern immer wieder auffallen. Wen es trotzdem interessiert: Es ist zwar etwas mühsam, aber man findet die Angaben auf der Homepage des Kantons, bei der Justizdirektion. Es sind zwar keine Namen genannt, aber das Delikt. Und der Gemeinderat kann sicher sein, dass wir von der FDP für Öffentlichkeit in dieser Sache sorgen werden.

Beschluss
Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der mündlichen Antwort des Gemeinderats.

2013.SR.000223

4 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Interview des Herrn Stadtpräsidenten im „Bund" betreffend Vorfälle in der Reitschule. „Schwarz Peter"-Spiel? Späte Einsicht? Opportunismus? Zynismus? Heuchelei?

Der Stadtpräsident *Alexander Tschäppät* beantwortet die Kleine Anfrage im Namen des Gemeinderats wie folgt: Wie im Vortrag zum Verpflichtungskredit für den „Leistungsvertrag mit dem Verein Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule, IKuR, für die Periode 2013 bis

2015“ beschrieben, wird das Verhältnis von Stadt und IKuR in der „Vereinbarung über die Organsiation, Kommunikation und Sicherheit“ sowie im „Leistungsvertrag“ definiert. Im selben Dokument wird ebenfalls aufgezeit, dass der Betrieb des Kulturraums Reitschule zudem durch den Mietvertrag mit Stadtbauten Bern und die Generelle Überzeit- und Betriebsbewilligung des Regierungsstatthalteramts geregelt wird. Auf diesen rechtlichen und vertraglichen Grundlagen habe ich damals die Aussage gemacht, dass die Stadt Gewalt – wie sie am 27./28. Juli im Gebiet der Schützenmatte passiert ist – nicht toleriert, dass für die Handhabung des Gewaltmonopols jedoch ausschliesslich die Polizei zuständig sei.
Zu Frage 1: Der aktuelle Leistungsvertrag mit der IKuR gilt von 2013 bis 2015. Es besteht kein Anlass, vor dessen Ablauf einen neuen Vertrag auszuarbeiten. Sowohl die Einhaltung des geltenden Rechts wie auch diejenige des Leistungsvertrags wird durch die dafür zuständigen Organe und Institutionen überprüft, eingefordert und nötigenfalls durchgesetzt. Das gilt selbstverständlich im Rahmen seiner Verantwortlichkeit auch für den Gemeinderat. *Zu Frage 2*: Das Gewaltmonopol liegt bei der Polizei. Der Gemeinderat will im Rahmen seiner Möglichkeit alles unternehmen, um derartige Gewalt künftig zu verhindern. Zu diesem Zweck hat er beschlossen, möglichst rasch eine dringliche Sitzung mit einer Delegation der IKuR durchzuführen. Dabei soll unter anderem eine Analyse der Ereignisse vorgenommen und geklärt werden, ob die geltende „Vereinbarung über die Organisation, Kommunikation und Sicherheit“‘ mit der Reitschule eingehalten und die entsprechenden Auflagen erfüllt wurden. An dem Gespräch werden Reto Nause, Direktor für Sicherheit, Umwelt und Energie und ich teilnehmen.

Alexander Feuz (SVP): Ich danke dem Stadtpräsidenten dafür, dass er die Fragen persönlich beantwortet hat, wie wir dies gewünscht hatten. Frage 3 ist offenbar beim Übertragen des Dokuments verloren gegangen, sie wurde nicht beantwortet. Ich bin der Meinung, man müsse hier eingreifen, frühzeitig. Betreffend die Äusserungen im Vorfeld, die hier auch schon gemacht wurden, dass die Reithalle eben ein Sonderrecht, eine Sondernutzung habe und man nicht eingreifen könne, bin ich der Meinung, es müssten jetzt endlich die nötigen Konsequenzen gezogen werden. Die ganz entscheidende Frage, was die Stadt macht, um die militante 031-er-Gruppe ins Recht zu fassen, und den Leuten in der Reithalle, die auch unter ihr leiden, zu helfen, hätte ich gern noch beantwortet gehabt. Ich weiss nicht, ob dies jetzt möglich ist oder ob wir eine neue Anfrage stellen müssen.

Beschluss
Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der mündlichen Antwort des Gemeinderats.

2013.SR.000220

5 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Roland Jakob, SVP): Sonderrechte Stadtnomaden! Oder?

Der Stadtpräsident *Alexander Tschäppät* beantwortet die Kleine Anfrage im Namen des Gemeinderats wie folgt: Bis zum Entscheid über eine definitive Lösung für alternative Wohnformen (Zonenplan Riedbach) haben Kanton, Burgergemeinde und Stadt Bern den Mitgliedern des Vereins Alternative (Stadtnomaden) abwechslungsweise ein Grundstück für den dreimonatigen Aufenthalt zur Verfügung gestellt. Auf den 1. August 2013 hätte der Verein Alternative eine Fläche in Wankdorf-City beziehen sollen. Dieses Areal wurde den Stadtnomaden bereits mehrmals zur Verfügung gestellt. Allerdings zeigte sich ca. zwei Wochen vor Umzugstermin, dass eine Platzierung der Stadtnomaden auf diesem Gelände wegen der laufenden Bauarbei-

ten schwierig war. Die Stadt hat daher dem Verein kurzfristig ein anderes Gelände angeboten: Vorgesehen war, dass die Stadtnomaden Anfang August auf ein Areal oberhalb der Siedlung Eymatt ziehen. Darauf wurde allerdings nach negativen Reaktionen aus der Anwohnerschaft verzichtet und stattdessen eine andere Lösung gesucht. Die Stadtnomaden zogen nicht um, sondern blieben auf dem Schermenareal. Die Burgergemeinde hat sich nach Gesprächen mit der Präsidialdirektion bereit erklärt, das Gelände für weitere drei Monate zur Verfügung zu stellen. Der Aufenthalt des Vereins Alternative auf dem Schermenareal verlief bisher stets problemlos. Reklamationen sind dem Gemeinderat keine bekannt. Der Gemeinderat erachtet die getroffene Regelung auf dem Schermenareal als pragmatisch. Er weist darauf hin, dass mit der Volksabstimmung über den Zonenplan Riedbach am 22. September 2013 ohnehin ein definitiver Entscheid bezüglich der Legalisierung alternativer Wohnformen ansteht.
Zu Frage 1: Bisher wurde kein Baugesuch eingereicht. *Zu Frage 2*: In der eingangs beschriebenen Situation wurde nach einer Lösung gesucht, die nicht mit anderen Wohnnutzungen kollidiert und sehr rasch umsetzbar war. Angesichts der nahen Abstimmung erachtet der Gemeinderat die getroffene Regelung als pragmatisch. *Zu Frage 3*: Die Verlängerung des Aufenthalts des Vereins Alternative ändert nichts an der bisherigen Praxis bei der Bearbeitung von Baugesuchen. Der Gemeinderat beabsichtigt nicht, illegale Tätigkeiten zu fördern.

Alexander Feuz (FDP): Einige sind gleicher als andere. Ich bin auch der Meinung, wie ich informiert bin, dass das Bauinspektorat der Stadt Bern nächstens vom Statthalter aufgefordert werden muss, zu erläutern, was man gegen diesen gesetzlosen Zustand vorzukehren gedenkt. Wenn ich im Sommer für drei Monate Fahrnisbauten erstelle und dann finde, ich möchte sie, weil das Wetter schön ist, auch im September und Oktober noch haben, wird wahrscheinlich spätestens Mitte September die Baupolizeibehörde verfügen. Ich bin sehr gespannt darauf, was die Stadt machen wird. Ich mache darauf aufmerksam, dass eine strafrechtlich relevante Begünstigung vorliegen könnte, wenn man eine strafbare Handlung toleriert.

Beschluss
Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der mündlichen Antwort des Gemeinderats.

2013.SR.000221

6 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Kurt Rüegsegger, SVP): Bern 2033 autofrei? Zahlen in Bern die Autofahrer für ihre Personenwagen hohe Steuern und Gebühren, damit sie in Zukunft ihren Personenwagen in der Stadt Bern nur noch in die Garage stossen dürfen?

Die Direktorin TVS *Ursula Wyss* beantwortet die Kleine Anfrage im Namen des Gemeinderats wie folgt: Bevor ich zu den einzelnen Fragen komme, möchte ich kurz einordnen, woher diese Kleine Anfrage kommt. Sie bezieht sich auf einen Artikel in der NZZ am Sonntag von Mitte Juli, in dem es um die Förderung des Veloverkehrs geht und um die Frage, wie europäische Zentren in Zukunft aussehen werden. Zahlreiche Innenstädte in Europa wie auch in der Schweiz sind heute autofrei, es hat Fussgängerzonen und diese Fussgängerzonen und verkehrsberuhigten Gebiete stossen auf sehr grossen Zuspruch. Dies gilt auch für die Stadt Bern. Wir versuchen, in der Innenstadt eine möglichst verkehrsberuhigte Situation zu erzielen, ebenso in den Wohnquartieren. Dies erstens zum Schutz der Bevölkerung, aber auch, um einen stadt- und umweltverträglichen Verkehr und damit ein verbessertes Wohnumfeld und höhere Lebensqualität zu haben.

Zu Frage 1: Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass Einschränkungen des privaten Autoverkehrs opportun sind, wenn sie den erwähnten Zielen dienen und nach wie vor eine adäquate Erschliessung ermöglichen. *Zu Frage 2*: Ja, der Gemeinderat verfolgt nach wie vor das Ziel, den öffentlichen Verkehr und den Fuss- und Veloverkehr als Hauptträger der städtischen Mobilität zu fördern und den Anteil des motorisierten Privatverkehrs und dessen Auswirkungen insbesondere in den Wohnquartieren zu reduzieren. *Zu Frage 3*: Eine Einschränkung des motorisierten Individualverkehrs ist nach anerkannten Grundsätzen zulässig, wenn die rechtlichen Grundlagen dazu bestehen, die Massnahme geeignet ist, das gesetzte Ziel zu erreichen (Zweckmässigkeit) und wenn es nicht weniger einschneidende Massnahmen gibt, mit denen dieses Ziel auch erreicht werden könnte (Verhältnismässigkeit). Nach diesen drei Grundsätzen richtet sich die städtische Verkehrspolitik.

Alexander Feuz (FDP): Für mich wichtig und entscheidend ist, dass wir auch hier übergeordnetes Recht haben. Ich bin nach wie vor der Meinung, die Abwürgung, die wir hier machen, führe schlussendlich dazu, dass die freie Wahl der Verkehrsmittel nicht mehr gegeben ist. Wir sind der Meinung, man müsse hier gezielt nachfassen. Wenn man jedes Jahr 20 oder 30% wegnehmen will, mit dem grossen Ziel „2033 autofrei“, sind das nur Lippenbekenntnisse, die Verkehrsschikanen dienten der Bevölkerung. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass die Schikanen und die Absperrmassnahmen auf anderen Strecken und im Quartier sogar zu gewaltigen Nachteilen führen. Die SVP wird dranbleiben und wir werden uns für eine gesamthaft sinnvolle statt einer Schikanelösung einsetzen. Wir werden dazu in der Budgetdebatte auch entsprechende Anträge stellen.

Beschluss
Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der mündlichen Antwort des Gemeinderats.

2013.SR.000222

7 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Manfred Blaser, SVP): Umsteigen vom öV aufs Velo zu Gunsten der Agglo: Stadtberner müssen zur Entlastung des öV auf Velo umsteigen. Welche Zwangsmassnahmen sind geplant? Was ist die Gegenleistung der Agglo?

Die Direktorin TVS *Ursula Wyss* beantwortet die Kleine Anfrage im Namen des Gemeinderats wie folgt: Alexander Feuz’ Bemerkung leitet direkt über zur nächsten Kleinen Anfrage. Ich hatte auch den Eindruck, seine Bemerkung habe sich hauptsächlich auf die jetzt zur Debatte stehende Frage bezogen, nämlich auf die Frage der Zwangsmassnahmen. Ich kann die gleiche Einleitung vorausschicken, die ich zur Kleinen Anfrage Traktandum 6 vorausgeschickt habe: Unser Ziel ist es, den motorisierten Individualverkehr so stadt- und umweltfreundlich wie möglich zu gestalten, das heisst insbesondere die Quartiere zu entlasten und so die Lebensqualität zu erhöhen. Dies bedeutet auch, dass wir den öffentlichen Verkehr und den Fuss- und Veloverkehr gezielt fördern und dass wir in dieser Strategie keinen Widerspruch sehen, sondern durchaus eine Ergänzung.
Zu Frage 1: Der Vorwurf ist unberechtigt. Es gibt keine Einschränkung der Verkehrsmittelwahl, ganz im Gegenteil. Vielerorts wird überhaupt erst die Förderung des Fuss- und Veloverkehrs und auch des öffentlichen Verkehrs dazu führen, dass die Bevölkerung eine real freie Wahl der Verkehrsmittel hat. *Zu Frage 2*: Es sind keine Zwangsmassnahmen geplant. *Zu Frage 3*: Der Beitrag der Stadt Bern an die Kosten des öffentlichen Verkehrs ist abhängig vom entsprechenden Angebot. Dass der zunehmende Anteil an Veloverkehr hier einen Einfluss

hätte, wäre eine recht kühne Annahme. Wenn man dermassen gut ist in der Förderung des Veloverkehrs, dass wir zu einer Verdoppelung des Anteils kommen, ist es allerdings durchaus denkbar, dass dies eine Entlastung auch des öffentlichen Verkehrs bewirkt, und das würde uns entsprechende Kosten sparen. So weit würde ich mich im Moment nicht aus dem Fenster lehnen, aber es könnte durchaus eine Möglichkeit sein, um den Ausbaudruck, den wir heute beim öffentlichen Verkehr haben, etwas abzumindern.
Ich erlaube mir, das Thema öffentlicher Verkehr und Ausbau des öffentlichen Verkehrs gleich zum Anlass zu nehmen, um etwas zum Industrieobjekt zu sagen, das Sie heute auf Ihrem Pult vorgefunden haben. Es handelt sich um ein Stück original Tramschiene, wie sie jetzt in der Marktgasse verlegt worden ist. Es ist ein Meter Schiene übrig geblieben und wir haben uns gedacht, wie überreichen Ihnen ein kleines Dankeschön für Ihre Geduld, für Ihre Unterstützung und für Ihr vorausgehendes Vertrauen und den Kredit, den Sie für die Marktgass-Sanierung gesprochen haben. Wir verteilen dieselben Objekte morgen auch in allen Geschäften der Marktgasse. Es ist ein kleines Symbol, mit dem wir allen Betroffenen gewissermassen die Referenz erweisen und ganz herzlich für die Geduld danken, die sie während dieser Monate aufgebracht haben, in denen die Trams nicht durchfahren konnten, während derer die Geschäfte unter der Baustelle leiden mussten. Heute ist das erste Probetram über die Strecke gefahren, es hat alles einwandfrei funktioniert und wir freuen uns sehr, dass die Trams ab Sonntagmorgen früh wieder auf diesen Schienen werden fahren können. Und um die nächste Kleine Anfrage gleich vorwegzunehmen respektive zu verhindern: Jedes dieser Objekte kostet 3.80 Franken – das sind die Vollkosten inklusive Schnitt und Polieren, übernommen von BERNMOBIL. Was wir dazu beigetragen haben ist die schöne Karte, einfach, um Ihnen Danke zu sagen.

Der Vorsitzende: Ich denke, ich kann im Namen aller Stadtrats-Mitglieder danken, ich persönlich werde das Objekt als Briefbeschwerer benützen.

Alexander Feuz (FDP): Ich hoffe, diese Tramschienen werden nicht zweckentfremdet, andernfalls könnten sie noch zu einem gefährlichen Gegenstand werden. Ein Punkt, der uns in der Kleinen Anfrage wichtig war – und sie gibt eben offenbar doch mehr zu reden, als man meint -, ist folgendes: Gewisse Leute haben gar nicht die Möglichkeit, Rad zu fahren. Denken Sie an die Behinderten, denken Sie an die älteren Leute. Und mit der ganzen Situation, mit diesen Zwangsmassnahmen, gibt es ja auch noch so genannte indirekte Zwangsmassnahmen. Und noch etwas betreffend Kosten. Wir werden in der heutigen Budgetdebatte einen Antrag auf Kürzung gewisser Massnahmen stellen. Ich kann Ihnen sagen: Die PVS-Sitzung am 17. Oktober muss ausfallen. Der Stadtpräsident muss an diesem Tag das Knie operieren lassen, dazu wünsche ich ihm gute Besserung, aber es gibt auch noch eine Dienstreise. Man kann Steuergelder, auch mit einer Dienstreise wegen der Veloförderung oder wegen was auch immer „verbraten“ und darum, ich kann es vorweg nehmen, werden wir einen begründeten Kürzungsantrag stellen.

Beschluss
Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der mündlichen Antwort des Gemeinderats.

2013.SR.000054

8 Interfraktionelle Motion GFL/EVP, GLP, BDP/CVP (Daniel Klauser, GFL/Michael Köpfli, GLP/Kurt Hirsbrunner, BDP): Neuausrichtung statt Kahlschlag bei der Gemeinwesenarbeit; Abschreibung Punkt 1-4

Gemeinderatsantrag
Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die erheblich erklärten Punkte 1-4 der Interfraktionellen Motion abzuschreiben.
Bern, 3. Juli 2013

Sprecher SBK *Martin Schneider* (BDP): Aus der Sicht der Kommission hat der Gemeinderat die Motion erfüllt, und zwar in allen Punkten, und darum empfehlen wir Ihnen Abschreibung. Zur Thematik von vbg und darüber, wie die Sparmassnahmen umgesetzt werden, werden wir im Budgetprozess diskutieren.

Motionär *Daniel Klauser* (GFL) Bezüglich des letzten Punktes schliesse ich mich dem Kommissionssprecher an, die inhaltliche Diskussion wollen wir beim Budget führen. Die Motion hatte ja genau den Zweck, dass die entsprechenden Zahlen und Grundlagen auf den Tisch kommen, so dass wir anlässlich der Budgetdebatte eine inhaltliche Diskussion führen und Entscheide fällen können. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass der Stadtrat den Gemeinderat mit einer Motion dazu zwingen musste, diese Varianten zu erarbeiten und die Zahlen vorzulegen. Aber eigentlich würden wir erwarten, dass der Gemeinderat seine Führungsverantwortung wahrnimmt und die Sachen von sich aus vorlegt. Was ebenfalls erstaunlich ist: Dass der Gemeinderat nicht von sich aus einen Antrag stellt, um sein eigenes Budget mit dieser 1.0-Millionen-Sparvariante anzupassen. In seiner Antwort sagt der Gemeinderat mehr oder weniger, diese Variante habe verheerende Folgen, und der gleiche Gemeinderat will uns ein derartiges Budget beantragen. Das ist eher sonderbar.

Beschluss
Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats.
Der Stadtrat stimmt der Abschreibung der erheblich erklärten Punkte 1-4 zu (52 Ja, 0 Nein).
Abst.Nr. 016

- Die Traktanden 9 und 10 werden auf den zweiten Teil der Sitzung verschoben.

2013.SR.000333

11 Produktegruppen-Budget 2014 (Abstimmungsbotschaft)

Gemeinderatsantrag
1. Das Produktegruppen-Budget schliesst für das Jahr 2014 bei einem Aufwand von Fr. 1 123 539 445.78 und einem Ertrag von Fr. 1 123 539 445.78, beinhaltend zusätzliche Abschreibungen von Fr. 60 000.00, ausgeglichen ab. Es wird den Stimmberechtigten mit folgenden Festlegungen zur Annahme empfohlen:
   - die **Steueranlage** beläuft sich unverändert auf das **1,54-fache** der für die Staatssteuern geltenden Einheitsansätze,
   - die **Liegenschaftssteuer** beträgt weiterhin **1,5 Promille** des amtlichen Werts,
   - das per 1. Januar 2014 bestehende Verwaltungsvermögen wird über die nächsten zwölf Jahre mit einem Abschreibungssatz von 8,33 % linear abgeschrieben.

2. Der Stadtrat genehmigt das Produktegruppen-Budget 2014 mit den Globalkrediten pro Dienststelle, den übergeordneten Zielen und den Steuerungsvorgaben zu Handen der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger.
3. Er bereinigt und genehmigt die Botschaft an die Gemeinde.

Bern, 3. Juli 2013

Sprecher Finanzdelegation (FD) *Michael Köpfli* (GLP): Wie Sie dem IAFP 2014 bis 2017 entnehmen konnten, drohen dem steuerfinanzierten Haushalt in den kommenden Jahren grosse Defizite. Neben einer Beschränkung des Leistungsausbaus hat der Gemeinderat deshalb schon im Frühjahr, im Rahmen des IAFP, grosse Sparanstrengungen in allen Bereichen angekündigt. Um das Produktegruppenbudget (PGB) 2014 ausgeglichen gestalten zu können, waren in den Globalbudgets grosse Kürzungen in der Höhe von gut 10 Mio. Franken nötig. Für die kommenden Jahre will der Gemeinderat ein umfassendes Aufgaben- und Strukturüberprüfungspaket (ASP) lancieren. Das Positive vorneweg: Der Gemeinderat hat mit seinen globalen Budgetkürzungen erreicht, dass er uns heute ein ausgeglichenes Budget vorlegen kann, trotz der sehr unguten Vorzeichen des IAFP. Eine Steuererhöhung war dafür nicht notwendig, und auch die Eigenkapitaldecke wird nicht verkleinert. Finanzpolitisch positiv ins Gewicht fallen neben den Sparmassnahmen die prognostizierten höheren Steuererträge, die man auf Grund der besseren wirtschaftlichen Ausgangslage bei den juristischen Personen erwartet. Belastend wirken vor allem die Anpassungen im Bereich des kantonalen Lastenausgleichs. – Das sind die Sparmassnahmen des Kantons, die auf die Stadt durchschlagen. Weil die Budgetdebatte im Grossrat ja erst im November stattfindet, kommt natürlich, daran haben wir uns in den vergangenen Jahren gewöhnt, eine gewisse Unsicherheit dazu bezüglich allfälliger weiterer Sparentscheide im Grossrat, die sich auf die Stadt auswirken. Theoretisch könnte es natürlich auch in die andere Richtung gehen, aber angesichts der Finanzlage des Kantons ist das nicht zu erwarten.
Dass das Gesamtvolumen des jetzt vorliegenden Budgets um gut 90 Mio. Franken steigt, hat nichts mit einem Leistungsausbau der Stadt zu tun, sondern ist auf die Rückführung der StaBe zurückzuführen, die wir ja nach einem Volksentscheid per 1. Januar 2014 umsetzen. Ohne diese Rückführung wäre das Budgetvolumen sogar rückläufig. Die StaBe-Rückführung hat auch Verschiebungen im Budget zur Folge, auf die ich hier nicht im Detail eingehe. Wer das Budget studiert hat, hat das nachlesen können.
Positiv ist wie gesagt die ausgeglichene laufende Rechnung 2014, besorgniserregend ist aber ein Blick auf die Investitionsrechnung. Die Stadt kann im kommenden Jahr ihre Investitionen nicht annähernd selber finanzieren, der Selbstfinanzierungsgrad beträgt nur 30.6%. Der Gemeinderat bezeichnet dies selber als ungenügend. Zur Erinnerung: Ein Selbstfinanzierungsgrad von unter 100% führt zu einer Neuverschuldung. Der Gemeinderat sagt zwar im Vortrag richtig, der Selbstfinanzierungsgrad im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahr liege über 100% – und es ist ja immer wichtig, bei der Investitionsrechnung nicht nur ein einzelnes Jahr herauszupicken, weil es von Jahr zu Jahr recht grosse Schwankungen geben kann, sondern möglichst eine grössere Periode anzuschauen. Mit Blick zurück wäre dieser Ausreisser gegen unten tatsächlich kein grosses Problem. Problematisch ist aber, dass gemäss IAFP auch für die Jahre 2015, 2016 und 2017 ein Selbstfinanzierungsgrad von zwischen 30 und 60% prognostiziert wird. Wir werden also in den kommenden Jahren, auch über einen Konjunkturzyklus hinweg, grössere Probleme haben, unsere Investitionen selber zu finanzieren, und die Folge davon wird eine Neuverschuldung über die Investitionsrechnung sein.
Es gibt noch eine zusätzliche Herausforderung, die, wie ich es mitbekommen habe, vom Gemeinderat in Frage gestellt wird und die auch ich sehr fragwürdig finde: Gemäss HRM2, das je eigentlich eine sinnvolle Reform ist, dürfen Ertragsüberschüsse in einer Erfolgsrechnung nicht mehr zur Bildung von Eigenkapital verwendet, sondern müssen so lange für zusätzliche

Abschreibungen eingesetzt werden, bis man einen hundertprozentigen Selbstfinanzierungsgrad der Nettoinvestitionen erreicht hat. Diese Regelung hat bereits im Budget 2014 Anwendung gefunden, indem man den Ertragsüberschuss von einigen zehntausend Franken nicht als Gewinn und als neues Eigenkapital ausweisen, sondern für zusätzliche Abschreibungen verwenden würde. Es geht zwar nur um einen bescheidenen Überschuss, und angesichts der vorliegenden Anträge ist die Chance gross, dass er am Schluss gar nicht mehr vorhanden ist, aber wir müssen uns vor Augen führen, dass wir in den kommenden Jahren, wenn man auf kantonaler Ebene nicht noch etwas ändern kann, das Problem haben werden, dass sich das Eigenkapital nur noch in eine Richtung bewegen kann, und zwar nach unten: Wenn wir ein Defizit machen, frisst dies das Eigenkapital auf, wenn wir aber einen Überschuss machen, können wir kein Eigenkapital bilden. Damit kann das Ziel, das ursprünglich aus einer Planungserklärung des Stadtrats kam und das der Gemeinderat übernommen und auch im IAFP ausgeführt hat, mittelfristig ein Eigenkapital in der Grössenordnung von vier bis fünf Steuerzehnteln – also 90 bis 120 Mio. Franken – zu bilden, in den kommenden Jahren kaum erreicht werden.
Ich komme von der Investitionsrechnung wieder zurück zum PGB. Ein Blick auf die Haushaltverbesserungsmassnahmen zeigt, dass die Verbesserung seit dem Frühjahr zu einem grossen Teil, nämlich zu 10.5 Mio. Franken, aus Ausgabenreduktionen, und nur zu 2.1 Mio. Franken aus Mehrerträgen, also höheren Einnahmen, resultiert. Es ist also tatsächlich gespart worden. Die Sparmassnahmen sind, wie schon gesagt, durch globale Budgetkürzungen erzielt worden. Am höchsten ist die Einsparung in der allgemeinen Verwaltung, mit rund 6.6 Mio. Franken. Aber auch in diversen anderen Bereichen – soziale Wohlfahrt, Verkehrssicherheit, Kultur, Freizeit und Bildung – wurde substanziell gespart, da reden wir von Beträgen von einigen hunderttausend Franken bis zu einem tiefen Millionenbetrag. Gerade weil wir die Investitionen in den kommenden Jahren nur schwerlich selber tragen können, aber einen grossen Rückstand haben, sind sicher Sparmassnahmen auch in den kommenden Jahren unumgänglich. Das führt der Gemeinderat auch aus, er sagt aber auch, dass er von den globalen Budgetkürzungen wegkommen möchte zugunsten eines langfristigen Entlastungsprogramms in der Höhe von rund 20 Mio. Franken. Das wäre also eine jährlich wiederkehrende Entlastung, was den Druck wegnehmen würde, jedes Jahr kurzfristig ein neues Sparprogramm zu beschliessen. Zu diesem Zweck hat der Gemeinderat – auch das hat er der FD und dem Stadtrat schon im Frühjahr angekündigt – eine Projektorganisation mit den Teilprojekten Investitionen, Leistungsverträge, direktionsübergreifende Massnahmen, Beteiligungen, Verwaltungskultur und Massnahmen der Direktionen gebildet. Die langfristigen Entlastungsmassnahmen, die in diesen Teilprojekten beschlossen werden, sollten sich schon auf den nächsten IAFP und auf das PGB 2015 auswirken.
Die FD hat wie immer die bereits vorliegenden finanzrelevanten Anträge behandelt, das waren in dem Fall die Anträge aus den Kommissionen, und sie empfiehlt die vier Anträge aus der SBK zur Annahme. Eine Erhöhung im Informationsdienst um 40'000 Franken für den Druck der Mitarbeiterzeitung (MAZ) wurde mit 3 Ja- gegen 2 Neinstimmen bei einer Enthaltung beschlossen. Im Schulamt gab es zwei Erhöhungen. Die eine, um 24'000 Franken, wurde mit 4 Ja- gegen 2 Nein-Stimmen, die andere mit 4 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen. Es geht zum einen um die dritte Evaluation des Integrationsartikels, zum anderen um die Volkshochschule. Und beim Sportamt gab es eine Erhöhung um 80'000 Franken, angenommen mit 5 Ja, bei einer Enthaltung, dabei geht es um das Lager in Fiesch. Dazu hat die FD einen eigenen Antrag beschlossen, der erst in der FD eingebracht wurde, und zwar eine Erhöhung im Jugendamt um 1.7 Mio. Franken. Mit diesem Geld soll die Gemeinwesenarbeit, über die wir vorhin geredet haben und die der Kanton gekürzt hat, vollumfänglich durch die Stadt übernommen werden. Die FD empfiehlt diesen Antrag mit 4 gegen 2 Stimmen zur Annahme. Schliesslich hat die FD natürlich auch über das gesamte Budget befunden, und dabei

gab es 3 Ja- gegen 3 Nein-Stimmen. Es ist schwierig zu sagen, was das heisst, aber schlussendlich bedeutet es wohl, dass die FD das Budget mit 3 Ja gegen 3 Nein zur Annahme empfiehlt, weil es keine Stimmfreigabe gibt, das ist so nicht definiert. Das Stimmenverhältnis ist transparent, Sie können sich alle selber ein Bild davon machen, was das bedeutet.

Fraktionserklärungen

Annette Lehmann (SP) für die Fraktion SP: Ich möchte anfangen mit einem grossen Merci an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Bern, die sich tagtäglich dafür einsetzen, dass wir in einer attraktiven, lebenswerten Stadt leben können. Die Diskussionen um die Finanzen überschatten momentan diese ganze Arbeit und die städtischen Angestellten stehen seit langem unter einem enormen Druck. Wir sprechen hier ja auch schon über das dreizehnte Sparpaket. Der Gemeinderat legt uns ein Budget mit einem kleinen Überschuss vor, aber wir wissen alle, dass in diesem Budget ganz zentrale und gewichtige Sparmassnahmen enthalten sind, die vom Parlament anders eingeschätzt werden könnten. Und wir wissen auch, dass wir heute nicht wissen, was der Grossrat beim kantonalen Budget beschliessen oder eben nicht beschliessen wird, wie hoch die Entlastung oder Belastung der Stadt Bern durch die Entscheidungen des Kantons sein wird. Wenn zum Beispiel tatsächlich Ausbildungsplätze in den Lehrwerkstätten gestrichen werden, hat dies einen ganz direkten Einfluss auf die Stadt, auf Jugendliche, die nicht einfach so an einem anderen Ort eine Lehrstelle finden. Die kantonale Steuersenkung von 2010 hat grosse Auswirkungen und trifft wieder die sozial Schwächeren: Menschen mit einer Behinderung oder Kinder und Jugendliche. Was uns freut, ist, dass der Steuerertrag im städtischen Budget höher budgetiert werden kann. Wir wissen, dass die Finanzdirektion mit den Steuerprognosen immer sehr vorsichtig ist, und darum nehmen wir mit Befriedigung zur Kenntnis, dass die Anzahl der steuerpflichtigen natürlichen Personen kontinuierlich steigt. Wir sind auch bereit, den Antrag der Fraktion GB/JA! zu den Steuereinnahmen zu unterstützen. Es macht Sinn, die zusätzlichen Steuereinnahmen, die im IAFP angegeben und schon ab 2014 wirksam sind, abzubilden.
Die Fraktion SP sieht die Herausforderungen, die auf uns zukommen. Wir stellen nicht in Abrede, dass die Prognosen zu den Finanzen nicht rosig und dass die Finanzen des Kantons eine Unbekannte sind. Wir möchten aber trotzdem davor warnen, nun in einer Sparhysterie zu politisieren. Es braucht von der Politik eine gewisse Gelassenheit, Sparen um jeden Preis ist die falscheste Reaktion. Wir müssen uns bewusst sein, dass Investitionen wichtig sind. Investitionen, damit die Stadt Bern lebenswert ist, bringen längerfristig viel mehr. Wir wollen, dass die Leute in Bern wohnen und dazu braucht es zum Beispiel attraktive Schulen oder gute Verkehrsinfrastrukturen. Diese beiden Aspekte sind laut einer Studie bei der Wahl eines Wohnorts noch wichtiger als der Steuerfuss. Auch die SP der Stadt Bern beschäftigt sich intensiv mit den Finanzen, und wir werden mit dem nächsten IAFP Lösungen für die Behebung des strukturellen Defizits aufzeigen. Wir sind an einem Punkt angekommen, wo Sparmassnahmen getroffen werden, die schlicht nicht sinnvoll sind, weil sie auf längere Sicht viel höhere Kosten nach sich ziehen. Wir sind auf keinen Fall dafür zu gewinnen, die Stadt kaputt zu sparen. Die kantonale Steuersenkung von 2010 hätten wir uns eigentlich schlicht nicht leisten können, diesen Schluss hat auch Professor Müller, der Verfasser des ASP 2014, gezogen. Wir müssen nicht nur die Ausgabenseite der Stadt anschauen, sondern auch die Einnahmen, da braucht es eine umfassende Auslegeordnung.
Die Fraktion SP steht dem Budget skeptisch gegenüber, weil der Gemeinderat sehr schmerzhafte Sparmassnahmen ergriffen hat etwa in der Gemeinwesenarbeit, bei der offenen Kinder- und Jugendarbeit oder bei der Volkshochschule. Aber auch wir sagen nicht zu allen Sparmassnahmen Nein und wir sind bereit, gewisse Einsparungen mit zu tragen. Aber gerade bei der Gemeinwesenarbeit sind wir überzeugt, dass sich Prävention statt Reaktion immer lohnt.

Kurzfristige, vom grösstmöglichen Spareffekt getriebene Entscheidungen rechnen sich in einer Vollkostenrechnung nicht. Wir stehen nach wie vor hinter der Aussage, dass das Sparen an diesem Ort kurzfristig und falsch ist, sind aber bereit, im Sinn einer bestmöglichen Lösung, einen Kompromiss einzugehen. Dazu werden wir beim Antrag reden. Wir sind bereit, dem Budget zuzustimmen, wenn der Rat heute Abend dem Kompromissvorschlag zur Gemeinwesenarbeit zustimmt und wenn nicht noch unerwartete Sparmassnahmen aus dem Rat beschlossen werden.

Esther Oester (GB) Fraktion GB/JA!: Wir bedanken uns bei der Verwaltung und beim Gemeinderat für die umfassenden Vorarbeiten für das Budget 2014. Es wird uns ein weitgehend ausgeglichenes Budget vorgelegt, das ist im Grundsatz zu begrüssen. Aber es ist natürlich bedauerlich, dass die Stadt schon wieder ein Sparpaket, diesmal von 11.9. Mio. Franken, schnüren musste und dass sie unter notorischem Spardruck steht. Der Druck führt dazu, dass nicht nur Kosten eingespart werden, nein, jetzt werden Leistungen abgebaut. Der Sparzwang hat verschiedene Ursachen: Die Gewinne von ewb sind in den vergangenen Jahren massiv zurückgegangen und die Umstellung auf HRM2 führt dazu, dass man mehr Abschreibungen machen muss, und das belastet das Budget. 2014 ist auch das Jahr der Rückführung der StaBe, was sich ebenfalls auf das Budget auswirkt: Früher hatten wir Gewinnablieferungen, jetzt müssen wir Kosten tragen. Wenn wir daran denken, dass die Stadt in den vergangenen Jahren regelmässig Eigenkapital aufbauen konnte, können wir aber sagen: Wir können uns die Rückführung der StaBe leisten. Sie belastet allerdings das Budget und die Verschuldung steigt zusätzlich an. Der Bruttoverschuldungsanteil von neu 145% gilt als mittlere Verschuldung und ist zu verantworten. Die Fraktion GB/JA! unterstützt die Haltung des Gemeinderats, die Investitionsquote zu erhöhen und unsere Fraktion ist auch einverstanden damit, dass wir im 2014 kein Eigenkapital aufhäufen.
Auf der Einnahmenseite möchte ich kurz auf die Steuern eingehen. Sie sind vorsichtig optimistisch und damit angemessen budgetiert. Wenn wir uns aber überlegen, dass drei Viertel der Steuereinnahmen von Privatpersonen kommen, wird klar, dass wir uns für eine lebenswerte, attraktive Stadt einsetzen müssen, für gute Wohnangebote und hohe Lebensqualität. Die Fraktion GB/JA! setzt sich für ein umfassendes Wohnangebot ein und wird die entsprechenden zwei Budgetanträge unterstützen. Wir wollen eine aktivere Wohnplanung und eine markante Erhöhung des Anteils an billigem Wohnraum. Damit kann eine gute soziale Durchmischung der Wohnbevölkerung erreicht werden. Eine Stadt mit hoher Lebensqualität hat eine attraktive Infrastruktur und hohe Bewusstheit im Individualverkehr. Der autofreie Sonntag kann den Leuten zeigen, wie ruhig es sein kann, wenn die Autos stehen bleiben. Die Fraktion GB/JA! setzt sich für die Weiterführung der autofreien Sonntage ein. Eine lebenswerte Stadt hat zudem einen ausgebauten Service public. Eine solche Stadt kann auf ein gesundes Steuersubstrat zählen. Tragen wir dem Sorge, indem wir attraktive Lebensbedingungen schaffen. Was uns heute aber enorm belastet, ist, dass der Kanton ohne Pause an der Sparschraube dreht. Er hat noch gar nicht richtig damit angefangen und schon jetzt schlägt es schmerzhaft durch. Ein Beispiel aus dem vorliegenden Budget: Bei der sozialen Wohlfahrt gibt es gegenüber dem Vorjahr eine Reduktion um 10%, das entspricht 12.1 Mio. Franken. Und es ist ein weiterer Abbau bei der Unterstützung durch den Kanton zu erwarten, ohne Rücksicht auf Verluste. Der Trend ist zwar klar, aber über viele Massnahmen der kantonalen Angebote zur Strukturüberprüfung ist noch nicht entschieden, das macht das Budgetieren für die Stadt natürlich sehr schwierig.
Für das Budget 2014 hat der Gemeinderat mit seinem Sparpaket wieder eine Rasenmäher-Sparübung gemacht. Wir können nicht hinter einer derartigen Vorgehensweise stehen, wir setzen uns für klare Prioritäten ein. Der Gemeinderat hat uns eine Portfolioanalyse mit einzelnen Sparprojekten quer durch die Direktionen versprochen, und wir sind gespannt darauf,

was uns vor Jahresende noch präsentiert wird. Wir fordern, dass die Kosten dort reduziert werden, wo es sozial vertretbar ist, und nicht dort, wo sich die Betroffenen nicht wehren können oder keinen Lärm machen, wie die Umwelt. Da können wir schon eher damit leben, wenn bei der Wirtschafts- und Tourismusförderung abgebaut wird. Die Stadt soll dort Leistungen zurücknehmen, wo privatwirtschaftliche Lösungen möglich sind. Das städtische Personal ist uns wichtig, es soll würdige Mindestlöhne, gute Arbeitsbedingungen und Zugang zu angemessener Information haben. Wir unterstützen den Druck der Mitarbeiterzeitung, sie hat für die Arbeitnehmenden, die nicht am Computer arbeiten, eine wichtige Funktion.
Das Sparen auf dem Buckel der Armen und der Randständigen geht uns völlig gegen den Strich. Wir sind gegen die Kürzung bei der Gemeinwesenarbeit von 1.8 Mio. Franken und wir wehren uns gegen einen linearen Abbau bei den Leistungsverträgen in der Direktion für Soziales und Bildung, bei der offenen Jugend- und Kinderarbeit und bei Integrationsprojekten. Gerade die Gemeinwesenarbeit hat präventiven Charakter und verhindert unbezifferbare Schäden, weil sie integrativ wirkt. Es geht hier nicht um „Nice to have“, die Kürzung ist inakzeptabel. Und wir haben einen eleganten Vorschlag, wie die Gemeinwesenarbeit finanziert werden kann. Im Juni, also nachdem der Gemeinderat sein Budget beschlossen hatte, hat der Kanton seine ASP ins Internet gestellt, und wer sie aufmerksam angeschaut hat, konnte merken, dass der Regierungsrat den pauschalen Berufskostenabzug bei den Steuerzahlenden aufheben wird. Damit wird es zusätzliche Einnahmen geben, der Anteil der Stadt beträgt rund zwei Mio. Franken. Es ist also angemessen, diese Einnahmen zu budgetieren und damit die Gemeinwesenarbeit zu finanzieren. Wir haben einen entsprechenden Antrag gestellt und legen allen an Herz, diesen Antrag 46 zu unterstützen. Sie können das ganz entspannt machen, er beruht auf Informationen aus dem Kanton und es wurde richtig gerechnet.
Machen wir noch einen kurzen Ausblick: Der Spardruck des Kantons wird nicht abnehmen. Mit dem Infragestellen der SKOS-Richtlinien und dem Angreifen von Spitexleistungen haben sich die Bürgerlichen als unerbittliche Sozialabbauer gezeigt. Die Stadt darf sich keinen Illusionen hingeben. Wenn der Kanton in Zukunft soziale Leistungen abbaut, wird dies via FILAG auch die städtische Rechnung entlasten. Ich sage „entlasten“ und nicht „sparen“, denn es handelt sich um Sozialabbau. Und der wird mittelfristig die sozialen Kosten ansteigen lassen und ist ganz und gar nicht zu unterstützen. Die Fraktion GB/JA! wird sich dafür einsetzen, dass die Stadt den Abbau von Sozialleistungen für ihre Bevölkerung abfedert. Der Budget-Anteil für soziale Ausgaben muss aufrechterhalten werden, frei werdende Gelder aus dem Leistungsabbau im FILAG müssen für soziale Aufgaben in der Stadt eingesetzt werden. Die Stadt wird bestimmt nicht alles kompensieren können, aber ein bequemes Sparen würde die Stadt zur Mittäterin beim Sozialabbau machen. Zusammenfassend: Die Fraktion GB/JA! setzt sich für eine lebenswerte Stadt ein, mit einem ausgebauten Service public, gutem Umweltschutz, angemessenen Integrationsmassnahmen und einer angepassten Infrastruktur. Wir erwarten, dass die zukünftige Finanzplanung klare Prioritäten setzt und den Sozialabbau verhindert. Wir setzen uns für die Weiterführung einer guten Gemeinwesenarbeit ein und haben einen Finanzierungsvorschlag gemacht. Zum Schluss bleibt zu sagen: Es handelt sich hier um ein pragmatisches städtisches Budget für 2014, die Fraktion GB/JA! wird ihm zustimmen und wir sind überzeugt, dass es auch in der Bevölkerung breit akzeptiert wird,

Christoph Zimmerli (FDP) für die Fraktion FDP: Alljährlich haben wir Freisinnigen anlässlich der Budgetdebatte einen etwas ambivalenten Eindruck. Einerseits anerkennen wir die seriöse und sehr detaillierte Arbeit, die die Finanzdirektion unter der neuen Leitung von Alexandre Schmidt geleistet hat, andererseits bedauern wir es, dass die Stadt Bern auch im kommenden und in den folgenden Jahren keinen finanziellen Handlungsspielraum haben wird, wie wir ihn uns wünschen würden. Positiv an diesem Budget ist, dass Haushaltverbesserungsmassnahmen für 12.6 Mio. Franken vorgenommen wurden; positiv ist, dass mit leicht steigenden Er-

trägen von juristischen Personen gerechnet werden kann, was ja eigentlich erstaunlich ist, wenn man sieht, wie sie in der Stadt Bern immer vergrämt werden, und positiv ist schliesslich auch, dass erneut keine Mittel für den Teuerungsausgleich eingestellt werden müssen, weil die Teuerung ja bekanntlich Richtung Null geht. Negativ ist hingegen, dass wie jedes Jahr ein Leistungsausbau erfolgt – wenn auch nur eine kleiner, um die 5 Mio. Franken –, mit einem Löwenanteil zugunsten der BSS. Negativ ist auch, dass die Stadt Bern die Auswirkungen der katastrophalen Finanzlage im Kanton zu spüren bekommt, schon zum zweiten Mal, und dass wir damit rechnen müssen, dass dies auch in Zukunft so sein wird. Negativ ist des Weiteren, dass ewb abermals gemolken wird, mit 22.5 Mio. Franken, und wir von der FDP uns nicht vorstellen können, wie man einerseits die Investitionen als Folge des beschlossenen Atomausstiegs finanzieren und gleichzeitig immer noch 22.5 Mio. Franken abliefern kann. Negativ ist schliesslich, dass das angeblich ausgeglichene Budget eine Augenwischerei ist, denn die geplanten Neuinvestitionen von 144.2 Mio. Franken können weitgehend nicht selbständig finanziert werden, sondern führen zu einer Neuverschuldung von 100 Mio. Franken im steuerfinanzierten Haushalt. Und schliesslich, davon spricht heute niemand mehr, hat die Stadt Bern schon heute eine sehr hohe Schuldenlast, und bekanntlich gibt es nichts Unsozialeres, als eine Schuldenlast zu haben, zu Lasten eines Budgets.
Der Gemeinderat präsentiert ein Budget, das vordergründig, aber eben nur vordergründig, ausgeglichen ist, eine schwarze Null. Das hat bereits Tradition. Schaut man die Budgetzahlen ein wenig kritischer an, stellt man allerdings fest, dass die Zahlen ziemlich rot sind und dass sich kurz- bis mittelfristig ein noch schlimmeres Szenario abzeichnet. Es wird also keinen auch noch so kleinen Gewinn ausweisen, und dabei haben wir noch vor kurzer Zeit darüber diskutiert, dass man das Eigenkapital, das ja im Moment nur 48.5 Mio. Franken beträgt, erhöhen möchte. Diese Eigenkapitalbildung wird mit HRM2 noch schwieriger, auch dessen sollten wir uns bewusst sein. Ab 2015 stehen substanzielle Defizite an, was uns grosse Sorgen bereitet.
Ich möchte auf einige Aspekte des vorliegenden Budgets noch etwas genauer eingehen. Erstens auf die Verlagerung der Kosten vom Kanton auf die Gemeinde, nach dem Motto „Den Letzten beissen die Hunde“. Der Kanton Bern hat sich in den vergangenen acht Jahren finanziell in eine wahrhaft katastrophale Situation manövriert. Er weist dieses Jahr eine Schuld von einer halben Milliarde Franken aus. Wenn man jetzt noch die Subventionen und die Zahlungen aus dem interkantonalen Finanzausgleich von 1.2 Mia. Franken abziehen würde, müsste man den Haushalt des Kantons um 20% bereinigen. Da könnte einem Angst und Bang werden. Und ein schöner Teil des Ganzen wird jetzt auf uns, die Gemeinden, abgeschoben. Das schon angesprochene Beispiel der Gemeinwesenarbeit zeigt das Dilemma, in dem sich die Stadt Bern befindet. Eine Institution, die grossmehrheitlich wahrscheinlich auch hier in diesem Saal getragen wird, steht grundsätzlich in Frage. Wenn sie aufrechterhalten werden soll, müssen wir das Geld selber dafür aufbringen. Es kann aber nicht sein, dass die Gemeinden fortan sämtliche Leistungen, die der Kanton nicht mehr begleicht, 1:1 übernehmen müssen. Das bringt am Schluss gar nichts, weil es letztlich immer die gleichen bezahlen, nämlich die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Die Fraktion FDP ist deshalb bereit, für eine ausgabenneutrale Lösung Hand zu bieten, wir sind aber nicht bereit, zu einer Überwälzung der Kosten einseitig auf die Stadt Bern zum Preis eines Budgetdefizits beizutragen.
Noch ein Wort zum Timing. Wer bereits letztes Jahr dabei war, konnte mit Verwunderung feststellen, dass wir ein Budget verabschieden mussten, das wegen Neubelastungen seitens des Kantons noch nicht in allen Punkten klar war. Heute sieht das offenbar wieder ähnlich aus und ich hätte vom Gemeinderat gern Aufschluss darüber. – Denn was beschliessen wir über ein Budget, wenn nachträglich noch zusätzliche Belastungen des Kantons kommen? Mein zweiter Punkt ist ein Aufruf zur Selbstdisziplinierung. Der Gemeinderat spricht im Vortrag vom angeblichen vierzehnten Sparpaket, das anstehe. Sparen heisst nach dem Verständnis des

Gemeinderats: Zwar mehr ausgeben, aber nicht so viel, wie man geplant hatte oder wie wünschbar wäre. Das hat meines Erachtens mit Sparen herzlich wenig zu tun, nach dem Motto „Nice to have statt Need to have“. Ich mache darauf aufmerksam, dass die Kosten für die ambulante Sozialhilfe auch dieses Jahr steigen, diesmal um 7.34 Mio. Franken auf neu 94.5 Mio. Franken. Für die Volksschule und die Kindergärten zusammen haben wir Ausgaben von 82,7 Mio. Franken. Wir geben also allein für die ambulante Sozialhilfe 11.8 Mio. Franken mehr aus als für die ganze Bildung, und das finde ich schlichtweg katastrophal. Kurzum. Es ist zwar von Sparen die Rede, der Sparwille ist aber offensichtlich nicht vorhanden. Dabei gibt es, wie gesagt, nichts Unsozialeres als eine Neuverschuldung. Die FDP verlangt deshalb eine finanzpolitische Selbstdisziplinierung und eine Beschränkung auf das „Need to have“. Ein paar Punkte, die man da anschauen könnte: Die 22.5 Mio. Franken Gewinnablieferung von ewb. Die FDP ist gegen diese Gewinnablieferung, weil auch dort Augenwischerei betrieben wird und die Rechnung schliesslich der Steuer- oder der Gebührenzahler begleichen muss. Ich mache auch darauf aufmerksam, dass wir in den städtischen Liegenschaften immer noch um die 570 Mio. Franken Sanierungsbedarf haben. Wie auch immer das gerechnet ist, eine solche Zahl macht Angst. Und dann mache ich auch noch darauf aufmerksam, dass die geplanten Neuinvestitionen nur zu 30.6% selber finanziert werden können. Das heisst, wir gehen mit diesem Budget eine Neuverschuldung von 100 Mio. Franken im steuerfinanzierten Haushalt ein. Das soll man bitte auch beachten. Und schliesslich: Wir haben ein Eigenkapital von 48.5 Mio. Franken, das sind genau zwei Steuerzehntel, der Kanton empfiehlt aber zwischen neun und zehn Steuerzehntel. Da würden wir von 250 Mio. Franken reden, wir haben aber nur einen Notgroschen, der schwuppdiwupp weg ist, wenn wir nicht Sorge tragen.
Und drittens und letztens noch ein Wort zur Steuersituation, die ja in diesem Zusammenhang auch einmal angesprochen werden darf. Ich mache darauf aufmerksam dass in der Stadt Bern der höchste Grenzsteuersatz 44.3% beträgt, das sind 2.3% mehr als in der Bundesrepublik Deutschland. Dass es in der Stadt Bern, je nach Einkommen, eine Staatsquote von bis zu 60% gibt, ist eine Realität. Es gibt Leute, die bis im August arbeiten, bis sie erstmals etwas für sich selber verdient haben. Und das kann ja, im Vergleich zu anderen Kantonen, nicht wirklich eine formidable Situation sein und wird ganz bestimmt nicht dazu führen, dass man längerfristig gute Steuerzahler anzieht. Anstatt dauernd neue Einnahmequellen zu erschliessen, wäre es an der Zeit, grundsätzlich eine Ausgabenüberprüfung vorzunehmen, alle Beiträge an Dritte zu überprüfen – Stichwort Leistungsverträge – und sich aktiv für eine Neustrukturierung des Kantons Bern einzusetzen. In dem Fall läge auch die längst nötige Steuersenkung auf ein halbwegs vernünftiges Mass drin, um Bern endlich attraktiver zu machen und so eine wirtschaftliche Entwicklung erst zu ermöglichen. Stattdessen hört man in den Medien gewisse Leute von möglichen Steuererhöhungen reden. Dies wäre in der gegebenen Situation der Todesstoss. Offenbar hat auch der Stadtratsausflug nach Zug gewissen Leuten immer noch nicht Besserung verschafft.
Die Fraktion FDP wird mit diesen kritischen Anmerkungen auf das Budget eintreten, sie wird das Budget aber ablehnen, erstens, weil es abermals nur vermeintlich und dank der Gewinnablieferung von ewb ausgeglichen sein soll, aber eigentlich rot ist, zweitens, weil das Sparpotenzial bei Weitem nicht ausgeschöpft ist, drittens, weil der Sanierungsrückstand bei den Immobilien immer noch beträchtlich ist und sich seit letztem Jahr nichts verbessert hat, obwohl wir da schon abgemahnt haben, und weil viertens keine dringend nötigen oder auch möglichen Entlastungen von uns Steuerzahlenden darin enthalten sind.

Kurt Hirsbrunner (BDP) für die Fraktion BDP/CVP: Jedes Jahr, wenn ich das dicke Budgetbuch zugestellt erhalte und wenn sich die Fraktion BDP/CVP mit diesem Buch auseinander setzt, wird mir bewusst, wie viel Arbeit die Finanzverwaltung, der Gemeinderat und die Mitarbeitenden investieren, damit wir uns einem anschaulichen, interessanten und spannenden

Lesestoff widmen können. Ich gebe aber auch zu, dass ich jedes Jahr zeitweise ohnmächtig vor diesem Buch sitze und mir die Frage stelle, wann ich diese Ausführungen wohl endlich im Detail begreifen werde. Im Namen der Fraktion BDP/CVP danke ich allen Beteiligten für die grosse Arbeit und für den immensen Einsatz. Nur so ist es uns Stadträtinnen und Stadträte möglich, sich als Budgetjongleurinnen und -jongleure zu betätigen und sich über die vorgeschlagenen Aufstockungen und Kürzungen der Budgetposten zu streiten. Es ist nicht anders als in den vergangenen Jahren: Von allen Seiten, auch von uns, kommen Korrekturvorschläge, und es liegt in der Natur der Sache, dass die Prioritäten für das Ausgeben unserer Einnahmen von allen Parteien anders gesetzt werden. Aus Sicht der Fraktion BDP/CVP ist aber eines klar: Die Stadt Bern muss mit dem Geld auskommen, das ihr zur Verfügung steht, die bereits zu hohe Steueranlage darf nicht erhöht werden. Konkret heisst dies auch: Die Fraktion BDP/CVP wird einem roten Budget nicht zustimmen. Das vorliegende Budget weist einen bescheidenen Gewinn von 60 500 Franken aus. Wir anerkennen, dass der Gemeinderat eine massive Sparübung von fast 12 Mio. Franken veranlasst hat, um auf dieses Ergebnis zu kommen. Aber wichtig ist auch, dass dazu auch Leistungsabbau gehören muss. Im vorliegenden Budget ist wiederum ein Leistungsausbau getätigt worden, und auch die Rückführung der StaBe belastet das Budget erheblich. Dies heisst dann wohl, dass der Gemeinderat und das Parlament sich nicht auf den Lorbeeren ausruhen können und dass auch weiterhin gelten muss, dass nur das ausgegeben werden kann, was wir tatsächlich haben.
Bei einem oberflächlichen Blick auf das Budget sind uns einige Sachen aufgefallen. Bei der BSS ist uns sauer aufgestossen, dass der Evaluationsauftrag betreffend Umsetzung des Integrationsartikels einfach weggeputzt wurde. Ich frage die Bildungsdirektorin, ob sie es wirklich zulassen will, dass ein so wichtiges und entscheidendes Vorhaben nicht auch gründlich evaluiert wird. Wir müssen doch wissen, welchen Nutzen dieser Integrationsartikel hat oder auch, welchen Schaden er angerichtet hat. Es kommt darum für die Fraktion BDP/CVP nicht in Frage, diesen Betrag aus dem Budget zu streichen. Zum Antrag unserer Fraktion betreffend Gemeinwesenarbeit wird sich Martin Schneider im Detail äussern. Wir wissen alle, dass aufgrund der Streichung des Beitrags durch das kantonale Parlament unsere Gemeinwesenarbeit arg in Schieflage geraten ist. Unsere Fraktion hat sich zusammen mit den Fraktionen GFL/EVP und GLP mit einem Vorstoss dieser ernsten Situation angenommen. Dies hat bewirkt, dass die Beteiligten Sparvarianten ausgearbeitet haben. Diese liegen uns vor, die Fraktion BDP/CVP hat entschieden und Martin Schneider wird das Resultat mitteilen. Unseren Kaktus für eine der fragwürdigeren Sparmassnahmen verdient sich die Direktorin TVS: Wahrscheinlich im Wissen darum, dass der Stadtrat auf die Kürzung zurückkommt, schlägt sie vor, die Aktionen für die Entfernung von Sprayereien von 250'000 auf 30 000 Franken zu senken. Das ist für die Fraktion BDP/CVP unhaltbar. Sie fordert darum, wieder die Zahlen von 2012 ins Budget aufzunehmen. Man stelle sich vor, dass nach „Tanz dich frei“ Sprayereien punktuell entfernt worden wären, der Rest wäre noch vorhanden. Wir haben dafür Ursula Wyss einen anderen Sparauftrag erteilt. Damit wir nicht dafür gerügt werden, geltende Regeln verletzt zu haben, ziehen wir ihn zugunsten des Antrags GLP zurück. Ich komme zum Schluss. Die Fraktion BDP/CVP freut sich auf eine angeregte und konstruktive Budgetdebatte. Wo nötig, werden wir uns zu den Anträgen im Detail äussern, andernfalls können Sie unseren Willen an den wunderschönen neuen Tafeln im Saal ablesen. Nach der Debatte werden wir uns entscheiden, ob wir dem Budget zustimmen können.

Daniel Klauser (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Wir haben einen schwierige Situation. Sie erinnern sich an den IAFP, als für ein ausgeglichenes Budget noch 12 Mio. Franken fehlten. Der Gemeinderat und die Verwaltung haben seither grosse Arbeit geleistet und nicht einfache Massnahmen beschlossen, die es ermöglichen, dem Stadtrat ein ausgeglichenes Budget – oder ein fast ausgeglichenes Budget, ich komme darauf zurück – vorzulegen. Vorab möchte

ich allen Beteiligten für die intensive Arbeit danken, die seit der Beratung des IAFP geleistet wurde, und wir anerkennen die Bemühungen des Gemeinderats, seine finanzpolitische Verantwortung vorzunehmen, um eine ausgeglichenes Budget vorzulegen. Ich habe vorhin „fast ausgeglichen“ gesagt, weil es – ich habe schon beim Traktandum zur Abschreibung unserer Motion darauf hingewiesen – immer noch die Variante mit den 1.8 Mio. Franken Sparmassnahmen bei der Gemeinwesenarbeit enthält, obwohl der Gemeinderat gemäss seiner Antwort auf unsere Motion selber der Meinung ist, so könne man das nicht machen. Es wäre ehrlich und fair gewesen vom Gemeinderat, selber einen Antrag zu stellen, welche der vorgeschlagenen Sparmassnahmen er umsetzen möchte, aber er hat es dem Stadtrat überlassen, in einer Debatte, die wir heute noch führen werden, zu einem Schluss zu kommen, auf welche der Erhöhungsvarianten es hinausläuft. Und das wird, das können wir vorwegnehmen, eine Erhöhung in der Grössenordnung von einer Million Franken oder noch mehr sein. Dass es bereits sehr schwierig war und schmerzhafte Sparmassnahmen verlangte, um dieses ausgeglichene Budget zu erreichen, zeigt, dass es nicht einfach so möglich ist, diese Million, die wir jetzt für die Gemeinwesenarbeit noch aufnehmen müssen, irgendwo anders zu kompensieren. Das heisst in der Konsequenz: Wir werden ohne Begeisterung, aber in Anerkennung der Situation, einem Budget mit einem leichten Defizit zustimmen. Wir hoffen, dass sich der Stadtrat in der jetzt folgenden Debatte vernünftig und haushälterisch zeigt und den vielen Erhöhungsanträgen, die gestellt wurden, nicht einfach zustimmt, sondern dass er sich ein Beispiel nimmt am Gemeinderat und die finanzpolitische Verantwortung wahrnimmt. Denn wir stimmen da ja nicht einfach über das Budget 2014 ab, sondern es geht auch um die weiteren Jahre: Wir wissen alle, dass es sehr schwer sein wird, etwas wieder zu kürzen, was wir jetzt zusätzlich aufnehmen. Und der Finanzplan für 2015 und später enthält ja immer noch markante Defizite und es ist ein weiteres Sparpaket in Vorbereitung. Jetzt überall noch ein wenig zu erhöhen wäre etwa so, als ob man noch einmal eine tolle Party feiert, bevor es wirklich schlimm wird, und das ist aus unserer Sicht nicht sinnvoll. Ich habe es gesagt, es sind schmerzhafte Sparbeiträge, die der Gemeinderat in dieses Budget hineingepackt hat. Aus unserer Sicht sind sie aber grösstenteils vertretbar und wir werden darum viele der Erhöhungsanträge ablehnen. Wir finden es auch sonderbar, dass in manchen Direktionen die Fraktionen der jeweiligen Gemeinderäte mit Anträgen versuchen, alles wieder reinzuholen, was durch die Sparanträge des Gemeinderats wegfällt. – Bei gewissen Direktionen passiert das, bei anderen nicht, und dies könnte den Eindruck erwecken, es sei nur in manchen Direktionen gespart worden und in anderen nicht, und das ist nicht ganz die feine Art.

Auf einen Antrag gehe ich jetzt schon ein, weil er bereits von diversen Votanten erwähnt wurde: auf den Antrag der Fraktion GB/JA! um Erhöhung der Steuereinnahmen um 2 Mio. Franken. Esther Oester hat gesagt, mit dem ASP sei vieles noch nicht entschieden und vieles sei unklar. Einverstanden. Später in ihrem Votum findet sie, die zusätzlichen Einnahmen von 2 Mio. Franken sollten in unserem Budget berücksichtig werden. Na ja – da habe ich mich mal am Kopf gekratzt. Die Massnahmen aus Topf 1 haben netto tatsächlich diesen Effekt, das ist korrekt. Nur sind sie, zum Beispiel diese Massnahme zu den Berufskosten, vom Regierungsrat noch nicht beschlossen. Wahrscheinlich wird er sein Versprechen halten und so beschliessen, es ist ja ein rot-grüner Regierungsrat, aber es gibt im Topf 2 eine Massnahme, gemäss der die Entlastungen, die es in den Gemeinden dank den Massnahmen von Topf 1 gibt, wieder abgeschöpft werden. Und dass der Grosse Rat diese Möglichkeit nicht nutzen wird, sehen wir als unsicher an. Es ist also schlichtweg ein Wetten und ein Hoffen darauf, dass das Sparpaket ASP so aus dem Grossen Rat herauskommt, dass die 2 Mio. Franken Entlastung respektive die zusätzlichen Steuereinnahmen für die Stadt Bern drin bleiben, und somit ist die Wahrscheinlichkeit gross, dass wir eine Erhöhung der Steuereinnahmen aufnehmen, die sich nicht realisieren lässt, und das wäre unseriös.

Noch kurz zur unsinnigen Regelung mit HRM2, die Michael Köpfli in seinem Votum für die FD bereits erwähnt hat, wonach Überschüsse für zusätzliche Abschreibungen verwendet werden müssen, wenn der Selbstfinanzierungsgrad von 100% nicht erreicht ist. Die Stadt Bern wird in den nächsten Jahren nie auf diese 100% kommen, wird also allfällige Überschüsse immer für zusätzliche Abschreibungen verwenden müssen. Das ergibt eine stille Reserve im Anlagespiegel, die man nie mehr auflösen kann, und damit kann die absurde Situation eintreten, dass man auf der einen Seite, wenn es ganz schlimm wird, das vorhandene Eigenkapital aufbraucht und einen Bilanzfehlbetrag anhäuft, auf der anderen Seite aber in diesem Anlagespiegel eine stille Reserve hat, die je nachdem viel höher ist als der Fehlbetrag. Das ist unsinnig und ein Stück weit absurd und es besteht einzig die Hoffnung, dass der Kanton, wenn denn diese Situation eintreffen sollte, vielleicht doch zur Vernunft kommt und einsieht, dass diese Regelung nicht sinnvoll ist. So weit das allgemeine Votum, wir werden uns bei diversen Anträgen noch einmal zu Wort melden und freuen uns auf eine spannende Debatte.

Roland Jakob (SVP) für die Fraktion SVP: Auch die SVP hat sich die Mühe gemacht und das Budget 2014 – dieses schöne blaue Büchlein – aufgeschlagen und mit Spannung die ersten paar Seiten durchgeblättert, um zu sehen, wo der Gemeinderat uns hinführen will. Wie alle Jahre möchte ich aber erst einmal der Verwaltung recht herzlich danken, wir anerkennen ihre Leistung, dieses Büchlein alle Jahre wieder frisch herzustellen, und wir anerkennen auch ihre Leistung, wenn sie heute im Rat versucht, aus roten Zahlen schwarze oder wenigstens eine Nullrunde zu machen. Das Budget, wie wir es heute vor uns haben, ist angeblich ausgeglichen, es kommt einfach darauf an, wie man es liest. Für die einen sind die Abgaben von aussen stehenden Betrieben ein Muss, damit das Budget leben kann, für die anderen ist es ein Zwang, für uns ist es ein Absurdum. Grundsätzlich muss man festhalten, dass die Stadt nicht von auswärtigen Betrieben leben sollte, sondern von dem, was sie selber einnimmt. Und damit kommen wir schon zum Kernpunkt der ganzen Geschichte: Eine Stadt kann sehr attraktiv sein, aber sie muss auch wissen, was für Pflichten sie hat, und sie muss erkennen, wo sie einen Luxusausbau vollzieht.
Unser aktueller Gemeinderat hat grösstenteils ein wenig Mühe damit, sich der Geschichte so zu widmen, dass wir sagen können: Heute reden wir über ein Muss, das wir zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger beschliessen, und das Überdurchschnittliche, das wir dazu geben würden, ist definiert. Dem ist nicht so. Wir haben Haushaltverbesserungsmassnahmen von über 12 Mio. Franken im Budget, und der Gemeinderat hat es natürlich geschickt angestellt, indem er vor allem dort mit Sparen angefangen hat, wo er genau weiss, dass Anträge kommen, um wieder aufzustocken. Ich sage dem „Verantwortung abschieben“. Verantwortung bedeutet für einen Gemeinderat, dass er sich Gedanken dazu macht, was er in seiner Direktion machen soll, was er machen muss, und nicht, was er noch mehr ausgeben kann. Und genau hier ist die Crux der Geschichte. Niemand aus den einzelnen Direktionen ist erfreut und erpicht darauf, einen Franken seines Budgets abzugeben, so dass man an einem anderen Ort auf der Muss-Seite gewisse Sachen weiterführen könnte. Und so werden wir immer wieder Budgets erhalten, von denen wir sagen können, es sei im Gemeinderat ein „Krampf“ gewesen und auch hier im Stadtrat, und es ist zum Heulen, wenn man am Schluss das Ganze sieht.
Seit Jahren widmet sich die Fraktion SVP immer wieder intensiv dem Budget. Wir haben diverse, manchmal auch sehr viele Anträge gestellt. Diesmal haben wir bewusst nicht viele Anträge gestellt, aber die, die wir gestellt haben, mit dem Gefühl, damit am richtigen Ort zu sein. Wir verstehen zum Beispiel nicht, warum die Gleichstellungsarbeit immer noch Kosten generiert, obwohl die Gleichstellung von mir aus und wohl auch von vielen anderen hier im Saal aus gesehen vollzogen sein sollte. Wir sehen keinen Sinn dahinter, Rassismuswochen mit der Gleichstellung zusammenzukoppeln, nur damit man etwas zu tun hat. Grundsätzlich ist Rassismus keine Person, sondern etwas, das wir alle vor der eigenen Haustüre wegwischen soll-

ten. Grundsätzlich ist Gleichstellung etwas, das wir anerkennen sollten, ob Mann oder Frau. Für alle gilt das Gleiche: Wer eine Dienstleistung erbringt, wird auch dementsprechend entlöhnt. Was uns auch sauer aufstösst: Wenn der Kanton bei der Gemeinwesenarbeit spart und das auf die Stadt hinunter bricht, gibt es zuerst ein Riesengeschrei darum, was wir denn wollen, und etwas später merken wir, dass wir eigentlich gar nichts wollen: Wir geben das Geld einfach weiter aus, wir stellen Anträge, um das alles in der Stadt selber zu übernehmen. Die Voten der vergangenen Jahre sind dahin, man hat sie vergessen, die guten Vorsätze kennen wir alle auch nicht mehr. Wir fahren einfach so weiter, wie wir es immer gemacht haben: Die Mehrheit befiehlt. Das ist demokratisch, aber ob es auch logisch ist, ist eine andere Frage. Für uns ist klar, die Gemeinwesenarbeit hat eine wichtige Aufgabe, aber sie muss nicht aufgebläht werden. Es braucht nicht x Personen, die alle dasselbe machen, wir brauchen keine Leute, die in der Gemeinwesenarbeit erklären, wie man das Mietrecht vollziehen soll, dafür haben wir ein Mietamt. Wir brauchen nicht Leute, die das Gastgewerbe konkurrenzieren. Wir brauchen eine Gemeinwesenarbeit, die schlank, effizient und für die richtigen Leute da ist. Dafür steht die SVP auch heute ein. Wir wollen klare Strukturen, schlanke Strukturen, und wir wollen ein Budget, das auch künftige Generationen dazu animiert, in der Stadt Bern sesshaft zu werden, und nicht eines, das sie abschreckt, weil sie Angst haben, über kurz oder lang werde RGM sie mit einem neuen Steuerfuss beglücken. Denn denken Sie daran, die SP hat uns bereits im 2008 erklärt, wann sie den Steuerfuss senken will – oder eben auch nicht. Jetzt haben wir 2013, und die Andeutungen im Votum der Fraktionssprecherin der SP waren wohl klar: Es wird eher das Gegenteil der Fall sein. Zu so etwas können wir nicht stehen und darum haben wir Mühe mit dem gesamten Budget. Im Moment werden wir das Budget bestimmt ablehnen. Für uns gelten andere Grundsätze und darum müssen wir sagen: So schön das blaue Büchlein immer wieder ist, so viel Arbeit auch dahinter steckt, haben doch viele noch nicht begriffen, dass wir auch in Zukunft mit fehlenden Finanzen nicht mehr ausgeben können. Für die SVP ist dies klar und wir bitten Sie deshalb, heute möglichst viele Kürzungsanträge gutzuheissen, damit wir dem Stadtberner Stimmvolk am Schluss ein Budget anbieten können, das Sinn macht und das zukunftsweisend ist, und nicht eines, das Angst verbreitet, dass die Steuern steigen werden, denn viele Haushalte können heute Mehrbelastungen im Steuerbereich nicht mehr annehmen. In dem Sinn komme ich zum Schluss: Die Fraktion SVP wird das PGB im Moment ablehnen, wir werden uns bei den einzelnen Anträgen melden oder dementsprechend auch unsere Stimme abgeben. Ich bitte Sie, gehen Sie sorgfältig um mit diesem Budget und überlegen Sie sich jeweils gut, welchen Knopf Sie drücken.

Michael Köpfli (GLP) für die Fraktion GLP: Ich habe schon für die FD gesprochen, und was ich dort gesagt habe, ist durchaus auch die Meinung unserer Fraktion, ich kann mich also kurz fassen. Und ich kann auch sagen, dass Daniel Klauser weitest gehend ähnliche Positionen vertreten hat, wie sie die FD vertritt.
Wir haben den Gemeinderat in der Budgetdebatte immer wieder stark kritisiert, aber der Schelte, die jetzt von rechts gegen ihn gekommen ist, kann ich für einmal nicht folgen. Wir hatten im Frühjahr eine IAFP-Debatte, wir wussten, wie schlecht es um die Stadtfinanzen steht, und wir von der GLP waren mehr oder weniger die einzigen, die Vorschläge gemacht haben, wie man das Budget entlasten könnte, und zwar nicht mit einer Rasenmähermethode, sondern mit nachhaltigen Kürzungen, wie es der Gemeinderat jetzt für das nächste Jahr plant. Bis auf ein paar Details, wie der Antrag zur Mitarbeiterzeitung, den man jetzt schon wieder rückgängig machen will, sind alle substanziellen Anträge abgelehnt worden, und zwar nicht primär nicht von linker Seite, die der Gemeinderat ja repräsentiert und wo man durchaus sagen könnte, man vertraue dem Gemeinderat, wie er es mache, nein, es waren vor allem die SVP und die FDP, die diese Anträge ablehnten. Ich denke jetzt beispielsweise an Bern Tourismus, ich denke an die Kulturvorstösse. Dass diese beiden Parteien jetzt sagen, der Ge-

meinderat habe versagt, er wolle nicht sparen, selber aber beim IAFP null Anträge gestellt haben, kann ich schlicht nicht ernst nehmen. Ich muss sagen: Der Gemeinderat hat eine Leistung vollbracht und das Budget um über 10 Mio. Franken entlastet. Sicher sind das nicht alles grossartige Sparmassnahmen, es sind auch solche dabei, bei denen Sachen faktisch einfach ins nächste Jahr verschoben werden, die also keine substantiellen Entlastungen bedeuten. Das ist immer so, wenn man einer Direktion sagt, sie müsse jetzt 2% sparen. Die wenigsten werden in dieser Situation Entlastungen machen, indem sie eine Aufgabe streichen, sondern sie werden sich sagen: Das brauchen wir noch nicht, das machen wir dann übernächstes Jahr. Von dem her gebe ich dem Gemeinderat Recht. Aber er ist in der Pflicht, dass die kommenden Sparpakete – und die müssen kommen und sie müssen noch grösser sein, wir reden da von einer Richtgrösse von 20 Mio. Franken – nicht mehr pauschale Kürzungen sind, sondern dass man nachhaltige Sparmassnahmen ergreift, sprich: Es braucht Verzicht auf Aufgaben oder Auslagen, die die Stadt bisher macht oder eigentlich machen möchte. Andernfalls bleibt uns irgendeinmal als Alternative nur eine Steuererhöhung, und das ist für uns keine Option, vor allem auch, weil wir alle nicht wissen, ob es auf kantonaler Ebene zukünftig finanziell nicht noch viel schlimmer aussieht. Und da wäre es falsch, in der Stadt, wo wir die Möglichkeit noch haben, die Finanzen in Ordnung zu bringen, vorauseilend selber die Steuern zu erhöhen.
Eine Kritik am Gemeinderat wurde zu Recht geäussert, und die möchte ich hier wiederholen, nämlich die Kritik in Zusammenhang mit der Gemeinwesenarbeit. Es ist bestimmt so, dass der Gemeinderat gewusst hat, dass der Stadtrat sie nicht auf Null setzen wird. Darum hat er sie nicht ins Budget genommen und damit konnte er dem Stadtrat ein Budget vorlegen, das besser aussieht, als es tatsächlich ist. Die Kritik, die Daniel Klauser geäussert hat, hat auf jeden Fall etwas für sich. Aber wir können auf keinen Fall das Defizit, das sich wegen der Gemeinwesenarbeit ergeben wird, mit einer Korrektur der Steuereinnahmen ausgleichen, wie es GB/JA! beantragt. Ich habe vorhin noch einmal mit der Finanzverwaltung Rücksprache genommen, das ist etwas, was tatsächlich vom Kanton kommen könnte, wir wissen aber nicht, was er unter dem Spardruck im November noch alles beschliesst. Es könnte durchaus sein, dass dabei für die Stadt noch eine grosse Mehrbelastung resultiert und darum wäre es fahrlässig, das Budget theoretisch ausgeglichen zu gestalten, indem man einfach die Steuerprognose heraufsetzt. Der Grosse Rat könnte theoretisch zum Beispiel im Bereich der Schulsozialarbeit oder sonst wo in einem BSS-relevanten Lastenausgleichsgeschäft noch sparen, und das würde sich für die Stadt Bern sehr stark niederschlagen.
Das Budget ist deutlich besser, als man es im Frühjahr erwarten konnte und vor allem ist es deutlich besser, als wir es nach dem IAFP befürchtet haben, als der Stadtrat null Sparwillen gezeigt hat. So gesehen legt der Gemeinderat ein Budget vor, dem wir, auch wenn man die Gemeinwesenarbeit zum Teil wieder aufnimmt, zustimmen können. Nicht mit Begeisterung zwar, es ist ein Zwischenschritt, und der nächste Schritt muss das Haushaltpaket sein, das der Gemeinderat angekündigt hat und mit dem das Budget substanziell entlastet wird. Als Zwischenschritt zu einem langfristig ausgeglichenen Budget/Finanzhaushalt der Stadt Bern können wir dem Budget zustimmen. Nicht annehmen können wir es, wenn das Gros der von verschiedensten Seiten vorliegenden Anträge auf Ausbau oder auf Rückgängigmachen von Sparmassnahmen des Gemeinderat angenommen wird, ohne dass kompensatorische Sparmassnahmen beschlossen werden, und wir am Schluss ein Defizit von ein paar Millionen Franken haben. Darum unser Appell an den Stadtrat: Wenn man Sachen des Gemeinderats rückgängig macht, soll man immer auch sagen, wo man an anderem Ort in gleichem Ausmass Sparmassnahmen beschliesst, andernfalls ist es schlicht nicht konsequent.
Wir danken dem Gemeinderat für seine Arbeit und wir nehmen ihn in die Pflicht, seine Ankündigung, wonach in Zukunft nicht mehr Rasenmäher zum Einsatz kommt, sondern dass substanzielle Sparmassnahmen beschlossen werden, umzusetzen. Wir werden bestimmt Hand

dazu bieten. Wir hoffen, dass wir am Ende der diesjährigen Budgetdebatte ein möglichst ausgeglichenes Budget haben, das wir den Stimmberechtigten zur Annahme empfehlen können

Einzelvotum

Rolf Zbinden (PdA): Die finanziellen Bedingungen seien schwierig, meint der Gemeinderat. Das kommt uns doch irgendwie bekannt vor. Und diese Bedingungen sollen in den kommenden Jahren so bleiben, meint der Gemeinderat weiter. Das ist auch kein Wunder, denn einer schiebt bestimmt immer eine Krise. Und es ist auch kein Wunder, wenn immer wieder neue Unternehmer- und andere Steuerreformen aufgegleist werden. Und wen kann es wundern, solange sich die Parlamente in ihrer Mehrheit als willfährige Helfer des grossen Geldes verstehen. Auch dies wird in den kommenden Jahren so bleiben. Nichts ändern wird sich auch am Mechanismus, dass Sparzwänge von oben nach unten durchgereicht werden, dass die Parlamente, von oben bis unten, die Hände verrühren und vor den vermeintlichen Sparzwängen kapitulieren und dass besonders die bevölkerungs- und aufgabenreichen städtischen Zentren die Sparmassnahmen schliesslich auszubaden haben. Und nichts ändern wird sich auch an der Logik, dass es letztendlich die Menschen am empfindlichsten und erbarmungslos trifft, die über die geringsten finanziellen Ressourcen verfügen. Und die nächsten Schläge gegen diese Bevölkerungsgruppe stehen bereits bevor und sie werden immer dreister. Der Gemeinderat streicht das ausgeglichene Budget heraus und verspricht, „die Stadtfinanzen langfristig auf Kurs zu halten“, zu was ein umfassendes Entlastungsprogramm und Hauhaltsverbesserungsmassnahmen führen würden. Das tönt in New Speach zwar ganz harmlos, verdeckt aber nur weitere Angriffe auf soziale und kulturelle Belange. Die Partei der Arbeit kann einem Budget nicht zustimmen, das die Lebensqualität von breiten Bevölkerungsschichten in Bern verschlechtert und das als Sprungbrett für noch drastischere Massnahmen dienen wird. Die PdA lehnt sämtliche Abbaumassnahmen im Sozialbereich und in der Kultur ab. Besonders das Zusammenstreichen der Gemeinwesenarbeit zeugt von Blindheit gegenüber einem von bürgerlicher Seite aufgegleisten Angriff auf zentrale Strukturen des urbanen Lebens. Die Zeiten, wo es noch einigermassen nachvollziehbar war, wenn vom Abspecken im Luxussegment geschwafelt wurde, sind schon längst vorbei. Was heute an Abbaumassnahmen ins Haus steht, und erst recht vor der Tür, geht ans Lebendige, geht an die Grundfesten der sozialen und kulturellen Infrastruktur. Und was hier zerstört wird, könnte auch in Zeiten von plötzlich spriessenden Quellen nicht so einfach wieder aus dem Hut gezaubert werden. Hier soll nicht nur Know-how abgebaut werden, sondern auch Vertrauen und soziale Zusammenhänge ausserhalb von kommerziellen Zwängen. Die Abbauer kokettieren gern mit dem Argument vom Ende der Tabus. Jeder Bereich der öffentlichen Dienste müsse zur Disposition stehen. Was sie damit meinen, haben sie hinlänglich deutlich gemacht: Nichts anderes als Klassenkampf von oben. Darauf kann nicht mit reinen Abwehrgefechten reagiert werden. Es ist notwendig, endlich diesen Trend, der ja auch ein ideologischer Trend ist, zu brechen, indem laut darüber nachgedacht wird, welche Tabus es denn wirklich verdient haben, gebrochen zu werden. So ergibt sich für die PdA auch überhaupt kein Sinn daraus, den Fetisch des ausgeglichenen Budgets weiter zu pflegen, wenn dafür sehr wichtige soziale und kulturelle Einrichtungen bluten müssen. Verstecken wir uns nicht hinter Buchhaltung, fällen wir politische Entscheide.

Direktor FPI *Alexandre Schmidt*: Ich danke herzlich im Namen des Gemeinderats für die intensive Debatte, die fundierten Äusserungen und die gute Aufnahme, die das Budget erfahren hat und ich freue mich persönlich auf das, was jetzt noch kommt. Machen wir doch zuerst einmal ein Foto des Budgets, fangen wir genau den jetzigen Zeitpunkt ein: vor der Verhandlung der Budgetanträge. Auf diesem Foto sehen wir in Anbetracht der Umstände Erfreuliches. Der Gemeinderat hat zum zweiten Mal in diesem Jahr sein Versprechen gehalten. Das erste

Mal war, als Sie im Februar das 13. Haushaltpaket im Umfang von 7 Mio. Franken verabschieden konnten. Das zweite Mal betrifft die Aussage hier im Stadtrat im Mai, bei der Verhandlung des IAFP, wo wir Ihnen das wirklich ambitiöse Ziel angekündigt haben, innert sechs Wochen eine Ergebnisverbesserung von 12.6 Mio. Franken zu erzielen. Auch diese Zusage können wir einhalten, wir legen Ihnen eine Punktlandung vor, eine schwarze Null, wie das im Jargon heisst. Und dieses Ergebnis ist nicht einfach mein Verdienst, es ist eine Teamleistung des gesamten Berner Gemeinderats und der Verwaltung. Gemeinsam haben wir diese Ziele vereinbart, gemeinsam haben wir die nötigen Beschlüsse gefasst und gemeinsam sind wir ins Ziel gekommen. Alle Direktionen, anders als dies heute Nachmittag gesagt wurde, haben Einbussen erlitten, proportional im selben Umfang, da wir angesichts der kurzen Zeit nichts anderes machen konnten als Quotenvorgaben zu schaffen. Und Quotenvorgaben, ich bitte, dies auch zur Kenntnis zu nehmen, sind nicht das Gleiche wie eine Rasenmähervorgabe, mit der überall gleich viel abgeschnitten wird. Wir haben Quotenvorgaben gemacht, wir haben daraufhin Anträge aus den Direktionen erhalten und wir haben jede einzelne Massnahme gemeinsam beschlossen, gewisse auch zurückgewiesen. Sprechen Sie also bitte nicht von Rasenmähermethoden, das ist nicht dasselbe. Der Eindruck, es sei zu Lasten von einzelnen Direktionen gespart worden, ist falsch. Ich danke meinen Kolleginnen und Kollegen herzlich für die gute Arbeit, die wir in diesem halben Jahr für die Finanzpolitik geleistet haben.
Wir erhalten mit diesem Budget das gute Leistungsniveau in der Stadt aufrecht. Wir haben keinen Leistungsausbau, wir haben Umschichtungen. Wenn gekürzt wurde, ist vielleicht dafür an einem anderen Ort eine höhere Ausgabe zu finden. Die Gesamthöhe der Ausgaben ist stabil, sogar leicht sinkend. Wir haben, mit anderen Worten, Verantwortung übernommen, wir sind dem gerecht geworden, was Sie von uns erwarten können. Andere Aussagen, die leider auch gefallen sind, muss ich zurückweisen.
Aber jetzt machen wir es anders und schauen das Budget nicht in Form eines Fotos an, sondern in Form eines Films. Da gibt es erst einmal einen Vorspann, und zum Vorspann gehört das Rechnungsergebnis 2012. Zum ersten Mal seit 1999 hat die Stadt Bern ein Defizit auszuweisen. Die fetten Jahre sind vorbei, magere Kost kündigt sich an. Zum Vorspann des Films gehört auch ein Blick auf die Einnahmenentwicklung. Seit 2010 stagnieren die Einnahmen, was sich namentlich aus dem Rückgang der Gewinnablieferung von ewb erklärt. Diesen Einnahmeeinbruch haben wir noch nicht ganz verdaut. Schauen wir auch die Entwicklung auf der Ausgabenseite an: Wir haben sehr dynamisch wachsende Ausgabenposten, die andere Aufgaben über kurz oder lang aus dem Budget stossen. Dazu gehört unter anderem unsere Beziehung zum Kanton. Die Leistungen, die wir dem Kanton erbringen, werden Jahr für Jahr grösser, wir müssen also irgendwo anders Platz machen, damit wir diese Zahlungen überhaupt leisten können.
Verlassen wir den Vorspann. Der Hauptfilm von heute Abend hat bestimmt Elemente von Komödie und von Tragödie, das werden wir sehen, aber es läuft auch ein Thriller, nämlich um die symbolisch wirklich relevante Frage, ob das Budget rot oder schwarz abschliesst. Die Anträge aus den Kommissionen sind da ein Warnsignal. Der Gemeinderat akzeptiert es selbstverständlich, wenn Sie andere Gewichtungen vornehmen wollen, das ist Ihr Recht. Allerdings haben die Kommissionen diese andere Gewichtung einseitig vorgenommen und ausschliesslich Aufstockungen beantragt, die zu einem Defizit von 1.8 Mio. Franken führen. Es ist viel mehr als nur ein frommer Wunsch, ohne Defizit abschliessen zu wollen, und einzelne Redner haben das auch so gesehen, denn neben dem Budget gibt es bekanntlich auch noch die Investitionsrechnung. Darin werden alle Investitionen erfasst und erscheinen dann tranchenweise, über die Abschreibungen, im ordentlichen Budget. 2014 wird ein Rekordjahr werden an Investitionen, wie es Bern schon lange nicht mehr erlebt hat. Wir haben bestellte 140 Mio. Franken an Investitionen, wie werden also in der Stadt sehr viele Baustellen aufmachen, aber wir können aus eigener Kraft nur 40 Mio. Franken finanzieren, und entsprechend steigen die

Schulden um 100 Mio. Franken, wenn es genau so kommt wie wir es planen. Hohe Investitionen gibt es aber nicht nur 2014, sondern auch 2015 und 2016. Und damit kündigt sich die nächste Welle von neuen Kosten für das Budget an, bestehend aus höheren Abschreibungen, höheren Zinszahlungen und höheren Betriebskosten. Darum der Appell des Gemeinderats an Sie zu vermeiden, in der laufenden Rechnung Defizite zu erwirtschaften, wenn man gleichzeitig über die Investitionsrechnung dermassen hohe neue Schulden anhäuft. Wir müssen alles unternehmen, um die Kosten im Griff zu behalten. Wenn Sie jetzt ein Defizit von 2 Mio. Franken verabschieden, ist unser Problem im kommenden Jahr um 2 Millionen grösser. Und wo das am Schluss hinführt, sehen wir jetzt an den Debatten im Grossen Rat. Die Sparprogramme des Kantons kommen später als unsere, zeitverschoben, aber sie kommen, und sie sind grösser und schwerer zu bewältigen als unsere. Wir geben früher Gegensteuer als der Kanton dies gemacht hat. Der Gemeinderat ist voll an der Arbeit, hoch motiviert, um schwarze Zahlen zu erreichen. – Nicht nur in diesem Jahr, sondern auch in den kommenden Jahren, Sie kennen die Konturen des 14. Haushaltverbesserungsmassnahmenpakets von um die 20 Mio. Franken. Wir sind in der Pflicht, wurde heute Abend gesagt, und dem ist effektiv so. Ich muss Sie aber auch auf die nächste Wolke hinweisen, die in den Unterlagen noch gar nirgends erfasst ist, nämlich die Frage der Ausfinanzierung der Pensionskasse. Diese Ausfinanzierung vorzunehmen ist eine der Aufgaben, die Sie dem Gemeinderat übertragen haben, und dies zu Recht. Diese Aufgabe wird uns stark herausfordern, dort kommen Kosten auf uns zu, die in den Finanzplanzahlen nirgends eingestellt sind. Und ich muss noch einen weiteren Hinweis machen: Das Budget hat immer Chancen und Risiken. Wir basieren den Budgetentwurf natürlich so weit als möglich auf Sicherheit und nicht auf Planungsannahmen, aber gerade da haben wir eine Schwierigkeit, weil die Vorgaben des Kantons im Verlauf der Zeit ändern. Die grosse Sparrunde des Kantons wird Auswirkungen haben auf unsere Rechnung 2014 und auf das Budget 2015. Aber alles, was im Kanton läuft, sind bislang ausschliesslich Vorschläge, darum haben wir das alles nicht eingebaut. Insgesamt sind uns im Moment 27 Massnahmen bekannt, die auf kantonaler Ebene angekündigt sind und die Auswirkungen haben werden. 17 davon sind im Topf eins, zehn im Topf zwei, der möglicherweise nicht kommt. Die meisten der Massnahmen haben eine Wirkung ab 2015, nicht ab 2014. Wir haben die latente Drohung, dass ein Teil eines allfälligen Gewinns aus den möglichen Massnahmen vom Kanton gleich abgezogen und zum Stopfen der eigenen Löcher verwendet wird. Wir werden heute dazu später noch einmal Stellung nehmen müssen, bei einem Antrag zu den Steuereinnahmen. Es ist eine gefährliche Massnahme, ein einseitiger Antrag, der hier im Raum steht.
Ich komme zum Schluss: Die finanzielle Zukunft der Stadt sieht alles andere als rosig aus. Wir stehen an einer Weggabelung. 2014 ist das erste Schicksalsjahr, und je nachdem, in welche Richtung wir gehen, können wir entweder aus eigener Kraft, Schritt für Schritt, auf einen Pfad gelangen, auf dem wir den schlimmsten Stürmen entkommen, oder aber wir gehen eine Wette ein: Dass es trotzdem besser kommt, dass ein paar Millionen Franken Defizit nicht so schlimm sind, dass wir den Effort, den der Gemeinderat Ihnen abverlangt, nicht leisten müssen. Das wäre ein riskantes Spiel, von dem wir Ihnen abraten.

Detailberatung

Gemeinde und Behörden (GuB)

Sprecher SBK *Roland Jakob* (SVP): Am 16. August 2013 haben wir in der SBK-Sitzung einerseits die Anträge, die bis dahin vorlagen, behandelt, und andererseits mit der Verwaltung zusammen Fragen geklärt. Im Gesamten lagen 19 Anträge vor, zu GUB und BSS. Zu GuB stellt die SBK Anträge für die Änderung/Streichung von Kennzahlen und die Änderungen von Steuerungsvorgaben (Anträge 2 bis 5). Weiter stellen wir mit Nr. 6 einen Antrag zum Informations-

dienst. Es geht darum, dass man die Mitarbeiterzeitung MAZ weiterführt. Ein Antrag aus der Kommission für eine Kürzung der Nettokosten um 160'000 Franken beim Gemeinderat wurde von der Mehrheit abgelehnt, ebenso Anträge betreffend Kürzungen bei den Aussenbeziehungen und bei den Direktionsstabstellen. Die Anträge der Fraktionen waren der SBK am 16. August nicht bekannt, darum kann ich sie nicht kommentieren.

Sprecher PVS *Benno Frauchiger* (SP): Die PVS hat das Budget der Präsidialdirektion (Hochbauamt, Bauinspektorat, Stadtplanungsamt) zustimmend zur Kenntnis genommen und empfiehlt es zur Annahme. Zu reden gaben vor allem die Umstrukturierungen, die durch die Rückführung der StaBe in die Stadtverwaltung anstehen. Es wird neu ein Hochbauamt geschaffen, das 2014 folglich erstmals im Budget auftaucht. Das Hochbauamt wird aber nicht nur auf das Budget einen Einfluss haben, sondern auch auf den Ratsbetrieb: Nach heutiger Kompetenzenregelung haben es nur wenige Hochbauprojekte bis in den Stadtrat geschafft, aber mit der Integration der StaBe in die Stadtverwaltung gilt für Hochbauten die gleiche Kompetenzenregelung wie für andere Geschäfte auch, so dass wir zukünftig praktisch alle Hochbauprojekte im Stadtrat behandeln werden. Konkret gehen wir davon aus, dass wir pro Monat ein bis drei Projekte zu beurteilen haben, und einige dieser Projekte werden sogar dem Volk vorgelegt werden müssen.
Ein wichtiges Thema in diesem Zusammenhang war auch die Aktivierung der Eigenleistung im Hochbauamt, weil das budgetrelevant ist: Können Bauherrenleistung dem Investitionskredit belastet und damit aktiviert werden oder werden sie durch die laufende Rechnung finanziert? Im aktuellen Budget wurde gemäss der Praxis der StaBe budgetiert, das heisst, viele Eigenleistungen werden aktiviert. Welche Vorgaben dazu HRM2 macht, ist nicht klar, es ist aber wünschenswert, dass sich das Hochbau- und das Tiefbauamt auf eine einheitliche Praxis einigen können.
Im Stadtplanungsamt sind Mehrausgaben von 130’000 Franken für externe Aufträge vorgesehen, befristet auf zwei Jahre. Die Befristung soll über den IAFP sichergestellt werden. Das Stadtplanungsamt wurde bisher als so genanntes Light-Amt geführt, das heisst ohne Steuerungsvorgaben. Das soll sich ändern, die PVS beantragt die Einführung von zwei Steuerungsvorgaben. Die erste (10) betrifft die Anzahl abgeschlossener Freiraumplanungen für öffentlich nutzbare Freiräume, mit einem Soll von zwei pro Jahr. Die zweite (11) betrifft die Anzahl neuer Wohnungen, für welche die planerischen Voraussetzungen geschaffen wurden, hier beträgt das Soll 500 pro Jahr, dies, damit die Legislaturziele des Gemeinderats, Wohnraum für 5000 Einwohner zu schaffen, erfüllt werden können.
Wie am Anfang schon gesagt, stimmt die PVS dem Budget der Präsidialdirektion zu.

0.	S. 45 Ombudsstelle (020000)	FDP	Erhöhung der Nettokosten um 5‘000.00 auf 375‘624.15 Franken zugunsten P020020 Datenschutz[1]
0a.	S. 50 Gemeinderat (030000)	SVP	Kürzung der Nettokosten um 43‘203.48 auf 3‘267‘370.73 Franken zulasten P030010 Gemeinderat[2]
1.	S. 50 Gemeinderat	BDP/CVP	Kürzung der Nettokosten um 63‘000.00 auf 3‘247‘574.21 Franken zulasten P030020 Beiträ-

[1] Welcher Stellenwert dem Datenschutz in einem demokratischen Rechtsstaat zukommen muss, dürfte in den letzten Monaten deutlich geworden sein. Eine Kürzung der ohnehin bescheidenen Mittel der Ombudsstelle, die im Ergebnis in erster Linie auf das Produkt Datenschutz durchschlägt, noch unter den Stand von 2011 ist nicht zu verantworten, soll der Datenschutz nicht zu einem reinen Feigenblatt verkommen, das die Stadtverwaltung diesbezüglich besser aussehen lässt, als sie es tatsächlich ist.
[2] Kürzung des Repräsentationsaufwands des Gemeinderats.

	(030000)		ge[3]
2.	S. 55-56 Stadtkanzlei (040000)	SBK	Die Kennzahlen 1) und 2) sowie 5) bis 9) werden gestrichen
3.	S. 56 Stadtkanzlei (040000)	SBK	Kennzahl 3) lautet neu: Anzahl in der Rechtssammlung (SSSB) geänderte Erlasse (davon rechtzeitig im Internet aufgeschaltet in %)
4.	S. 56 Stadtkanzlei (040000)	SBK	Die Kennzahlen 5) Anzahl bearbeitete Geschäfte für die Direktionen und 7) Anzahl Empfänge und wahrgenommene Repräsentationspflichten werden gestrichen und durch die neu geschaffenen Kennzahlen 10) Anzahl organisierte Anlässe und 11) Anzahl Vorprüfungen, Stellungnahmen und schriftliche Auskünfte für die Direktionen ersetzt.
5.	S. 57 Stadtkanzlei (040000)	SBK	Einführung einer neuen Kennzahl 12) Anzahl durch die Stadtkanzlei begleitete E-Government-Projekte
6.	S. 66 Informationsdienst (050000)	SBK	Erhöhung der Nettokosten um 40‘000.00 auf 987‘079.74 Franken zugunsten von P050020 Interne Kommunikation (MAZ, Intranet)

Beschluss
Der Stadtrat lehnt den Antrag 0 Fraktion FDP ab (19 Ja, 37 Nein). *Abst.Nr. 018*

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät*: Ich bitte Sie, die Anträge 0a und 1 abzulehnen. Der Repräsentationskredit Erlacherhof wurde jedes Jahr gekürzt und beträgt heute weniger als 40'000 Franken. Alles andere ist gebunden für Anlässe wie Neuzuzügerbegrüssungen, Sportler-Ehrungen etc. Und mit den verbleibenden 40'000 Franken haben wir ja einen Auftrag von Ihnen zu erfüllen und zum Beispiel bei Aussengemeinden zu lobbyieren und darum bitte ich Sie, ihn nicht noch weiter zu kürzen. Was die Vereinigung für Bern angeht: Wir sind eines von 340 Mitgliedern, wenn Sie unseren Beitrag streichen, gibt es diese Vereinigung nicht mehr. Das ist heute ein defizitärer Verein, der sein Geld einsetzt für Dinge wie Elfenausommer, Chaschperlikutsche, für den Tannenbaum auf dem Bundesplatz, für Beiträge an Bücher, die anders nicht finanziert werden können etc. Wenn man unseren Beitrag streicht, streicht man einfach alle diese Aktivitäten. Ich bitte Sie deshalb, die Streichung abzulehnen, umso mehr, als von diesen 63'000 Franken 25'000 Franken quasi Entschädigung für Arbeit von städtischen Angestellten ist. Faktisch ist also die Summe, die ausgegeben wird, noch bedeutend tiefer.

Beschluss
1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 0a Fraktion SVP ab (17 Ja, 40 Nein). *Abst.Nr. 019*
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 1 Fraktion BDP/CVP ab (21 Ja, 35 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 020*
3. Der Stadtrat stimmt den Anträgen 2, 3, 4 und 5 SBK zu (57 Ja, 0 Nein). *Abst.Nr. 021*

[3] Streichung des Jahresbeitrags an die Vereinigung für Bern. Die Aktivitäten der Vereinigung sind marginal und man kann darauf verzichten.

Sprecherin SBK *Katharina Altas* (SP): In der SBK war eine Mehrheit dafür, den Betrag für den Druck der Mitarbeiterzeitung (MAZ) wieder ins Budget einzustellen und auch die Fraktion SP unterstützt diesen Antrag 6. Vielleicht erleben wir die papierlose Gesellschaft noch, aber im Moment gehören die meisten User, wie man auf Neudeutsch sagt, zu den „Digital Immigrants“. Das sind all jene, die nicht mit Computern, mit Internet, mit Mobiltelefon oder MP3-Playern aufgewachsen sind. All diesen Einwanderern den Zugang zur Information und konkret zur Mitarbeiterzeitung der Stadt Bern zu verwehren, widerspricht jeder Gleichbehandlung. Für uns scheint insbesondere das Argument gewichtig, dass von den 3700 Mitarbeitenden der Stadtverwaltung Bern knapp die Hälfte über keine städtische E-Mail-Adresse bzw. über keinen Computerarbeitsplatz verfügt. Das sind in erster Linie Mitarbeitende, die in handwerklichen Berufen tätig sind, beispielsweise Angestellte im Tiefbauamt, bei den Stadtbauten oder im Sportamt. Das Durchschnittsalter dieser Angestellten ist bei über 40 Jahren anzusiedeln, entsprechend dürfte der Anteil mit geringer Erfahrung in der Informatikanwendung hoch sein. Aber auch diese städtischen Angestellten haben einen Informationsanspruch, ausserdem trägt die gedruckte Mitarbeiterzeitung zur Identifikation mit dem Arbeitgeber bei. Ich bitte darum, dem Antrag zuzustimmen.

Manuel C. Widmer (GFL): Auch wir sehen natürlich, dass es ein Informationsorgan für die Mitarbeitenden der Stadt braucht, das ihnen ab und zu Mitteilungen aus dem Gemeinderat oder aus der Verwaltung liefert. Allerdings sind wir betreffend Form nicht so sicher wie meine Vorrednerin. Sie moniert, es hätten nicht alle Computerzugang und es seien nicht alle computeraffin. Dieses Problem lässt sich lösen, indem man die MAZ in der Cateferia auflegt oder am schwarzen Brett aufhängt etc. Einen Drucker gibt es glaube ich mittlerweile in jeder Stabsabteilung. Darum ist dieses Argument keines. Beim Lesen der letzten MAZ habe ich zudem festgestellt, dass es Schulen gibt, die einmal im Monat Informationen mit deutlich mehr Gehalt herausgeben, als ich in dieser Nummer gefunden habe. Darum finde ich, man könne auf elektronische Medien umstellen. Man könnte die MAZ als pdf verschicken und für die, die keinen Computer haben oder nicht wissen, wie man ein pdf aufmacht, kann man sie ausdrucken und wie oben schon gesagt zugänglich machen. Die Fraktion GFL/EVP wird dem Antrag nicht zustimmen.

Pascal Rub (FDP): Der Stadtpräsident hat es gehört: Wenn in der Kommunikation eine Stelle frei wird, ist Manuel C. Widmer bereit, diese Kommunikation zu verbessern. Ich kann das Votum der Kommissionssprecherin vollumfänglich unterstützen und möchte nur noch ein zusätzliches Argument liefern: Es gibt für jede Art von Kommunikation den richtigen Mix, und es gibt gewisse Mitteilungen, die man pushen muss, das heisst, man muss sie den Leuten nach Hause, in den Briefkasten schicken, wenn man will, dass sie gelesen werden – andere Sachen werden im Internet abgerufen, das ist eine so genannte Pull-Kommunikation –, und von daher ist so eine Mitarbeiterzeitschrift sicher ein geeignetes Mittel. Ich möchte hier wie jedes Mal, wenn es um das Thema geht, sagen, dass wir die MAZ nicht drucken. Ich habe keinen direkten Nutzen an dieser Zeitschrift, aber ich lese sie gelegentlich, weil wir Stadträte sie ja auch erhalten. Wir werden dem Antrag der SBK zustimmen.

Direktor FPI *Alexandre Schmidt*: Die Aufhebung der MAZ hat vier grössere Auswirkungen: Von einer haben wir eben gehört: wir haben 1800 Mitarbeitende, die manuelle Arbeit verrichten, also nicht am Computer arbeiten. Und wenn wir die MAZ neu elektronisch verschicken, verschicken wir sie an den Arbeitsplatz, entsprechend wird sie während der Arbeitszeit gelesen und das ist nicht unbedingt, was wir haben wollen. Drittens verlieren wir 2000 Leserinnen und Leser, nämlich die Pensionierten, die heute die Zeitung erhalten. Manchen könnte man sie vielleicht elektronisch schicken, aber viele von ihnen würde man so verlieren und damit

auch deren Anbindung. Und das nach Hause schicken hat schliesslich auch den Vorteil, dass wir die übrigen Mitbewohnerinnen und Mitbewohner erreichen, auch das würde beim elektronischen Versand wegfallen. Darum war der Gemeinderat in der Debatte zur Planungserklärung gegen diesen Antrag. Wir haben ihn aber jetzt umgesetzt und sind auf dem Weg zu einer elektronischen Einführung, freuen uns aber über das Rückkommen, weil wir nach wie vor der Meinung sind, die MAZ gehöre zu unserer Stadt.

Beschluss
Der Stadtrat stimmt dem Antrag 6 SBK zu (33 Ja, 27 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 022*

Präsidialdirektion (PRD)

8a.	S. 84 Direktionsstabsdienste und Gleichstellung (100300)	SVP	Kürzung der Nettokosten um 40‘964.08 auf 368‘676.54 Franken zulasten P100310 Gleichstellungsprojekte[4]
6a.	S. 90 Abt. Kulturelles (110000)	PdA	Erhöhung der Nettokosten um 103‘268.02 auf 29‘491‘729.53 Franken zugunsten P110020 Beiträge direkte Förderung[5]
7.	S. 90 Abt. Kulturelles (110000)	BDP/CVP	Kürzung der Nettokosten um 52‘000.00 auf 29‘336‘461.51 Franken zulasten P110030 Abgeltung Leistungsverträge[6]
8.	S. 98 Denkmalpflege (120000)	Matthias Stürmer (EVP)	Umwandlung von Kennzahl 10) Öffentlichkeitsarbeit (Publikationen, Führungen, Vorträge) in eine neue Steuerungsvorgabe 2) **Soll 2014: 25**[7]
8b.	S. 102 Aussenbeziehungen und Statistik (130100)	SVP	Kürzung der Nettokosten um 40‘000.00 auf 1‘779‘630.24 Franken zulasten P130130 Aussenbeziehungen[8]
9.	S. 123 Stadtplanung (170500)	BDP/CVP	Kürzung der Nettokosten um 130‘000.00 auf 4‘607‘185.78 Franken zulasten P170550 Förderung Wohnbautätigkeit[9]
10.	S. 125 Stadtplanung (170500)	PVS	Einführung einer neuen Steuerungsvorgabe 1) Anzahl abgeschlossene Freiraumplanungen für öffentlich nutzbare Freiräume (Plät-

[4] Kürzung der Ausgaben für Gleichstellungsprojekte, da Gleichstellung in unserer Gesellschaft vollzogen ist.

[5] Erhöhung der Nettokosten für direkte Förderungsbeiträge auf das Niveau von 2013 (3‘195‘938.21 Franken). Die Beiträge direkte Förderung sind für eine vielfältige Entwicklung der städtischen Kultur wesentlich. Eine Reduktion gegenüber dem Budget 2013 führt zu überproportional grossen kulturellen Verlusten.

[6] Kürzung der Kulturbeiträge mit einjährigem Leistungsvertrag im aktuellen Umfang von 717‘000 auf 665‘000 Franken. Auf Mehrausgaben gegenüber der Rechnung 2012 ist zu verzichten.

[7] Die Denkmalpflege soll sich stärker auf ihre Kernaufgaben fokussieren und deshalb die Öffentlichkeitsarbeit von 31 Publikationen, Führungen und Vorträge im Jahr 2012 auf 25 Auftritte pro Jahr reduzieren.

[8] Stärkung der Aussenbeziehungen ist nicht nötig. Sparpaket 2014 erhöhen.

[9] Verzicht auf Leistungsausbau im Bereich externer Mandate zur Abwicklung von Wohnarealen.

			ze, Parks etc.) **Soll 2014: 2 pro Jahr**
11.	S. 125 Stadtplanung (170500)	PVS	Einführung einer neuen Steuerungsvorgabe 2) Anzahl neuer Wohnungen für welche die planerischen Vor-aussetzungen geschaffen werden **Soll 2014: 500 pro Jahr**

Leena Schmitter (GB): Offenbar muss man hier auch über Selbstverständlichkeiten streiten. „Alle Jahre wieder“ kann man da sagen. Die Gleichstellungsarbeit via Budget anzugreifen (8a) heisst nichts anderes, als die Gleichstellung der Geschlechter anzugreifen, und wir werden diesen Antrag natürlich ablehnen. Die Begründung, die Gleichstellung sei bereits vollzogen, ist schlicht und einfach falsch. Die Sichtbarkeit von beruflich oder politisch erfolgreichen Frauen ist nämlich kein Indikator für die vermeintlich vollzogene Gleichstellung. Die Frage ist vielmehr, wer oder welche strukturellen Mechanismen eben unsichtbar sind. Ich empfehle darum die Lektüre von einschlägigen statistischen Auswertungen, manchmal sprechen Zahlen einfach für sich.
Die Fachstelle für Gleichstellung der Stadt Bern ist ein Beispiel dafür, dass sich die Investition in die Gleichstellung der Geschlechter lohnt. Davon zeugt der Schlussbericht des Aktionsplans, der seit August dieses Jahres vorliegt. Trotzdem bleibt viel zu tun. Beispielsweise leisten auch berufstätige Frauen den grössten Teil der unbezahlten Haus- und Familienarbeit, und die Teilzeitarbeit der Männer nimmt nur langsam zu. Damit die Fachstelle auch weiterhin ihren Auftrag, der übrigens ein Verfassungsauftrag ist, erfüllen kann, braucht sie selbstverständlich die nötigen Mittel. Sie hat ihr Budget schon um 4% gekürzt, was unter anderem auf Kosten dieses sechsmonatigen Hochschulpraktikums geht, was nicht nur, aber auch, auf Grund der aktuellen wirtschaftlichen Situation sehr zu bedauern ist. Und schliesslich, damit auch das wieder einmal gesagt ist: Gleichstellung ist keine Bedrohung. Das Projekt, das die SVP kürzen will, kommen allen zu gute. Flexible Arbeitszeit und Job-sharing-Modelle oder auch Elternzeit würden auch den SVP-Mitgliedern, ihren Familien und den Wählerinnen und Wählern der SVP zugutekommen.

Patrizia Mordini (SP): Wir reden auch dieses Jahr wieder über einen Kürzungsantrag der SVP zur Gleichstellungsstelle. Zuverlässig wie Weihnachten kommt er alle Jahre wieder, nur macht Weihnachten mehr Spass. Der Kürzungsantrag betrifft den Posten Gleichstellungsprojekte. Diese Produkte können aus folgendem Grund nicht gestrichen werden: Die Stadt hat vom Gesetz und von der Verfassung her einen Gleichstellungsauftrag. Den muss sie für die Stadtverwaltung wie auch für die Gemeinde erfüllen. Die Aufgaben und Kompetenzen dazu sind klar geregelt, der Gleichstellungsauftrag ist ein Dauerauftrag.
Die Gleichstellung ist zwar faktisch verankert, aber noch nicht erreicht, das ist ein wichtiger Unterschied. Dies zeigt sich in den Bereichen des täglichen Lebens immer wieder und überall, beispielsweise im Lohnunterschied, der immer noch 20% zum Nachteil der Frauen beträgt. Der Gleichstellungsauftrag ist darum eine Kernaufgabe der Stadt, er ist ja auch beim Stadtpräsidenten angesiedelt. Die Fachstelle für Gleichstellung hat eine Querschnittfunktion und ihr Auftrag besteht darin, die Gleichstellung von Frau und Mann verwaltungsintern wie eben auch verwaltungsextern umzusetzen. Zu ihrem Wirkungsfeld gehören nicht nur die städtische Verwaltung, sondern eben auch private Betriebe, Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Bern, unsere Wählerinnen und Wähler. Die Fachstelle verfügt über das Gender-Know-how, um die Umsetzung voranzutreiben. Sie kommt diesem Auftrag kompetent und gleichzeitig kostengünstig nach, sie hat nämlich nicht sehr viele Ressourcen und Stellenprozente, um diese Aufgabe zu erfüllen. Die Umsetzung des Aktionsplans Gleichstellung läuft noch, das ist

noch nicht erfüllt. Mein Votum ist, wie der Antrag der SVP, jedes Jahr zu ungefähr 90% gleich. Wir sind gegen diesen Antrag.

Roland Jakob (SVP): Wenn wir hier schon von Gleichstellung reden: Gleichstellung in der AHV? – Danke! Gleichstellung im Militärdienst, von dem ich dafür wäre, dass auch Frauen ihn leisten? – Auch nicht vorhanden. Gleichstellung fehlt vielerorts, und dann kommen Sie hier, kleinkariert, und bellen wegen 40'000 Franken, die wir kürzen wollen, um ein wenig Gleichstellungskorrektur zu machen, in dem Sinn, dass wir meinen, man brauche dieses Geld nicht auszugeben, denn die Verwaltung hat laut ihrem Bericht längst erklärt, sie sei auf den besten Wegen, diese Gleichstellung zu vollziehen. Da brauchen wir endlich einmal ein klares Zeichen, dass Bern nicht nur eine Sportstadt, eine Kulturstadt und weiss nicht was noch für eine Stadt ist, sondern dass sie eigentlich auch eine Gleichstellungsstadt wäre. Aber diese Zeichen sehe ich heute einmal mehr nicht. Es wird Zeit, dass Sie endlich ehrlich genug sind zu sagen, in der Stadt sei die Gleichstellung vollzogen, oder sie ist bankrott erklärt worden. Etwas dazwischen gibt es nicht mehr.

Erich Hess (SVP): Die Gleichstellung ist längst umgesetzt. Wir haben sie auf allen gesetzlichen Ebenen umgesetzt und sie wird auch praktiziert. Dieser Antrag ist eben nicht wie Weihnachten, wie gesagt wurde, nein: Wir stellen dieses Mal einen sehr moderaten Kürzungsantrag, und normalerweise wollten wir ja jeweils gleich das Ganze streichen. Aber weil wir natürlich gemerkt haben, dass man damit nicht durchkommt, haben wir es jetzt einmal mit einem moderaten Antrag probiert. Ich möchte doch hoffen, dass Sie sehen, dass die Gleichstellung schon längst umgesetzt ist. Theoretisch könnten wir darum diese Stelle gleich ganz streichen, aber jetzt fangen wir doch erst einmal mit einem kleinen Teil davon an. Natürlich ist das eine dauernde Aufgabe, aber es ist eine Aufgabe, die nicht über ein Büro gewährleistet werden kann, das wird sich von Natur aus erledigen, sprich: Es ist nicht so, dass Frauen weniger verdienen als Männer, wenn sie die gleiche Leistung erbringen, nein: Ich kenne sogar sehr viele Fälle, in denen die Frauen mehr verdienen als die Männer, weil sie eben vielleicht etwas mehr an Leistung erbringen, und darum sind alle diese Statistiken, die von diesen Gleichstellungsstellen immer wieder publiziert werden, völlig falsch. Es gibt natürlich auch viele Fälle, wo Mann und Frau zwar die gleiche Arbeit erledigen, aber vielleicht die Männer verglichen mit den Frauen eine höhere Leistung erbringen und somit sind diese Frauen halt ein wenig schlechter bezahlt, und das ist auch richtig so. Man soll die Leute nach der Leistung bezahlen. Ich bitte Sie, diesen Antrag anzunehmen, damit wir zu gesunden Stadtfinanzen kommen.

Daniel Klauser (GFL): Es ist keine leichte Aufgabe, nach Erich Hess zur Gleichstellung zu sprechen. Was er da von sich gibt, verschlägt einem ja fast die Sprache. Wir sind gegen den Kürzungsantrag zulasten der Gleichstellungsprojekte. Wir haben im Stadtrat schon diverse Vorstösse eingereicht, was die Weiterentwicklung der Fachstelle Gleichstellung anbelangt, nämlich im Sinne eines Diversity managements. – Also nicht „nur“ Gleichstellung zwischen Mann und Frau, sondern Gleichstellung generell, in allen Belangen. In diesem Sinn ist es nicht richtig zu kürzen, sondern die Fachstelle soll eine Entwicklung machen, entsprechend unseren Vorstössen, und darum lehnen wir den Antrag ab.

Jacqueline Gafner Wasem (FDP): Wenn Erich Hess hier apodiktisch festgestellt hat, die Gleichstellung sei vollzogen, so sage ich Ihnen jetzt: Das ist nicht der Fall, und im Unterschied zu Erich Hess bin ich ein Mitglied des Geschlechts, das davon profitieren wird, dass es diese Stelle weiterhin gibt.

Beschluss
Der Stadtrat lehnt den Antrag 8a SVP ab (9 Ja, 50 Nein). *Abst.Nr. 023*

Rolf Zbinden (PdA): (6a) Alle Einsparungen gehen ausschliesslich zulasten der Beiträge „direkte Förderung“. Das tönt heftig, und zwar nicht zum ersten Mal. Wir sollen offensichtlich daran gewöhnt werden, nach dem Motto „Alle Jahre wieder“. Das ist ein kreuzfalsches Signal, das hier gesendet wird, weil die Beiträge für direkte Förderung für eine lebendige Kultur- und Kunstszene hier in Bern ganz wesentlich sind. Diese relativ geringen Beträge führen zu einem überproportionalen Effekt in der Szene, von dem schliesslich die ganze Stadt profitieren kann. Aber vor allem müssen wir auch dieses üble Spiel bremsen, das üble Spiel, das darin besteht, die einen gegen die anderen auszuspielen, zum Beispiel die etablierte gegen die freie Szene. Sonst werden wir uns hier nämlich vermehrt mit Kürzungen auf diesem Terrain, die dann wirklich ans Lebendige gehen, beschäftigen. Der beantragte Kürzungsvorschlag ist ein Schlag ins Gesicht vieler Kulturschaffender. Ein Verzicht auf diese Einsparungen ist ja bereits ein Kompromiss, und zwar auf dem bereits gekürzten Niveau des vergangenen Jahres. Und dahinter können wir ja nun wirklich nicht zurückgehen.

Claude Grosjean (GLP): Wir lehnen den Antrag 6a der PdA ab, aber auch den Antrag 7 der Fraktion BDP/CVP. Wir wollen das Kulturbudget nicht ausbauen, wir möchten es umlagern. Wir finden auch, man sollte die Werkbeiträge mehr fördern, aber eben nicht zulasten der einjährigen Kulturbeiträge, sondern zulasten der vierjährigen Beiträge, die die grossen Institutionen betreffen. Wir werden mithelfen, bei den vierjährigen Leistungsverträgen zu kürzen und dafür die direkte Förderung auszubauen.

Katharina Altas (SP): Unsere Fraktion unterstützt den PdA-Antrag, und dies aus folgenden Gründen: Die Steuerungsvorgabe im Bereich direkte Förderung wird schon seit einiger Zeit nicht mehr erreicht. Hier auch noch den Rotstift anzusetzen, wäre am falschen Ort gespart. Der grösste Teil der Kulturausgaben sind gebundene Mittel. Unterstützung von zeitgenössischem, innovativem und experimentellem Kulturschaffen kann vor allem durch die direkten Fördermittel gewährleistet werden. Mit diesem Instrument kann die freie Kulturszene gezielt unterstützt werden und die Abteilung Kulturelles hat Manövriermasse, um auf Trends reagieren zu können. So können Akzente gesetzt werden und dies gewährleistet eine kulturelle Vielfalt. Deswegen bitte ich um Unterstützung des Antrags.

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät*: Es wäre mir natürlich sympathisch, jetzt einfach 100'000 Franken mehr zu erhalten. Aber wenn wir ein ausgeglichenes Budget wollen, muss ich korrekterweise sagen: Wir nähmen das Geld zwar gern, verzichten aber darauf und diskutieren später darüber, in Zusammenhang mit einer Gesamtbetrachtung, welche Gelder im Kulturbereich wohin fliessen sollen. Darum habe ich kein Problem, wenn Sie das Geld nicht sprechen, auch wenn ich es gern nähme. Aber ich hätte ein Problem damit, wenn Sie die 52'000 Franken streichen würden, wie es die BDP/CVP will, denn damit hätten wir natürlich ein Ungleichgewicht. Wenn schon, muss man beide Anträge ablehnen.

Beschluss
1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 6a PdA ab (28 Ja, 29 Nein, 4 Enthaltungen). *Abst.Nr. 024*
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 7 Fraktion BDP/CVP ab (18 Ja, 42 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.Nr. 025*

Daniel Klauser (GFL): Matthias Stürmer ist einer der Kollegen, die es sich beruflich nicht einrichten konnten, bereits am Nachmittag hier zu sein, darum begründe ich für ihn seinen Ein-

zelantrag 8. Seine Argumentation ist: Die Denkmalpflege sagt immer, sie habe sehr viel zu tun mit Bauberatungen. Das ist ja eigentlich ihr Kernauftrag und darauf soll sie sich konzentrieren und darum der Antrag, die Öffentlichkeitsarbeit ein wenig zu reduzieren.

Beschluss
Der Stadtrat lehnt den Antrag 8 Stürmer ab (19 Ja, 40 Nein, 3 Enthaltungen). *Abst.Nr. 026*

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät*: Man hat in den Legislaturzielen und auch in der Strategie klar gesagt, wo man sich in Aussenbeziehungen verstärken will. Wir haben in dieser Abteilung im Budget 2014 bereits 70'000 Franken gestrichen, eine weitere Kürzung ginge zulasten dessen, was man eigentlich will, nämlich in der Hauptstadtregion, der RK Mittelland, dem Städteverband, beim Strassenrückbau A6 zu lobbyieren, und darum bitte ich Sie, den Kürzungsantrag 8b abzulehnen.

Beschluss
Der Stadtrat lehnt den Antrag 8b Fraktion SVP ab (14 Ja, 48 Nein). *Abst.Nr. 027*

Sprecher PVS *Benno Frauchiger* (SP): Ich spreche auch gleich noch für die Fraktion. Der Gemeinderat hat sich zum Legislaturziel gesetzt, für 5000 weitere Einwohner angemessenen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Dies ist nötig, wenn unsere Stadt weiter wachsen möchte. Die SP-Fraktion und die PVS stehen hinter diesem Ziel und befürworten darum den Antrag 11 der PVS zur Einführung einer Steuerungsvorgabe von 500 neuen Wohnungen pro Jahr, auch wenn diese Zahl in der Umsetzung grösseren Schwankungen unterliegen dürfte. Die SP-Fraktion lehnt aus dem gleichen Grund den Antrag 9 zur Kürzung der Nettokosten für Wohnbautätigkeit ab. Wenn man mehr bauen will, hat dies zwingend Mehrkosten zur Folge, und mit dem gegebenen Stand von Mitarbeitenden müssen vermehrt Aufträge an Dritte vergeben werden. Im Sinn einer weiteren Attraktivierung des Wohnumfelds, was ebenfalls ein Legislaturziel ist, stimmen sowohl die PVS wie auch die Fraktion SP auch Antrag 10 für die Einführung einer Steuerungsvorgabe für die Anzahl abgeschlossener Freiraumplanungen für öffentlich nutzbare Freiräume zu.

Daniel Klauser (GFL): Benno Frauchiger hat es bereits gesagt, die PVS hat ein Legislaturziel des Gemeinderats aufgenommen und konkretisiert. Wenn der Gemeinderat schon mehr Mittel will, damit die Stadtplanung diese Planungen vorantreiben kann, ist es aus Sicht der Fraktion GFL/EVP nur konsequent, dass wir dem Stadtplanungsamt, einem der grösseren Ämtern in der Stadt Bern, das bis jetzt eine Light-Dienststelle war, also eine ohne Steuerungsvorgaben, auch Steuerungsvorgaben machen. Wir haben schon in der Delegation und dann auch in der Kommission eine recht heftige Diskussion darüber geführt, welches denn die richtigen Steuerungsvorgaben wären und welche nicht. Unsere Fraktion ist überzeugt, dass die Anträge 10 und 11 der Kommission Sinn machen, weil es ja eigentlich das ist, was der Gemeinderat in seinen Legislaturzielen hat. Es ist auch uns klar, dass diese Vorgaben vielleicht nicht in jedem Jahr erfüllt werden können und dass es gewisse Schwankung geben wird, je nach Grösse der Projekte. Aber wir können nicht mit einem Schnitt aus vier Jahren rechnen, weil wir im Budget ja nur Anträge für Steuerungsvorgaben für ein bestimmtes Jahr stellen können. Wir werden also, das war auch das Verständnis in der Kommission, dem Gemeinderat keinen Strick daraus drehen, wenn er in einem Jahr etwas darüber und in einem anderen Jahr etwas darunter liegt. Und es darf natürlich auch „es Bitzeli meh“ sein.

Michael Köpfli (GLP): Ich kann mich den Vorrednern anschliessen. Auch wir finden es wichtig, dass das Stadtplanungsamt, das jetzt zudem noch neue Ressourcen bekommt, wenn auch mit

externen Mandaten, endlich Steuerungsvorgaben hat. Wir sind auch bereit, den Ausbau für die externen Mandate, den der Gemeinderat im ausgeglichenen Budget selber beantragt hat, mit zu tragen. Wir können ein Stück weit nachvollziehen, dass die Fraktion BDP/CVP das in Frage stellt, finden aber, weil wichtige Entwicklungsschwerpunkte anstehen, könne man diese externen Mandate, die zudem einfacher wieder rückgängig gemacht werden können als ein Ausbau des Stadtplanungsamts, unterstützen. Aber wir möchten nächstes Jahr nicht wieder lesen, das Stadtplanungsamt habe in einem zentralen Projekt, wie im Fall des Gaswerkareals, die notwendigen Ressourcen nicht und habe darum irgendeine Totalunternehmung mit der Planung beauftragt. Dies vor allem auch, weil diese Planer beim Wettbewerb, wenn es ums Bauen geht, einen Vorteil hätten. Es ist zentral, dass das Stadtplanungsamt diese Aufgaben selber übernimmt.

Stéphanie Penher (GB): Das heute ist fast ein wenig ein Durchbruch, verglichen mit den Diskussionen, die wir sonst jedes Jahr zur Stadtplanung führen. Ich bin sehr froh, dass ein Konsens da ist und mit dieser Zahl von 500 Wohnungen können auch wir sehr gut leben. Wichtig sind aber, auch in unserer Fraktion, die strategischen Ziele, also wo man plant, wie die Stadt Bern wachsen soll. Das ist natürlich ein politischer Auftrag, der hier im Parlament und im Gemeinderat zu erfüllen ist, das ist nicht Aufgabe von Leuten mit einem externen Mandat.

Alexander Feuz (SVP): Wir sollten nicht unnötige Vorschriften machen und Steuerungsvorgaben, die von Jahr zu Jahr ändern können. Ich bin mit dem Stadtpräsidenten wirklich nicht oft gleicher Meinung, aber in diesem Fall schon. Wenn man eine grosse Planung macht, gibt es im einen Jahr vielleicht 1200 Wohnungen, und im Jahr darauf halt nur 50 oder 200. Die Legislaturziele sind klar, man will mehr Wohnraum schaffen. Aber man sollte die Verwaltung nicht mit der Frage beüben, wie viel es in einem Jahr sein müssen. Schon in der PVS hat ein Teil der Kommission dieser Steuerungsvorgabe nicht zugestimmt und ich bitte darum, dieser Minderheit zu folgen und ebenfalls Nein zu sagen.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 9 Fraktion BDP/CVP ab (19 Ja, 42 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 028*
2. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 10 PVS zu (49 Ja, 13 Nein). *Abst.Nr. 029*
3. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 11 PVS zu (54 Ja, 7 Nein). *Abst.Nr. 030*

Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie (SUE)

Sprecherin FSU *Lena Sorg* (SP): Die FSU stellt bei der Direktion SUE keine finanzrelevanten Anträge. Bei den Anträgen 12 und 13 geht es um die Anzahl Verkehrsunfälle und um die Umwandlung von einer Steuerungsvorgabe in einer Kennzahl. Bei Antrag 16 geht es um die Streichung einer Kennzahl, deren Erhebung für lediglich eine Dienststelle unseres Erachtens nicht sinnvoll ist. Ein grosses Thema in der FSU war, dass im Polizeiinspektorat eine besorgniserregende Ressourcenknappheit besteht, mit der Konsequenz, dass es weniger Kontrollen zum Beispiel bei Bewilligungen im Gastgewerbe, beim Jugendschutz oder beim Taxiwesen gibt. Gleichwohl ist die FSU der Ansicht, dass die Einführung einer neuen Steuerungsvorgabe, und zwar plus eine Kontrolle pro Monat, aufgrund des neuen Prostitutionsgesetzes sinnvoll ist. Dies zum Antrag 19. Weiter haben wir in der FSU über die Einwohnerdienste diskutiert. Dort bleiben auf Grund von fehlendem Personal immer mehr Anrufe unbeantwortet. Die FSU beantragt mit dem Antrag 18, eine neue Kennzahl einzuführen, damit man sieht, wie viele der Anrufe Lost calls sind, also Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern, die unbeantwor-

tet bleiben. Interessant war die Aussage aus dem Polizeiinspektorat, wonach die Aufgabenpriorisierung innerhalb des Polizeiinspektorats durch die Politik vorzunehmen sei. Ein Thema waren immer noch die Reformen aufgrund des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts. Relevant ist hier, dass die ambulante Jugendhilfe von der BSS in die SUE verschoben wurde, was auch Sinn macht.

12.	S. 144 Kantonspolizei (210100)	FSU	Streichung Steuerungsvorgabe 4) Reduktion der Verkehrsunfälle mit Personenschaden um jährlich 2%
12a.	S. 146 Kantonspolizei (210100)	SVP	Aufteilung der Kennzahl 24) Kontrolltätigkeit im Verkehrsbereich in Stunden a) bei motorisiertem Privatverkehr b) bei E-Bikes und Veloverkehr c) bei Fussverkehr
13.	S. 146 Kantonspolizei (210100)	FSU	Einführung einer neuen Kennzahl 26) Anzahl der Verkehrsunfälle mit Personenschaden
14.	S. 149 Amt für Umweltschutz (220100)	BDP/CVP, SVP	**Antrag in Verbindung mit Nr.29a:** Kürzung der Nettokosten um 50‘000.00 auf 4‘759‘554.46 Franken zulasten P220140 Lokale Agenda 21[10]
15.	S. 151 Amt für Umweltschutz (220100)	BDP/CVP, SVP	Änderung der Steuerungsvorgabe 9) Durchführung autofreie Sonntage **Soll 2014: 0** [statt 1]
16.	S. 152 Amt für Umweltschutz (220100)	FSU	Streichung der Kennzahl 10) Eigenverbrauch an elektrischer Energie senken
17.	S. 155 Polizeiinspektorat (230100)	SP	Erhöhung der Nettokosten um 180‘000.00 auf 730‘377.44 Franken zugunsten P230140 Auskunft und Beratung, Call Center[11]
18.	S. 156 Polizeiinspektorat (230100)	FSU	Einführung einer neuen Kennzahl 2) Anzahl Lost Calls
19.	S.162 Polizeiinspektorat (230300)	FSU	Einführung einer neuen Steuerungsvorgabe 4) Monatliche Kontrollen betr. Prostitutionsgewerbe **Soll 2014: 1 Kontrolle**
20.	S. 164 Polizeiinspektorat (230400)	SP	Erhöhung der Nettokosten um 180‘000.00 auf 5‘764‘290.16 Franken zugunsten P230420 Aufenthaltsregelungen von ausländ-

[10] Verzicht auf Durchführung eines autofreien Sonntags, da es sich um eine nutzlose Massnahme handelt. **Begründung SVP:** Verzicht auf Durchführung eines autofreien Sonntags. Die 50‘000 Franken sollen zur Deckung der Gebühren und Infrastrukturkosten der Bümplizer Chilbi verwendet werden (siehe Antrag Nr. 29a)

[11] Das Polizeiinspektorat soll seine Aufgaben im Kernbereich weiterhin korrekt vornehmen können. Die Wartezeiten im Call Center des Bereichs Einwohnerdienste, Migration und Fremdenpolizei (EMF) der Stadt Bern sind problematisch (51'716 sog. „lost calls“ gegenüber 71'318 entgegengenommenen Anrufen). Deshalb soll der Stellenetat in diesem Bereich um eine 100% Stelle aufgestockt werden.

			dischen Personen[12]
20a.	S. 165 Polizeiinspektorat (230400)	SVP	Änderung der Steuerungsvorgabe 4) Monatliche Kontrollen betreffend illegal anwesenden ausländischen Personen **Soll 2014: 8 Kontrollen** [statt 5]
21.	S.189 Wirtschaftsamt (260100)	glp	Kürzung der Nettokosten um 90‘000.00 auf 3‘576‘107.27 Franken zulasten P260140 Bern Tourismus[13]
22.	S. 207 Amt für Erwachsenen- und Kindesschutz (280200)	SP	Änderung der Steuerungsvorgabe 4) Anzahl durchgeführter Weiterbildungs- und Betreuungsveranstaltungen pro Jahr **Soll 2014: 5** [statt 3][14]
22a.	S. 212 ewb (290100)	FDP	Reduktion des Erlöses um 22‘500‘000.00 auf 0.00 Franken zulasten P290120 Gewinnablieferung[15]

Alexander Feuz (SVP): Wir wollen ganz klar, dass man bei der Kontrolltätigkeit differenziert, was für den motorisierten Privatverkehr, was für die E-Bikes, was für die Velos und was für den Fussverkehr aufgewendet wird. Es ist nämlich interessant und unserer Auffassung nach auch von Interesse, wo die Polizei ihr Schwergewicht setzt. Wir gehen davon aus, dass fast alles für den Privatverkehr ist. Hingegen kann man beispielsweise, ich habe es diesen Sommer wieder erlebt, den Weg beim Eichholz nach wie vor mit dem Fahrrad benützen, auch wenn es viele Badende hat. Mit einer Differenzierung hat man ein wenig Kenntnis, wie man die Mittel verteilen kann. Darum bitten wir Sie, Antrag 12a zuzustimmen.

Direktor SUE *Reto Nause*: Im Regelfall macht die Kantonspolizei Verkehrskontrollen, und nicht Verkehrskontrollen je Verkehrsträger. Wenn man Autos kontrolliert, kontrolliert man im gleichen Kontrollgang auch gleich noch die Velos etc. Darum ist ein Aufsplitten, wie es die SVP gern hätte, in der Praxis so gar nicht durchführbar. Man hat wohl einzelne spezifische Velokontrollen gemacht, wie beispielsweise während der Sanierung der Kornhausbrücke, aber

[12] Mit den neuen migrationsrechtlichen Aufgaben im Zusammenhang mit dem Integrationsgesetz (IntG), dem Prostitutionsgewerbegesetz (PGG) sowie den neuen Anforderungen an den Familiennachzug (FNZ) hat das Polizeiinspektorat der Stadt Bern erneut zahlreiche neue Aufgaben erhalten, die personal- und zeitintensiv sind. Um seine Aufgaben wie die Klärung von Fragen, die zur Erteilung, Verlängerung oder Umwandlung von Bewilligungen der ausländischen Wohnbevölkerung notwendig sind, weiterhin korrekt erfüllen zu können, soll der Stellenetat um eine 100% Stelle aufgestockt werden.

[13] Aufgrund der angespannten Finanzlage müssen unzählige Abteilungen und externe Partnerinnen und Partner der Stadt einen Sparbeitrag leisten. Der Stadtrat hat es im Rahmen der Debatte über den IAFP abgelehnt, den festen Beitrag aus Budgetmitteln für Bern Tourismus ganz zu streichen, das gilt es zu respektieren. Ein Sparbeitrag von rund 10% ist aufgrund der angespannten Finanzlage aber angebracht. Der feste Beitrag aus Budgetmitteln für das Jahr 2014 soll deshalb von CHF 890'000 auf CHF 800'000 gesenkt werden.

[14] Mit dem neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrecht und der Umstrukturierung auf kantonaler Ebene wie auch innerhalb des EKS sind einige Unsicherheiten entstanden. Es gilt, die Mitarbeitenden in dieser Situation zu unterstützen und genügend Weiterbildungs- und Betreuungsveranstaltungen zu organisieren, damit ein wirksamer Kindes- und Erwachsenenschutz weiterhin sichergestellt ist.

[15] Solange das ewb Verluste schreibt, sollte aus unserer Sicht gar keine „Gewinnabschöpfung“ möglich sein. Wird wieder ein Gewinn erwirtschaftet, sollte zuerst der Verschuldungsgrad reduziert werden. Erst wenn das Eigenkapital gleich hoch ist wie die Finanzschulden (heute rund eine Mia. Franken) kann über eine Dividende gesprochen werden.

generell würde die Annahme dieses Antrags einfach bedeuten, dass man eine bürokratische Geschichte aufzieht, die in der Praxis untauglich ist.

Alexander Feuz (SVP): Es gibt eben doch Fälle, in denen man ganz gezielt gewisse Verkehrsträger kontrolliert, das hat man am Bahnhofplatz auch schon mit den Fussgängern gemacht. Wir sind der Meinung, es sei angebracht und von Interesse, diese Aufteilung vorzunehmen. Und es ist auch möglich, in den Verträgen mit dem Kanton aufzunehmen, dass man das ausweist.

Beschluss

1. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 12 FSU zu.
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 12a Fraktion SVP ab (10 Ja, 48 Nein). *Abst.Nr. 031*
3. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 13 FSU zu.

Kurt Hirsbrunner (BDP) zu den Anträgen 14 und 15: Die Fraktion BDP/CVP ist selbstverständlich nicht gegen autofreie Sonntage, wir haben einfach einen anderen Ansatz und appellieren an die Eigenverantwortung unserer Bürgerinnen und Bürger, ihr Auto jeden zweiten Sonntag zuhause zu lassen. Und die 50'000 Franken könnte man ja nachher für ein Stadtfest brauchen.

Roland Jakob (SVP): Die SVP stellt den Antrag 14, den autofreien Sonntag aufzugeben und die 50'000 Franken zugunsten von Antrag 29a zu verlegen, für die Bümplizer Chilbi. Man hat eben wieder neue Gebühren erhoben und die Bümplizer Chilbi hat schon so Mühe, ertragreich zu wirtschaften. Ich bitte Sie, auch einmal so etwas zu unterstützen, und dies erst noch kostenneutral. Es kann ja nicht sein, dass man das Herzogstrassenfest unterstützt, das ohnehin stattgefunden hätte, und dass diese Unterstützung zudem nur für wenige ist. Mit der Bümplizer Chilbi könnte man etwas für sehr viele machen, und dies im Stadtteil VI, der sonst für alles hinhalten muss, was eigentlich dort keinen Platz hätte. Ich bitte Sie, endlich auch einmal Bümpliz zu unterstützen. Geben Sie ihnen diese 50’000 Franken, neutral, so dass wir in den kommenden Jahren eine gute und schöne Chilbi machen können, ohne dass man um ein paar Franken Gebühren streiten muss.

Marieke Kruit (SP): Braucht es einen autofreien Sonntag? Diese Frage ist so alt wie der autofreie Sonntag selber, nämlich über 40-jährig. Und auch im Stadtrat wird immer mal wieder über diesen autofreien Sonntag diskutiert. Waren in der Vergangenheit noch vier geplant, musste man sich dieses Jahr mit einem begnügen, und auch das Geld für diesen Aktionstag wurde ständig gekürzt. Jetzt sind wir bei 50'000 Franken, und geht es nach der SVP, sind es in Zukunft 0.0 Franken. – Aus der Sicht der SP-Fraktion ein No go. Der autofreie Sonntag im Breitenrainquartier vom vergangenen Wochenende hat nämlich trotz Wetterpech gezeigt, dass in der Bevölkerung ein Bedürfnis nach so einem autofreien Tag da ist. Das Engagement aller Beteiligten war trotz kurzer Vorbereitungszeit beeindruckend, die Stimmung gut und das Interesse an Mobilitätsfragen durchaus vorhanden. Von einer nutzlosen Massnahme kann keine Rede sein. Wichtig ist jetzt, dass sich der Anlass etablieren kann, und dafür braucht es Kontinuität. Die SP wird den Antrag auf Kürzung oder Streichung des Anlasses denn auch ablehnen. In einer Stadt, in der über die Hälfte der Haushalte bewusst auf ein eigenes Auto verzichtet, ist ein einziger Tag, an dem mal nicht die Autos das Strassenbild dominieren, kein Luxus, sondern ein echtes Bedürfnis.

Franziska Grossenbacher (GB): Wer den autofreien Sonntag lapidar als nutzlose Massnahme bezeichnet, war wahrscheinlich am vergangenen Sonntag nicht am gleichen Fest wie ich. Die

Tatsache, dass der autofreie Sonntag im Breitsch trotz durchzogenem Wetter sehr gut besucht war, zeigt, dass er ein Bedürfnis ist und gerade auch den Kindern Gelegenheit gibt, den Platz, der durch das Fehlen der Autos entsteht, einmal sinnvoll zu nutzen. Es war ein schönes Stadtteilfest. Eindrücklich und besonders erwähnenswert ist das riesige Engagement der Vereine, der Quartierorganisationen und auch von Einzelpersonen, die in vielen Stunden ehrenamtlicher Arbeit ein gutes Programm zusammengestellt haben. Die Beteiligung der Quartierläden und der Restaurants zeigt, dass dieser Anlass auch vom Quartier sehr gut getragen wurde. Trotzdem ist klar, ganz ohne finanziellen Beitrag der Stadt geht es nicht, die 50'000 Franken, die dieses Jahr eingesetzt wurden, waren nötig für die Absperrung des Quartiers und für eine minimale Information der Bevölkerung. Was es jetzt braucht ist, dass dieser autofreie Sonntag etabliert wird, dass er in der städtischen Agenda einen fixen Platz erhält und dass die Organisationen, die ihn unterstützen, genügend Zeit erhalten für die Vorbereitung. Die Fraktion GB/JA! will den autofreien Sonntag erhalten und lehnt die Anträge 14 und 15 der Fraktionen SVP und BDP/CVP darum entschieden ab.

Daniel Klauser (GFL): Mit den autofreien Sonntagen ist es ungefähr das Gleiche wie die mit den Anträgen von Erich Hess zur Gleichstellung: Ein Evergreen; man fühlt sich so richtig heimisch, wenn man wieder einmal darüber diskutieren kann. Und das ist das Problem an dieser Geschichte mit dem autofreien Sonntag: Dass wie keine Kontinuität zustande gebracht hat. Jedes Jahr hatte man wieder etwas Neues. Ich kann mich meinen Vorrednerinnen anschliessen: Die Lösung, die man dieses Mal gefunden hat, mit der Verknüpfung mit dem Herzogstrassenfest, mit dem Quartier, ist eine Lösung, die Zukunft hat. Sie hat das Potenzial, zu einem Event zu werden und eine Ausstrahlung zu erlangen, die auch touristisch vermarktet werden kann. Die Art von autofreiem Sonntag, wie wir sie dieses Jahr erlebt haben, verdient es, im kommenden Jahr weitergeführt zu werden, eben damit man eine Kontinuität zustande bringt. Und vielleicht hat man dann auch einmal etwas mehr Glück mit dem Wetter.

Bernhard Eicher (FDP): Ich gehe mit Daniel Klauser einig, der autofreie Sonntag ist ein Evergreen im Stadtrat. Vielleicht täte man gut daran, ihn mal abzuschaffen, damit müsste man auch nicht mehr darüber diskutieren. Letztes Jahr war es ein absoluter Rohrkrepierer, es hat sich niemand dafür interessiert – genauer für die zwei autofreien Sonntage, die man durchgeführt hat. Dieses Jahr war es ähnlich, man hat einfach einen Trick angewendet, indem man ihn mit dem Herzogstrassenfest kombiniert hat. Vielleicht ist jemand zwar eher des Festes wegen da als des autofreien Sonntags wegen, aber wenigstens kommen ein paar Leute. In dem Sinn war es auch ein Rohrkrepierer, wobei man ehrlicherweise sagen muss, dass das Wetter nicht mitgespielt hat. Aber wenn der autofreie Sonntag eine so wichtige Veranstaltung wäre, kämen die Leute ja auch bei schlechtem Wetter. Seien wir ehrlich, das ist ein ideologischer Blödsinn, den wir uns seit Jahren leisten und der uns jetzt noch 50'000 Stutz kostet. Die könnten wir auch hier zum Fenster rauswerfen, das hätte den gleichen Effekt. Einziger Nachteil: Rot-Grün-Mitte könnte kein ideologisches Fest mehr für sich durchführen, wo man sich ein wenig trifft, wo man es ein wenig nett hat miteinander, auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Wir werden die Anträge annehmen, hören wir doch endlich auf mit solchen Sachen. Wenn man irgendwann im Verlauf des nächsten Jahres 20 Mio. Franken einsparen muss, werden wir froh sein, wenn wir diese 50'000 Franken nicht zum Fenster rauswerfen.

Erich Hess (SVP): Das ist kein Hess-Antrag, sondern ein SVP-Fraktionsantrag, das möchte ich gern korrigiert haben. Was ist der Sinn und Zweck eines autofreien Sonntags? Grundsätzlich gibt es glaube ich keinen, da sind wir uns hoffentlich einig. Aber wenn wir schon so einen unsinnigen Sonntag machen, verbindet man den doch besser mit etwas, an dem die Leute auch Freude haben. Wahrscheinlich sind da an diesem autofreien Sonntag ein paar linke

Zombies auf der Strasse rumgewatschelt. (*Ermahnung des Präsidenten*) Wenn wir dieses Geld effizient für die Bevölkerung einsetzen möchten, für ein wirklich schönes und grosses Strassenfest, sollten wir es wohl eher der Bümplizer Chilbi zukommen lassen. Sie müssen mal schauen gehen, wenn Bümplizer Chilbi ist! Drei Tage lang sind da die umliegenden Strassen auch gesperrt, aber in dem Fall lohnt es sich, wenn man sieht, wie viele tausend Leute an dieser Chilbi sind. Investieren wir also das Geld lieber dort, wo die Bevölkerung auch davon profitiert. Nehmen Sie bitte den Antrag der SVP an.

Alexander Feuz (SVP): Wir führen heute eine Budgetdebatte. Wir sollten sparen und wir sollten unterscheiden, was wünschbar und was nötig ist. Wir haben schon den Grand Prix, wir haben den Frauenlauf, die verkehrsfrei sind, teilweise sind ganze Quartiere und ganze Stadtteile abgesperrt. Da bin ich der Meinung, der vorliegende Antrag auf Kürzung sei absolut gerechtfertigt.

Roland Jakob (SVP): Sie merken, wir kommen hier fast am laufenden Band daher, es ist uns ein wichtiges Anliegen. Ich möchte noch einmal festhalten: Die Bümplizer Chilbi durfte dieses Jahr zum Glück einen Gebührenerlass erleben, nachdem man interveniert hat, und dafür danke ich recht herzlich. Aber es geht auch um Folgendes: Wird in Zukunft einfach jeweils ein Fest, aus irgendwelchen Gruppierungen heraus, immer wieder mit 50'000 Franken gesponsert, wie die Herzogstrasse? Oder was gibt es für eine Ausmarchung, für welches Fest genau oder für welche Gruppierung wir diese 50'000 Franken für die Strassensperrung ausgeben? Im Übrigen ist die Herzogstrasse meines Wissens keine sehr lange Strasse. Wenn Sie in Zukunft einen autofreien Sonntag wollen, seien Sie couragiert genug und machen Sie es richtig. Und wenn Sie einfach Ihre Festlein durch die Stadt mitfinanzieren lassen wollen, seien Sie auch couragiert und geben Sie das ehrlich zu, dann kann man im Budget sicher einen Betrag sprechen. Aber die Wischiwaschigeschichte, die Sie hier bieten, ist ganz sicher nicht konstruktiv, und wie gesagt gibt es genügend Feste in Bern, die wahrscheinlich nachher auch daherkommen und sagen, sie möchten ihr Strässchen gern autofrei machen mit diesen 50'000 Franken. Und die bringen wahrscheinlich auch viele Leute auf die Beine, vielleicht noch mehr, als es diesmal der Fall war. Noch einmal: Helfen Sie lieber der Bümplizer Chilbi, sie ist froh um alle Beträge, die sie erhält. Das hilft dem Stadtteil VI und seiner Jugend. Und das ist wichtig und nicht die Herzogstrasse und ein Festlein aus irgendeiner linken Gruppierung heraus.

Direktor SUE *Reto Nause*: Das hier ist ja eine bekannte Debatte, der Stadtrat ist selber ein wenig hüst und hott gefahren mit diesem autofreien Sonntag. Wie die Vorredner gesagt haben, tut jetzt etwas Not, nämlich Stabilität und Kontinuität. Was dieses Jahr stattfand, war eine Art Kompromisslösung, nämlich diesen Anlass gemeinsam mit einem bestehenden Fest über die Bühne zu bringen, das bestehende Fest quasi um den Sonntag zu verlängern. Die Rückmeldungen, die ich erhalten habe, sind so schlecht nicht, da etabliert sich ein Konzept, das für die Zukunft viel versprechend tönt. Ich bin Ihnen darum dankbar, wenn Sie den Streichungsantrag ablehnen. Ich bin Ihnen aber ebenso dankbar, wenn Sie inskünftig nicht wieder mit einer Beige Motionen daherkommen, dass man vier, fünf, sechs, sieben oder weiss nicht wie viele autofreie Sonntage machen solle. Noch einmal: Stabilität und Kontinuität.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 14 Fraktionen BCP/CVP, SVP ab (17 Ja, 43 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.Nr. 032*
2. Der Antrag 15 ist damit obsolet.
3. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 16 FSU zu (56 Ja, 7 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 033*

Die Sitzung wird um 16.30 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Rudolf Friedli*

Die Protokollführerin: *Annemarie Masswadeh*

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.00 Uhr

Vorsitzend
Präsident Rudolf Friedli

Anwesend

Katharina Altas
Christa Ammann
Peter Ammann
Cristina Anliker-Mansour
Rania Bahnan Büechi
Mess Barry
Sabine Baumgartner
Lea Bill
Manfred Blaser
Yasemin Cevik
Rithy Chheng
Nathalie D'Addezio
Bernhard Eicher
Susanne Elsener
Tania Espinoza
Alexander Feuz
Claudio Fischer
Benno Frauchiger
Jacqueline Gafner Wasem
Hans Ulrich Gränicher
Claude Grosjean
Franziska Grossenbacher
Lukas Gutzwiller
Isabelle Heer
Erich Hess
Karin Hess-Meyer
Kurt Hirsbrunner
Mario Imhof
Daniel Imthurn
Ueli Jaisli
Roland Jakob
Bettina Jans-Troxler
Stefan Jordi
Dannie Jost
Daniel Klauser
Philip Kohli
Michael Köpfli
Martin Krebs
Marieke Kruit
Lea Kusano
Annette Lehmann
Daniela Lutz-Beck
Martin Mäder
Ursula Marti
Lukas Meier
Melanie Mettler
Christine Michel
Patrizia Mordini
Esther Oester
Stéphanie Penher
Halua Pinto de Magalhães
Pascal Rub
Kurt Rüegsegger
Sandra Ryser
Leena Schmitter
Martin Schneider
Silvia Schoch-Meyer
Hasim Sönmez
Lena Sorg
David Stampfli
Michael Steiner
Matthias Stürmer
Bettina Stüssi
Michael Sutter
Luzius Theiler
Lilian Tobler
Regula Tschanz
Gisela Vollmer
Nicola von Greyerz
Manuel C. Widmer
Rolf Zbinden
Urs Ziehli
Christoph Zimmerli

Entschuldigt

Dolores Dana
Michael Daphinoff
Simon Glauser
Thomas Göttin
Peter Marbet
Judith Renner-Bach

Vertretung Gemeinderat

Reto Nause SUE
Alexandre Schmidt FPI
Franziska Teuscher BSS
Ursula Wyss TVS

Entschuldigt
Alexander Tschäppät PRD

Ratssekretariat

Daniel Weber, Ratssekretär
Eva Schmid, Protokoll
Nik Schnyder, Ratsweibel
Susy Wachter, Sekretariat

Stadtkanzlei

Jürg Wichtermann, Stadtschreiber
Christa Hostettler, Vizestadtschreiberin

Mitteilungen des Präsidenten

- Traktanden Nr. 1 und 2 werden gemeinsam beraten.
- Traktanden Nr. 9 und 10 werden gemeinsam und vor Traktandum Nr. 3 beraten.

- Traktanden Nr. 1 und 2 werden gemeinsam beraten. -

2013.SR.000101

1 Dringliche Motion Fraktion GB/JA! (Lea Bill, JA!/Leena Schmitter, GB): Unabhängige Untersuchung zum Polizeieinsatz am Tanz dich frei

Gemeinderatsantrag
Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären und gleichzeitig als erfüllt abzuschreiben.
Bern, 4. September 2013

Diskussion siehe Traktandum 2.

Beschluss
1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat lehnt die Motion ab (29 Ja, 36 Nein, 6 Enthaltungen). *Abst.Nr. 035*

2013.SR.000102

2 Dringliche Motion Christa Ammann (AL): Unabhängige Untersuchung zum Polizeieinsatz am Tanz dich frei – ergänzende Fragen

Gemeinderatsantrag
Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären und gleichzeitig als erfüllt abzuschreiben.
Bern, 4. September 2013

Motionärin *Lea Bill* (JA!): 1. Weder die GB/JA!-Fraktion noch die Alternative Liste haben vom Gemeinderat gefordert, die in der Motion aufgelisteten Fragen zu beantworten. Beide Motionen fordern eine unabhängige Untersuchung. Die Fragen sind lediglich als Orientierungshilfe zu verstehen. Der Vorwurf des Gemeinderates, die Vorstösse würden formell einer Interpellation entsprechen, ist folglich haltlos. 2. Das Argument, die Motion abzulehnen, weil die operative Entscheidung in den Kompetenzbereich der Kantonspolizei und nicht des Gemeinderates gehöre, ist aus Sicht der GB/JA!-Fraktion absolut nicht haltbar. Gerade diese Kompetenzaufteilung enthält viele Herausforderungen, die man anpacken muss. Schliesslich ist es gerade die Aufgabe des Gemeinderates als Auftraggeber, den Einsatz der Kantonspolizei auch einmal zum Beispiel durch eine unabhängige Stelle untersuchen zu lassen. Es kann nicht sein, dass die Stadt Einsätze in Auftrag gibt und bezahlt, aber deren Wirkung nicht untersuchen lässt. Ansonsten muss man sich fragen, ob die Stadt überhaupt noch eine Kontrolle über die Einsätze der Kantonspolizei in der Stadt hat. 3. Eine unabhängige Untersuchung ist nicht durch eine interne Untersuchung auf Kommissionsebene zu ersetzen. Es gab und gibt auf

dieser Ebene zwar Abklärungen, aber GB und JA! sind trotzdem der Meinung, dass der Polizeieinsatz an „Tanz dich frei 2013“ untersucht werden muss. Eine externe Stelle kann die Vorkommnisse aus Distanz betrachten, feststellen, was sich bewährt hat und Strategien vorschlagen. Natürlich gibt es kein Patentrezept; es bedarf aber zumindest strategischer Ansätze. Externe Experten und Expertinnen haben einen besseren Durchblick als Gemeinderat und Parlament. Eine unabhängige Untersuchung ist deshalb sehr wichtig. Die Unterstellung des Gemeinderates, die Motionärinnen hätten in Unwissenheit die falschen Mittel für ihre Forderungen gewählt, ist völlig deplatziert.
Zum inhaltlichen Aspekt der Antwort des Gemeinderates: Ich erlaube mir, auch einige Inhalte und Folgerungen des sicherheitspolitischen Berichts in meine Überlegungen einfliessen zu lassen. Schliesslich können die Aussagen der Antworten auf die Motionen nicht wirklich von diesem Bericht getrennt werden; sie ergänzen sich gegenseitig. Sowohl in der Antwort auf die Motionen wie auch im sicherheitspolitischen Bericht werden einige unserer Fragen beantwortet. Damit wird in einigen Fällen Licht ins Dunkel gebracht im Sinne einer Aufarbeitung oder Chronologie. Das entspricht trotzdem nicht unserer Forderung. Wir wollen nicht nur die Antwort des Gemeinderates hören, sondern eine umfassende Analyse einer unabhängigen Stelle erhalten. Trotz vieler Worte bleiben viele Fragen unbeantwortet und rufen nach einer umfassenden Analyse. Die Antworten des Gemeinderates, unabhängig davon, ob sie unsere Interpellation, unsere Motionen oder den sicherheitspolitischen Bericht betreffen, sind der beste Beweis dafür, dass eine unabhängige Untersuchung dringend nötig ist. Der Gemeinderat liefert überall genau dieselben Beschreibungen, Antworten und Schlussfolgerungen. Der sicherheitspolitische Bericht und erst recht die Antworten auf unsere Vorstösse sind keinesfalls Analysen, sondern eine Aufarbeitung der Ereignisse. Sie können eine unabhängige Untersuchung nicht ersetzen.
Zu den strategischen und operativen Kompetenzen: Der GB/JA!-Fraktion ist die Aufteilung der Kompetenzen bei Polizeieinsätzen bestens bekannt. Diese Aufteilung schliesst aber keinesfalls aus, dass der Gemeinderat eine unabhängige Untersuchung in Auftrag geben kann. Es sollte auch in seinem Interesse liegen, die strategische Federführung zu behalten und seinen Handlungsspielraum zu nutzen. In diesem Zusammenhang irritiert seine Aussage im sicherheitspolitischen Bericht, wonach nicht nur die operativen Entscheidungen im Kompetenzbereich der Kantonspolizei lägen, sondern auch strategische Entscheide stark von den Polizeieinsätzen geprägt seien. Wozu dient die Kompetenzaufteilung noch, wenn der Gemeinderat nicht einmal seinen kleinen Handlungsspielraum im strategischen Bereich nutzt? Ist es ihm sogar recht, wenn die Entscheidungsmacht zu 100 Prozent bei der Kantonspolizei liegt, weil damit – sollte etwas schief laufen – auch die Schuldfrage geklärt wäre? Die Haltung des Gemeinderates ist für die GB/JA!-Fraktion inakzeptabel. Das Ganze ist evaluiert worden und der Bericht von Police Bern und der Kantonspolizei liegt vor. Damit ist klar geworden, dass diese Kompetenzaufteilung grosse Herausforderungen bietet. Diese muss man ernst nehmen.
Zum Fazit des Gemeinderates: Die GB/JA!-Fraktion begrüsst es sehr, dass der Gemeinderat die Zusammenarbeit mit anderen Städten suchen will, um Lösungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse zu finden. Wir begrüssen es auch, dass in Zukunft bei der Vorbereitung solcher Anlässe nicht nur die polizeiliche Sicht einfliessen, sondern das Ganze auch aus soziologischer und jugendpolitischer Sicht betrachtet werden soll, auch wenn noch völlig unklar ist, was das heissen soll. Die Richtung stimmt aber. Allerdings sind die Schlussfolgerungen und die Ideen zum Vorgehen nach der Aufarbeitung der Vorkommnisse ziemlich dürftig. Es genügt nicht zu sagen, die Anonymität der Organisatorinnen und Organisatoren sei eine Herausforderung. Darüber sprechen wir schon seit acht Monaten. Es geht darum, Lehren aus dem bisherigen Umgang mit dieser Anonymität zu ziehen und Handlungsalternativen zu definieren. Es genügt auch nicht zu sagen, es sei unmöglich, ein Patentrezept aus dem Hut zu zaubern. Man muss feststellen, was gut und was schlecht gelaufen ist, und daraus Lehren für die Zukunft

ziehen. Dafür gibt es sicher kein Patentrezept, sondern es geht um Orientierungshilfen. Damit hätte der Gemeinderat endlich eine Grundlage für seine strategischen Entscheidungen, so dass er seine Kompetenzen auch wahrnehmen könnte. Es genügt nicht, aus Unsicherheit mit noch mehr Repression zu reagieren, weder auf der Ebene der Social Media – der Gemeinderat will bei Facebook aktiv und steuernd präsent sein, was immer das auch heissen mag – noch auf der Strasse mit Rayonverboten und Meldepflichten. Die GB/JA!-Fraktion hat die Forderung nach einer unabhängigen Untersuchung unter anderem darum gestellt, weil wir uns damit eine Versachlichung der Diskussion erhoffen, die uns ermöglicht, aus dem Geschehenen Lehren zu ziehen. Die Antworten und Berichte des Gemeinderates haben aus unserer Sicht nur sehr wenig dazu beigetragen. Wir halten darum an unserer Forderung nach einer externen Untersuchung des Polizeieinsatzes an „Tanz dich frei 2013“ fest. Wir sind nicht bereit, die Motion zurückzuziehen oder sie in ein Postulat umzuwandeln. Wir werden die ergänzende Motion der AL annehmen. Wir bitten Sie, uns darin zu unterstützen und beiden Motionen zuzustimmen.

Motionärin *Christa Ammann* (AL): Ich schliesse mich den Ausführungen von Lea Bill an. Niemand hat verlangt, dass der Gemeinderat die Fragen beantwortet. Demgegenüber bestand die Forderung darin, eine externe Untersuchung einzuleiten. Die Antworten und der Bericht machen die Notwendigkeit einer solchen Untersuchung deutlich. Der Gemeinderat scheint nicht in der Lage oder nicht gewillt zu sein, eine minimale Perspektivenübernahme vorzunehmen und Selbstkritik zu üben. Das ist äusserst bedenklich. Weder in den Antworten zur Motion noch im Bericht sind selbstkritische Überlegungen zur Wirkung der Kommunikation und des Auftritts von Gemeinderat und Polizei auf andere Personen enthalten. Die AL hat gegenüber Instanzen wie Gemeinderat und Polizei eine andere Erwartung. Diese sind professionell und sollten deshalb zu Selbstreflexion fähig sein und über Handlungsalternativen verfügen. Deshalb braucht es eine externe Untersuchung. Es geht nicht darum, dass diese nur Fehler aufzeigt. Eine externe Untersuchung kann auch Differenzierungen liefern, die bei einem allfälligen weiteren Einsatz nützlich sein können. Die Antworten des Gemeinderates kratzen in den meisten Fällen nur an der Oberfläche oder weichen völlig aus, indem sie die Kompetenz abstreiten. Aus diesem Grund schliesse ich mich der Forderung von Lea Bill an und bitte Sie, die Motion anzunehmen.

Fraktionserklärungen

Martin Schneider (BDP) für die Fraktion BDP/CVP: Ich spreche sehr gerne über Schuld und Sühne, Schuld und Verantwortung, wenn es sinnvoll und nicht repetitiv ist. Ein externer Bericht wäre eine unnötige Geldverschwendung und würde keine neuen Informationen liefern. Es muss das Ziel sein, den richtigen Umgang mit solchen anonym organisierten Grossveranstaltungen zu finden. Solche Anlässe sind immer individuell und neu und müssen darum immer individuell beurteilt werden. In der Hoffnung, dass solche stadtbernische Sandkastenspiele mit „liebe Reitschule – böse Polizei“ oder „böse Reitschule – liebe Polizei“ endlich aufhören und wir endlich zu einer Sachpolitik kommen, empfehle ich, die vorliegende Motion abzulehnen oder zumindest die Antwort des Gemeinderats als Prüfungsbericht zu akzeptieren. Ich stelle den **Ordnungsantrag**, die Rednerliste zu schliessen.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Ordnungsantrag Schneider (BDP) ab (16 Ja, 45 Nein, 1 Enthaltung).

Abst.Nr. 034

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion SVP: Die SVP lehnt die Motion klar ab. Mit einer Abschreibung könnten wir leben. Man kann darüber diskutieren, ob es sich um eine Interpellation oder um eine Motion handelt. Wir haben frühzeitig eine dringliche Interpellation eingereicht; das Thema wurde verschoben, und jetzt hat man es wieder auf dem Tisch. Wir haben im Jahr 2012 nach dem ersten „Tanz dich frei“ nach den Konsequenzen für die Zukunft gefragt. Das war damals aber kein Thema, und noch kurz vor dem diesjährigen Anlass wollte man nicht darüber sprechen. Wenn man es getan hätte, hätte man agieren statt nur reagieren können.
Die Motionärinnen haben beinahe nachrichtendienstlich sehr einseitige Fragen gestellt. Kritisiert wird nur der polizeiliche Einsatz, das Verhalten der Demonstranten wird ausgeklammert. Wenn überhaupt, müsste man beides extern untersuchen lassen. Es scheint um die Frage zu gehen, ob die Spezialeinheit Enzian dabei war oder darum, was es braucht, damit Enzian zum Einsatz kommt, wie es um die Bereitschaftsräume der Polizei steht und wie lange es dauert, bis sie vor Ort ist. Dazu möchte man mehr Informationen haben. Wissen die Motionärinnen nicht, wer hinter dieser Demonstration steckt? Man hat eine Demonstration erzwungen und sich erhofft, dass der Gemeinderat wieder eine Deeskalationsstrategie wählt. Die Mehrheit der Beteiligten wollte tanzen, aber als die Veranstalter merkten, dass es friedlich bleiben könnte, haben sie einen militanten Aufruf erlassen. Dieser wurde missbraucht, um im hinteren Teil des Kundgebungszuges nicht agieren zu können. Bei der 031-Gruppe muss man endlich die Konsequenzen ziehen, ansonsten läuft die Sache völlig aus dem Ruder. Die 031-Gruppe übt sogar innerhalb der Reithalle einen Terror aus, den man stoppen muss. Es gibt sicher Leute, die in der Reitschule gute Angebote auf die Beine stellen, aber so geht es nicht. Dem Bericht von Dr. Peter Schorer lag eine andere Ausgangslage zugrunde. Eine legale Demonstration der SVP Schweiz wurde mutwillig gestört und musste abgebrochen werden. Damals haben Gemeinderat und Polizei Fehler in der Kommunikation gemacht. Immerhin hat man im Vorfeld von „Tanz dich frei“ gesagt, man mache sich strafbar, wenn man den Tanzanlass besuche. Das wird jetzt als Vorwurf benutzt. Wenn man weiss, was bei diesem „Tanz dich frei“ geschehen ist, sollte man spätestens beim nächsten Mal die Konsequenzen ziehen und die nötigen Mittel dazu haben. In Zürich gilt bezüglich der Nachdemonstration zur 1. Mai-Feier eine Nulltoleranz-Strategie. Solche Leute haben es zu verantworten, dass Anlässe wie „Tanz dich frei“ nicht mehr durchgeführt werden können. Der Aufruf zu Gewalt wird in den Motionen völlig ausgeblendet. Allein die Rettungsachse wird als Arroganz und Eskalation gewertet. Auf die Bewohner der Altstadt hätten solche Leute kaum Rücksicht genommen. Während der Sanierung der Marktgasse war der Einsatz der Polizei heikel.
Fazit: Man hätte die Sache bereits im Jahr 2012 thematisieren müssen. Wenn gewalttätige Demonstrationen zu befürchten sind, muss man rechtzeitig über die richtigen Mittel verfügen. Eine Deeskalationsstrategie wäre blauäugig. Ich stimme zu, dass die Polizei die gewaltbereiten Gruppen frühzeitig hätte isolieren sollen, wie das sogar einige Linksalternative sagen. Hierfür bedarf es aber immer vieler Mittel. Wir werden im Stadtrat wohl wieder grosse Kostenüberschreitungen zu behandeln haben. Das dürfte von linker Seite zum Vorwurf führen, man habe jenseitige Polizeimittel ergriffen, um das Schlimmste zu verhindern. Das haben sich die Organisatoren zuzuschreiben, die nicht den Mut haben, sich zu melden. Man kann auch mit der SVP über eine Streetparade und über einen Tanzanlass in allen Strassen Berns diskutieren, aber es braucht dazu Bewilligungen und Ansprechpartner. Ich hoffe, dass die Namen der Organisatoren bekannt sind, damit man sie zur Verantwortung ziehen kann. Es dürfte in diesem Saal Leute geben, die sie kennen. Die Unschuld von „Tanz dich frei“ ist verloren, es gilt, die nötigen Konsequenzen frühzeitig zu ziehen. Ich danke den Polizisten, die für diese schwierige Aufgabe ihren Kopf herhalten mussten.

Jacqueline Gafner Wasem (FDP) für die Fraktion FDP: Auch die FDP wird die zwei Motionen, die bestenfalls den Charakter von Richtlinienmotionen haben, ablehnen. Sie wird aber, sollten sie wider Erwarten angenommen werden, bei der Abschreibung mithelfen. Wie aus dem Bericht des Gemeinderates hervorgeht, haben sowohl die Kommission für Finanzen, Sicherheit und Umwelt als auch die Aufsichtskommission am 24. Juni bzw. am 1. Juli 2013 Hearings zu „Tanz dich frei“ mit dem Polizeidirektor der Stadt und dem zuständigen Kommandanten durchgeführt. In diesen Hearings haben alle Beteiligten alle Fragen stellen können. Man hat also umfassend Auskunft erhalten. Die Aufsichtskommission wird nächsten Montag, 16. September 2013, den Bericht des Gemeinderates vom 4. September 2013 besprechen. Ausserdem ist bekannt, dass einzelne Mitglieder der FSU an dieser AK-Sitzung teilnehmen werden. Auch dort werden wiederum alle Kommissionsmitglieder die Möglichkeit haben, alle Fragen zu stellen, die sie wollen. Es braucht keine externe Untersuchung. Die Fakten liegen auf dem Tisch. Die zwei Motionen aus der äussersten linken Ecke dieses Parlaments sind der billige und durchsichtige Versuch, vom eigentlichen Problem abzulenken. Das ist nicht die Polizei, sondern der kleine Haufen von gewaltbereiten Leuten, die in Bern im Schutz der Vermummung immer wieder Stunk machen. Es sind, auch das geht aus der Antwort des Gemeinderates hervor, 70 Hardcore-Leute und 230 Mitläufer, die dumm genug sind, sich einspannen zu lassen. Hier gilt es anzusetzen. Diesbezüglich bin ich mit dem Stadtpräsidenten völlig einverstanden. Diesen Leuten muss man das wegnehmen, was ihnen erlaubt, sich in dieser Stadt wie die Schweine zu benehmen, nämlich ihre Anonymität. Bei „Tanz dich frei“ ist es zum ersten Mal, nicht zuletzt dank einer Suchaktion über Internet, gelungen, 80 dieser Halunken zu identifizieren. Wenn der Gemeinderat laut darüber nachdenkt, ein Meldesystem und allenfalls ein Rayonverbot für bekannte Gewalttäter einzuführen, zeigt dies, dass die Behörden offensichtlich genau wissen, wer zumindest diese 70 Leute sind. Diese Leute gilt es an die Sonne zu stellen, dann haben wir Ruhe. Es braucht keine externe Untersuchung. Es braucht den klaren Willen, das Problem dort zu bekämpfen, wo es entsteht. Es handelt sich um eine kleine Clique, die die Stadt seit Jahren terrorisiert, und das muss aufhören. Der einzige Punkt, in dem ich mit Lea Bill einverstanden bin, ist folgender: Es geht nicht an, dass der Gemeinderat sagt, er könne leider nichts tun, weil die Situation schwierig sei. Im konkreten Fall von „Tanz dich frei 2013“ schreibt der Gemeinderat in seiner Antwort an die AK, er habe am 8. Mai 2013 im Konsens mit der Kantonspolizei beschlossen, den unbewilligten Umzug nicht zu verbieten und nicht zu verhindern. In diesen Unterlagen für die AK ist ein Diagramm vorhanden, das aufzeigt, was wann geschehen ist. Der erste Aufruf zu diesem „Tanz dich frei“ erfolgte am 31. Dezember 2012. Bereits im Januar 2013 gab es im Gemeinderat Diskussionen mit dem Beschluss, diese Veranstaltung nicht zu verbieten. Zu diesem Zeitpunkt gab es etwa 3‘000 Interessierte. Wenn man dann zuwartet, bis man mit 13'000 Leuten rechnen muss, ergibt sich eine völlig andere Ausgangssituation. Ich erwarte von der Stadtregierung, die immer noch die Ortspolizeibehörde ist, dass sie die wenigen „Tubel“, die eine ganze Stadt terrorisieren, endlich einmal ans Licht stellt. Dann wird es so etwas nicht mehr geben.

Vorsitzender *Rudolf Friedli*: „Tubel“ war etwas hart.

Stefan Jordi (SP) für die Fraktion SP: Die SP-Fraktion wird den zwei Motionen zustimmen. Wir wollen nicht wissen, ob der Helikopter eine halbe Stunde zu lang gekreist hat oder nicht, aber wir wollen auf einer guten Basis diskutieren, wie man in Zukunft mit solchen Anlässen umgehen will. Wir wollen auch analysieren, was diesmal falsch gelaufen ist, Stichwort: Kommunikation. Welche Möglichkeiten der Kontaktaufnahme hätte es gegeben? Der Gemeinderat hat dazu in seinem Bericht schon Ideen entwickelt. Das ist aber für ein besseres Vorgehen in Zukunft noch nicht genug. Der Bericht der Polizei liefert eine gute Grundlage; diesbezüglich benötigen wir keine weiteren Details. Der Gemeinderat zeigt am Schluss seines Berichts auch

auf, welche Strategie man einschlagen könnte. Er spricht von einer neutralen Vermittlungsstelle. Diesen Weg kann vorläufig noch niemand beurteilen. Wir finden die Bemerkung auch gut, dass nicht nur die polizeiliche, sondern auch die soziologische und jugendpolitische Optik zu berücksichtigen ist. Wir begrüssen auch die Absicht einer Zusammenarbeit mit dem Städteverband. Dazu kann eine externe Beratung – es muss nicht zwingend eine Untersuchung sein – sehr viel beitragen. Diese Aufgabe kann weder die AK als Milizgremium noch der Gemeinderat selbst übernehmen. Hierfür benötigen wir Unterstützung. Die Trennung der Kompetenzen zwischen operativer und strategischer Polizeiarbeit ist, laut Evaluationsbericht zu Police Bern, keine ideale Lösung. Wir sind gestern im Grossen Rat mit Planungserklärungen als Konsequenzen aus diesem vernichtenden Bericht grandios gescheitert. Das ist schade. Wir müssen uns überlegen, wie wir weiter vorgehen werden.

Manuel C. Widmer (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Ich schliesse mich dem Votum von Martin Schneider an: Wir diskutieren im Stadtrat sich so oft wiederholende Themen, dass einem davon schwindlig werden könnte. Wenn sie sich auch noch in allen Kommissionen wiederholen, alle Fragen und alle Antworten immer wieder zu hören sind, dann wird es langweilig, obwohl das Thema eigentlich nicht langweilig wäre. Was geschehen ist und wieder geschehen könnte, ist eine wichtige Frage. Allerdings ist es uns bis heute nicht gelungen, vorauszuschauen. Alle betreiben nur Rückschau. Hätte jemand ein wirkliches Interesse an einer Vorausschau gehabt, hätte er einen Vorstoss eingereicht, der es auch so verlangt hätte. Die jetzigen Vorstösse verlangen aber nur, eine Rückschau vorzunehmen. In diesem Sinne wird die Fraktion GFL/EVP diesen Vorstössen nicht zustimmen. Falls die AK nach ihren Abklärungen eine externe Untersuchung vorschlägt, würden wir mitmachen. Wir sollten diese Diskussionen nicht zu häufig führen, sondern weniger häufig, aber dafür vorsichtig. Ich bin etwas erstaunt, dass Jacqueline Gafner von einem öffentlichen Pranger spricht, daneben aber den Datenschutz um 5'000 Franken aufstocken will. Offenbar ist er etwas für eine Zweiklassengesellschaft oder fällt weg, wenn man ein Delikt begangen hat.

Einzelvoten

Rolf Zbinden (PdA): Der Gemeinderat will keine unabhängige Untersuchung. Das haben wir gut verstanden. Es ist auch kein Wunder, nachdem sich der Sicherheitsdirektor als zuverlässiges Sprachrohr der Polizei und ihrer politischen Einschätzungen bewährt hat, ganz unvorbelastet von der beliebten Unterscheidung zwischen strategischen Entscheidungen und operativer Ausführung. Seit Police Bern den Tarif durchgibt, hören wir mit solchen rhetorischen Fragen auf und nehmen zur Kenntnis, dass hier ein sicherheitspolitisches Definitionsmonopol entstanden ist, das die gewählten politischen Instanzen nach seiner Pfeife tanzen lässt. Der Gemeinderat braucht keinen unabhängigen Blick. Er scheint genau zu wissen, was er tut und in wessen Mandat. Es ist auch kein Wunder, wenn der Sicherheitsdirektor und andere selbsternannte „Sicherheitsspezis“ regelmässig den Kontakt zu den Medien suchen und ihn auch erhalten, und zwar bevor die „Parlamentstrottel“ überhaupt etwas zu Gesicht bekommen. Das ist die politische Kultur, die ein Sicherheitsdirektor pflegt, der sich zu Höherem bestimmt fühlt, nämlich zum Retter des Vaterlandes vor dem drohenden Chaos. Dem Gemeinderat käme eine unabhängige Abklärung der politischen und polizeilichen Machenschaften rund um „Tanz dich frei 3“ echt ungelegen, solange er einem Sicherheitsdirektor die Treue halten will, der bei der Verfolgung seiner politischen Ziele rechtstaatliche Gepflogenheiten als hinderlich empfinden dürfte. Seine Strategie der Abschreckung pfeift auf Unschuldsvermutung und Beweispflicht und verlagert die Bestrafung ins gerichtliche Vorfeld. Ob Verlängerung des Polizeigewahrsams oder Internetpranger – wer einmal in diese Mühle gerät, bekommt ein echtes Problem, sei es in der Familie, in der Nachbarschaft oder am Arbeitsplatz. Wer wird schliesslich rechts-

kräftig verurteilt? Und wen interessiert es dann noch? Der Gemeinderat braucht keine Kontrolle. Der Leistungsausweis des Sicherheitsdirektors spricht für sich. Setzen Sie die Anzahl der Fotos der Internet-Denunziationskampagne in ein Verhältnis zu den gerichtsverwertbaren Informationen und zu den sogenannten Kollateralschäden, die durch diese Form von modernem Pranger entstehen! Mögen auch Pranger und öffentliche Aufrufe zu Denunziation in die rechtsstaatliche Schmuddelecke gehören – der Sicherheitsdirektor stösst sich nicht gross daran. Ein Blockwart will vor allem eines sein: effizient.
Bei der Forderung nach einer unabhängigen Untersuchung geht es nicht ums Erbsenzählen und um ein gegenseitiges Aufrechnen, sondern nur darum, wenigstens einen kleinen Teil der Kontrolle über die politische Ebene zurückzuerlangen, die sich hinter den angeblich rein operativen Entscheidungen verbirgt. Für wen? Entweder gibt die Politik den Weg vor, dem die Polizei zu folgen hat oder die Polizei definiert die politische Gefahrenlage und führt die Politik an der Leine. Mit unserem aktuellen Sicherheitsdirektor ist Letzteres vorprogrammiert. Es stellt sich also im Hinblick auf die politischen Folgeschäden nach dem 25. Mai 2013 die legitime Frage, ob wir uns diese Kantonspolizei und diesen Sicherheitsdirektor leisten können. Die PdA hat den jetzigen Sicherheitsdirektor bereits bei seiner ersten Gemeinderatskandidatur im Blick gehabt und hat seine Wahl gebilligt unter dem Motto: „Nause ist billiger“. Diese Einschätzung hat sich auch bestätigt. Billiger geht es jetzt allerdings wirklich nicht mehr. Wer hat eigentlich Angst vor einer unabhängigen Untersuchung? Die beiden vorliegenden Motionen lassen sich in der gemeinderätlichen Interpretation als äusserst unverbindliche Richtlinien bequem austricksen. Das hat mit dem politischen Sinn des parlamentarischen Instruments der Motion nicht mehr allzu viel zu tun. Aber wen wundert das eigentlich noch?

Kurt Hirsbrunner (BDP): Ist es nicht seltsam, hier zu hören, wenn man nicht so ticke wie die Motionärinnen, sei man automatisch unprofessionell? Das ist aus Sicht der BDP/CVP-Fraktion inakzeptabel. Unser Vertrauen in die Polizei, den Gemeinderat und den Sicherheitsdirektor ist intakt. Wir haben auch kein gestörtes Verhältnis zur Polizei. Wir anerkennen deren Arbeit. Deshalb braucht es keine unabhängige Untersuchung. Unser Vertrauen in die Motionärinnen ist erschüttert. Es geht ihnen nur darum, gewaltbereite Leute zu schützen. Das ist inakzeptabel. Zur SP: Wenn diese Motion überwiesen wird, findet keine externe Beratung, sondern eine externe Untersuchung statt. Die BDP/CVP-Fraktion bittet Sie, die beiden Motionen abzulehnen. Es geht nicht an, mit solchen Vorstössen die Verwaltung unnötig zu bemühen und den Steuerzahler zu belasten.

Alexander Feuz (SVP): Es gibt hier wahrscheinlich Leute, die über Demo-Erfahrungen verfügen. Es gibt aber auch Opfer. Es geht um den Rechtsstaat und um die Rechtsgleichheit. Wenn der Gemeinderat nur noch zuschauen und alles dulden würde, könnte er sich der Begünstigung schuldig machen. Es ist immerhin zu Sachbeschädigungen in der Höhe von gegen 1 Mio. Franken gekommen. Es gibt Polizeibeamte, die nur dank ihrer guten Schutzausrüstung keine schweren Verletzungen davongetragen haben; einem Beamten ist der Kiefer zertrümmert worden. Es handelt sich um schwere Delikte. Die Motion ist einseitig.

Direktor SUE *Reto Nause*: Ich bin über die gehörten Voten ziemlich schockiert. Wer den Gewaltausbruch bei „Tanz dich frei“ erlebt hat und heute retrospektiv nur das Verhalten der Polizei in den Vordergrund stellen will, sieht die Realität meines Erachtens etwas verschoben. In diesen Motionen geht es nur darum, den Polizeieinsatz zu diskreditieren. Lesen Sie zum Beispiel die Frage: „Wieso wurde eine so grosse Menge an Tränengas verwendet?“ Meine Antwort lautet: Vielleicht war das eben nötig, um noch Schlimmeres zu verhindern. Die beiden Motionen wollen eine reine Vergangenheitsbewältigung mit einem deutlichen Fokus auf die Polizei. Zur SP möchte ich sagen: Nehmen Sie Ihre sicherheitspolitische Verantwortung wahr!

Wenn es um eine Beratung für zukünftige Anlässe ginge, hätte ich nichts gegen solche Motionen. Wir möchten gerne untersuchen, wie wir solche Gewaltausbrüche wie bei „Tanz dich frei – Nummer drei“ verhindern, wie wir einen kleinen gewaltbereiten Kern isolieren, wie wir alle Beteiligten dazu bringen können, ihren Beitrag zu leisten, damit Derartiges nicht mehr geschieht. Die Motionen nehmen nur den Polizeieinsatz ins Visier. Das ist falsch und lässt sich nicht rechtfertigen. An diesem Abend haben viele Polizisten und Polizistinnen unter Einsatz ihres Lebens einen kritischen Einsatz geleistet, um noch mehr Sachbeschädigungen und Körperverletzungen zu verhindern. Man hat immerhin über 80 Personen anhalten und identifizieren können, und die Strafverfahren sind am Laufen. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal explizit allen danken, die an diesem Mai-Abend im Einsatz standen. Das Kernproblem war einfach, dass einige hundert Chaoten nach Bern kamen, um vorsätzlich zu randalieren. Erschwerend dabei war, dass wir 10'000 friedlich Tanzende hatten, die sich als Schutzschilde missbrauchen liessen. Ich möchte Sie fragen: Sind Sie sicher, dass Sie nicht auch zum Facebook-Fanclub von „Tanz dich frei“ gehört haben? Die Hälfte des Stadtrates war dabei, und Sie müssen sich überlegen, welchen Beitrag Sie in Zukunft leisten können, sollte es noch einmal zu so einem Aufruf kommen. Ich verstehe zwar die Forderung nach einer Patentlösung, habe aber heute Abend keinen einzigen griffigen Lösungsbeitrag gehört. Ich möchte Sie auch bitten, gewisse bestehende Rahmenbedingungen zu akzeptieren. Eine externe Untersuchung des Polizeieinsatzes müsste vom Grossen Rat und nicht vom Stadtrat beschlossen werden. Die eingereichten Motionen sind in Wahrheit Interpellationen. Es stört mich, dass der Rat seine eigenen Regeln immer wieder bricht.
Zu Rolf Zbinden: Wer hier in Bern die Leute auf der Gasse mit „Welcome to hell“ begrüsst, muss mir keine Standpauke halten.

Motionärin *Lea Bill* (JA!): Ich danke Reto Nause, dass er mir gut zugehört hat. Ich habe gesagt, es gebe kein Patentrezept. Ich habe auch ausgeführt, dass wir eine unabhängige Untersuchung fordern, was sehr wohl motionswürdig ist, und dass wir nicht wollten, dass der Gemeinderat unsere Fragen beantwortet. Dementsprechend sind es keine Interpellationen.

Beschluss
1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat lehnt die Motion ab (29 Ja, 39 Nein, 4 Enthaltungen). *Abst.Nr. 036*

- Die Traktanden Nr. 9 und 10 werden vorgezogen und gemeinsam behandelt. -

2013.SR.000103

9 Dringliche Motion Luzius Theiler (GPB-DA): Stopp Luxusbau – für Neuanfang am Centralweg 9

Gemeinderatsantrag
Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.
Bern, 4. September 2013

Motionär *Luzius Theiler* (GPB-DA): Über die Vorgeschichte brauche ich nicht mehr viel zu sagen. Am 16. Mai 2013 hat der Stadtrat beschlossen, beinahe 9 Mio. Franken für 13 Wohnungen am Centralweg auszugeben. Das sind mit einem Preis von 6'600 Franken pro Quadratmeter Hauptnutzfläche horrende Kosten. Das Ihnen vor dem Rathaus abgegebene Flugblatt zeigt den Vergleich mit einer kürzlich auf gemeinnütziger Basis gebauten Liegenschaft:

Dort belaufen sich die Kosten auf 2'700 Franken pro Quadratmeter Hauptnutzfläche. Daraus kann man schliessen, dass ein dermassen teurer Bau jenseits von Gut und Böse ist. Es stellt sich die Frage: Darf man nach so kurzer Zeit einen Beschluss des Stadtrates umstossen? Es ist ein ungewöhnliches Vorgehen in einer ungewöhnlichen Situation. Rechtlich ist die Sache klar: Im Gegensatz zu dem, was der Gemeinderat schreibt, gilt, dass das entscheidungskompetente Organ, das einen Beschluss gefasst hat, auch kompetent ist, seinen Beschluss wieder aufzuheben. Ungewöhnlich ist nur die kurze Frist. Stadtschreiber Jürg Wichtermann hat als oberster Rechtsberater der Stadt eine Woche nach unserem Beschluss in der „Berner Zeitung“ vom 24. Mai 2013 gesagt, es könne höchstens noch mit parlamentarischen Vorstössen oder einer Initiative versucht werden, das Projekt zu stoppen. Das war beinahe eine Aufforderung zu einer Motion, wie sie Ihnen heute vorliegt. Ich hätte sie auch ohne Herrn Stadtschreiber Wichtermanns Aufforderung eingereicht. Dennoch ist seine Bemerkung interessant, weil sie die Behauptung des Gemeinderates, den Beschluss aufzuheben sei juristisch nicht möglich, deutlich in Frage stellt. Es ist nicht das erste Mal, dass rechtliche Unzulässigkeit vorgeschoben wird, wenn der Gemeinderat etwas nicht will. Rechtlich ist meine Motion also erlaubt, es bleibt aber die Frage, ob sie auch politisch erlaubt ist. Eine Volksweisheit besagt, es sei nicht verboten, gescheiter zu werden. Ich möchte noch etwas differenzierter argumentieren. Die Debatte vom 16. Mai 2013 hat zur Interpellation von Gisela Vollmer, SP, geführt. Die Unterlagen waren unklar und unvollständig und enthielten keine Visualisierungen; es war damals sehr schwierig, sich eine Meinung zu bilden. Der Ablauf der Debatte war denn auch sehr kontrovers. 27 Ratsmitglieder haben meinem Rückweisungsantrag und der Forderung, man müsse ein neues Projekt machen, zugestimmt. Mein damaliger Antrag entspricht ungefähr meiner heutigen Motion. Ein Teil dieser 27 Ratsmitglieder stimmte dem Antrag in der Schlussabstimmung zu, ein Teil der Gegner meines Rückweisungsantrags war in der Schlussabstimmung dagegen. Es war also eine ungewöhnliche Situation, die darauf zurückzuführen war, dass der Rat den einen Teil der Subventionierung dieses teuren Projekts in der Höhe von 2,6 Mio. Franken gestrichen hatte. Später hat man aber realisiert, dass nicht alle Subventionen gestrichen worden waren, sondern dass die Subventionierung in Form einer billigen Abgabe des Bodens zum sogenannten Buchwert beibehalten worden war. Dieser entspricht einem Fünftel bis einem Zehntel des Verkehrswertes. Das hat dazu geführt, dass nach der Debatte eigentlich niemand mit dem Ergebnis zufrieden war. Schon bald kam die Meinung auf, man sollte auf den Beschluss zurückkommen. Es hat aber seither auch noch neue Entwicklungen gegeben.

Vorsitzender *Rudolf Friedli*: Ich muss Sie nochmals darum bitten, leiser zu sprechen, ansonsten geht Luzius Theiler mit seiner Stimme unter.

Motionär *Luzius Theiler* (GPB-DA): Es hat sich aber seither auch einiges verändert. Das Quartier war wütend über den Beschluss des Stadtrates. In kurzer Zeit kamen 1‘000 Unterschriften des Vereins „Läbigi Lorraine“ zusammen. Diese Leute wehren sich vehement gegen das Projekt. Fast alle Gewerbetreibenden der Umgebung haben die Petition unterstützt. Selten ist in Bern ein städtisches Bauprojekt auf derart grosse Opposition gestossen. Das sollte für den Stadtrat ein gewichtiger Grund sein, noch einmal über die Bücher zu gehen. Dazu kommt, dass es, im Gegensatz zu dem, was der Gemeinderat in seiner Antwort auf meine Motion behauptet, gar kein bewilligungsfähiges Projekt gibt. Das Projekt „Baumzimmer“, das wir beschlossen haben, kann nicht realisiert werden, weil es die Zustimmung des Nachbarn am Lagerweg 12 erfordert, und die wird es vorläufig nicht geben oder nur gegen städtische Konzessionen problematischer Art. Der Vorwurf, es sei nicht möglich, ein zweites bewilligungsfähiges Projekt auszuarbeiten, weil man schon eines habe, trifft völlig daneben, weil das erste gar nicht bewilligungsfähig ist. Zudem kann man immer ein zweites Projekt machen,

das das vorangehende aufhebt. Zum Killerargument des Gemeinderates, man habe schon 1,1 Mio. Franken ausgegeben: 1. Es sind gar nicht 1,1 Mio. Franken; fast 400'000 Franken gehen auf die Konten „Zwischennutzung“, „Abbruch“ usw. 2. Es darf nie so sein, dass man ein schlechtes Projekt nur beendet, weil man schon viel investiert hat.
In der Antwort auf die Interpellation von Gisela Vollmer sagt der Gemeinderat unter Ziffer 3, man habe bis jetzt nie Kostenvorgaben gemacht, man werde es aber in Zukunft tun. Damit hat sich das investierte Geld schon gelohnt.

Fraktionserklärungen zu Traktanden 9 und 10

Philip Kohli (BDP) für die Fraktion BDP/CVP: Wir haben am 16. Mai 2013 einen wegweisenden Beschluss gefasst. Wir haben den Rückweisungsantrag Theiler abgelehnt und auf eine Wohnungssubventionierung verzichtet. An diesem Tag ist kein Rückkommensantrag oder Wiedererwägungsgesuch eingereicht worden. Deshalb sehen wir keinen Grund, weshalb wir heute darüber diskutieren sollten. Ich verweise, wie der Gemeinderat, auf Art. 79 unseres Reglements. Wenn jemand aus Trotz eine solche Motion einreicht, ist er einfach ein schlechter Verlierer. Wohin würde es führen, wenn jeder, der mit einem Beschluss der Berner Legislative unzufrieden wäre, eine Motion einreichen würde, um einen Beschluss wieder aufzuheben? Wir müssten nur noch solche Vorstösse behandeln. Folglich müssten wir wieder wöchentlich tagen, und der Gemeinderat müsste ständig Vorlagen zu schon beschlossenen Geschäften unterbreiten. Wir wollen doch sparen. Darum bitte ich den Betroffenen, auch in der Anzahl sinnloser Vorstösse zu sparen und in Zukunft besser ein Reglement oder ein Gesetz zu konsultieren, anstatt sich auf einen Zeitungsartikel zu stützen. Die BDP/CVP-Fraktion bittet Sie, diese Motion abzulehnen.

Lena Sorg (SP) für die Fraktion SP: Es gab schon in der Maidebatte Stimmen, die sagten, man solle um diese 13 Wohnungen keine grosse Sache machen. Es ist aber anders gekommen. Es ist eine grosse Sache und mittlerweile eine Leidensgeschichte geworden. Diese hat sich eigentlich von Anfang an abgezeichnet. Im Jahr 2008 hat die Betriebskommission beschlossen, die Parzelle nicht im Baurecht abzugeben, sondern selbst einen Neubau zu planen. Ich habe schon in der Maidebatte gesagt, die SP begrüsse es grundsätzlich, wenn der Fonds seine Wohnbautätigkeit wieder aufnehme, aber bitte nicht mit einem Projekt wie diesem. Bei der Wettbewerbsausschreibung im Jahr 2010 hat man es leider verpasst, klare Vorgaben zur Kostenlimite und zu späteren Mietzinsen zu machen. Es war nur die Rede davon, dass gut die Hälfte der Wohnungen im Segment „günstiger Wohnraum“ liegen solle. Von günstigem Wohnraum ist, wie wir heute wissen, nach Streichung der Subventionierung aus dem Subventionsfonds gar nichts übriggeblieben. Zwar waren damals in der Jury zwei Quartiervertreter dabei, allerdings ohne Stimmrecht. Was nach der Prämierung im Jahr 2010 bis zum Beschluss des Stadtrates am 16. Mai 2013 geschehen ist, ist uns bekannt. Seither ist allerdings sehr viel geschehen. Es wurden verschiedene Gespräche geführt, Informationsanlässe durchgeführt, es gab eine Besichtigung vor Ort, zu der alle Stadträtinnen und Stadträte eingeladen waren, und wir haben diverse informative Schreiben erhalten. Jedes Kind weiss, dass man aus Fehlern lernen kann. Zentral ist jetzt die Frage: Kann man die inhaltlichen und politischen Argumente für einen Neuanfang stärker gewichten als das formelle Argument? Die SP-Fraktion sagt: Ja. Sie stimmt Ziffer 1 der Motion zu. Es kann nicht sein, dass die Stadt endlich wieder selbst baut, jedoch ein Projekt entsteht, mit welchem am Schluss niemand zufrieden ist. In der Debatte im Mai haben die einen, als die Subventionen noch vorgesehen waren, dem anfänglichen Rückweisungsantrag zugestimmt. Die andern – darunter die SP-Fraktion – haben das Geschäft schliesslich abgelehnt, weil die Subventionen gestrichen worden waren. Zugegeben, neu anzufangen braucht Mut und Geduld. Aber die SP-Fraktion ist

sicher, dass es sich lohnen wird, besser spät als nie genau hinzuschauen. Die weiteren Punkte, die die SP-Fraktion zu einem Ja für einen Neuanfang bewegen, sind unter anderem, dass auch das Näherbaurecht noch in weiter Ferne liegt, dass wahrscheinlich nur zwei statt vier Baumzimmer, die das Projekt gerade ausmachen, realisierbar sein dürften, und dass es nicht Aufgabe der Stadt ist, teuren Wohnraum zu bauen. Letzteres tun Private oft genug. Darüber haben wir, was das Lorrainequartier betrifft, heute wieder in der Zeitung lesen können. Wir wissen auch, dass in kürzester Zeit über 1‘000 Unterschriften für eine Petition gesammelt worden sind. Diese Stimmen aus dem Quartier sind ernst zu nehmen. Wer sagt, dass sich das Lorrainequartier schon lange auf der Hipster-Schiene à la Prenzlauerberg befindet, kennt das Quartier zu wenig und weiss nicht, was soziale Durchmischung bedeutet. Aus Fehlern zu lernen, würde bedeuten, die Parzelle im Baurecht abzugeben. Wir denken dabei an einen gemeinnützigen Wohnbauträger. Die Investoren müssten schon beim Wettbewerb dabei sein, damit sichergestellt wäre, dass das Projekt auch realisiert würde. Zudem braucht es klare Vorgaben bezüglich der Kosten und der Mietzinse nach Kostenmiete. Man kann auch auf dieser Fläche günstiger bauen. Es wäre umso besser, sollte doch noch eine Lösung mit der Eigentümerin des Lagerwegs 12 gefunden werden, was eher möglich ist, wenn nicht mehr die Stadt Verhandlungspartnerin ist. Es könnten dann Ideen für gelungene Projekte entstehen, wie zum Beispiel das Lauberhaus der wok Lorraine AG in der Siedlung Burgunder.
Zum Formellen: Es geht nicht mehr um ein Rückkommen im Sinne von Art. 79 Abs. 2 des Geschäftsreglements. Es leuchtet ein, dass das entscheidungskompetente Organ, der Stadtrat, in Ausnahmefällen seine Beschlüsse wieder aufheben kann, wenn er eine Mehrheit findet. Mit der Annahme von Ziffer 1 der Motion würde der Beschluss vom 16. Mai 2013 nicht automatisch aufgehoben, sondern der Gemeinderat würde beauftragt, dem Stadtrat eine bessere Vorlage zu unterbreiten.
Darum bitten wir, jetzt für ein Ende mit Schrecken zu stimmen, anstatt sich mit einem Schrecken ohne Ende abzufinden. Ziffer 2 der Motion würden wir bei Umwandlung in ein Postulat zustimmen.

Vorsitzender *Rudolf Friedli*: Ich möchte Sie noch einmal um mehr Ruhe bitten. Wir haben heute Zuhörer auf der Tribüne. Sie werden einen schlechten Eindruck von uns bekommen.

Daniel Klauser (GFL/EVP) für die Fraktion GFL: In unserer Fraktion sorgt das Geschäft Centralweg für Kopfzerbrechen. Das war bereits im Mai der Fall und ist heute nicht anders. Wenn wir noch einmal von vorne beginnen könnten, wären wohl viele für einen anderen Ausgang. Das ist aber heute nicht die Frage, sondern es stellt sich eine ähnliche Frage wie damals, als es um den Kredit ging: Soll man ein Projekt, das nicht befriedigt, trotzdem umsetzen oder nimmt man in Kauf, rund 1 Mio. Franken abzuschreiben und noch einmal von vorne zu beginnen? Die damalige Debatte des Stadtrats war sehr komplex und beinhaltete Rückweisungs- und Änderungsanträge. Ich erinnere daran, dass auch Luzius Theiler schliesslich den Änderungsantrag der GLP angenommen hat. Das hat mitunter dazu geführt hat, dass die SP das Projekt abgelehnt hat. Es war eine seltsame Debatte. Der Stadtrat hat dem Geschäft in wechselnden Konstellationen schliesslich zugestimmt. In diesem Sinne haben wir einen rechtsgültigen Beschluss, d.h. die Liegenschaftsverwaltung der Stadt kann, wenn sie über eine Baubewilligung verfügt, mit dem Bau beginnen. Dadurch wird es juristisch ziemlich heikel. Uns ist nicht ganz klar, was geschehen würde, sollte der Stadtrat diese Motion annehmen. Für einen Teil der Fraktion sind diese juristischen Unwägbarkeiten und der bereits fortgeschrittene Stand nicht Grund genug, einen Neuanfang abzulehnen. Dieser Teil der Fraktion wird der Motion zustimmen. Der andere Teil der Fraktion will am gefassten Beschluss festhalten. Es geht nur um 12 bis 13 Wohnungen, nicht um die Planung eines ganzen Stadtteils. Eine Ablehnung der Motion könnte für diejenigen, die diesen Beschluss umstossen wollen,

eine Lehre sein, dahingehend, dass sich die mehrheitsfähigen Fraktionen bei einer nächsten derartigen Debatte schon im Vorfeld einigen sollten, damit es nicht zu solchen wechselhaften Zufallsentscheidungen kommt. Wir haben Stimmfreigabe beschlossen.

Bernhard Eicher (FDP) für die Fraktion FDP: Die SP hat das Projekt grundsätzlich befürwortet. Als man aber die Subventionen gestrichen hatte, war es plötzlich kein gutes Projekt mehr. Die SP-Fraktion findet also Projekte nur gut, wenn sie subventioniert werden. Das ist bedauerlich, zumal der Bau immer noch derselbe ist. Die FDP-Fraktion wird den Vorstoss Theiler ablehnen. Wir hatten eine Vorlage für den Bau von Wohnungen in einem gehobenen Baustandard, ursprünglich zu vergünstigten Mietzinsen, subventioniert mit 2,6 Mio. Franken, und das in einer Zeit, in der der Gemeinderat ein Sparpaket von 20 Mio. Franken schnüren muss. Das kam für uns nicht in Frage. Zum Glück korrigierte der Stadtrat das Projekt und wollte marktübliche Mietzinse verlangen, um den Fonds langfristig zu sichern. Für uns haben diese Überlegungen nach wie vor Gültigkeit. Dementsprechend sehen wir nicht ein, warum man inhaltlich etwas ändern sollte. Formal betrachtet, halten wir die Motion für unzulässig. Hätte man noch einmal über das Geschäft verhandeln wollen, hätte man, als es traktandiert war, einen Wiedererwägungsantrag stellen müssen. Aus diesem Grund sehen wir nicht ein, weshalb wir über diese Motion diskutieren sollen. Das könnte dazu führen, dass wir über alle umstrittenen Geschäfte zwei- oder dreimal diskutieren müssten. Zudem hätten wir die Kosten von 1,1 Mio. Franken in den Sand gesetzt, und ob ein neues Projekt besser wäre, bleibt dahingestellt. Wir bitten Sie, die Motion abzulehnen. Ansonsten begibt man sich in ein sehr mühsames Fahrwasser für den Parlamentsbetrieb. Nun haben wir ein inhaltlich gutes Projekt; dieses sollten wir weiter verfolgen.

Peter Ammann (GLP) für die Fraktion GLP: Wir haben am 16. Mai 2013 zu Protokoll gegeben, wir fänden eine Rückweisung in Anbetracht der 13 Wohnungen nicht zielführend. Wir müssen uns auch heute diese Verhältnismässigkeit vor Augen halten. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass die Befürchtung einer Gentrifizierung in der Lorraine unbegründet ist. Dass wir neuen Wohnraum brauchen, hat für uns Priorität. Am 16. Mai 2013 hat der Stadtrat das Projekt gutgeheissen, er hat die Vorlage mit dem Zusatzantrag „ohne Objektfinanzierung aus dem Subventionsfonds“ genehmigt. Das war für uns wichtig, weil wir es absolut nicht verstanden hätten, wenn aus diesem Subventionsfonds hochwertige Mittelstandswohnungen hätten finanziert werden sollen. Unsere Fraktion war auch vor Ort. Zudem haben wir mit Quartiervertreterinnen und -vertretern gesprochen. Wir möchten aber auch vermeiden, dass bis auf Weiteres eine Brache bestehen bleibt. Wir erachten eine Integration der Liegenschaft mit der Nachbarparzelle als unrealistisch. Das Projekt des Bodenfonds und des Gemeinderates – und dieser Fonds hat eine Kommission mit einer politischen Vertretung – ist nicht optimal gelaufen. Wir erwarten, dass mit den höheren Mieteinnahmen weitere Wohnungen im Bereich „günstiger Wohnraum mit Vermietungskriterien“ realisiert werden. Die Fraktion GLP wird der Motion Theiler nicht zustimmen und wird sich teilweise der Stimme enthalten. Falls die Motion heute überwiesen würde und der Gemeinderat eine Vorlage zur Aufhebung dieses Stadtratsbeschlusses vorlegen würde, würde die GLP einen eigenen Vorstoss mit folgendem Vorschlag einreichen: Abgabe im Baurecht zu einem regulären Baurechtszins an einen gemeinnützigen Wohnbauträger.

Erich Hess (SVP) für die Fraktion SVP: Die Stadt soll marktwirtschaftlich bauen können. Wenn Sie immer sagen, Sie möchten billigeren Wohnraum für Familien mit wenig Geld, dann müssen wir diesen Gedanken auch leben, d.h. wir müssen die Wohnungen in Neubauten teurer vermieten können als jene in Altbauwohnungen. Damit können wir eine höhere Rendite erzielen und andere Familien finanziell unterstützen, wenn sie eine günstigere Wohnung

brauchen. Ich stehe auch nicht zu 100 Prozent hinter dem Projekt „Baumzimmer“. Aus meiner Sicht wurden falsche Zahlen eingesetzt. Der Baulandpreis ist nach dem Buchwert in die Rechnungen eingeflossen und nicht nach den marktüblichen Baulandpreisen. Daraus ergibt sich eine indirekte Subvention auf den Preis der Wohnungen. Grundsätzlich ist das Projekt so weit, dass man es mit einer Motion wahrscheinlich nicht mehr stark beeinflussen kann. Wahrscheinlich würden wir als Stadt sogar schadenersatzpflichtig. Aus diesem Grund lehnt die SVP-Fraktion die Motion Theiler klar ab und bittet Sie, dies ebenso zu tun.

Stéphanie Penher (GB) für die Fraktion GB/JA!: Um Stadtrat oder Stadträtin zu werden, muss man zwei Bedingungen erfüllen: Man muss wählbar sein und gewählt werden. Dafür muss ich nicht Juristin oder Architektin sein. Wir machen in diesem Rat auch Wohnpolitik. Was ist eine rot-grüne städtische Wohnpolitik? Sicher nicht das, was am 16. Mai 2013 zum Centralweg entschieden worden ist. Ich stelle mir für Bern vor, dass die Stadt nicht-renditeorientierten, bezahlbaren, qualitativ guten Wohnraum zur Verfügung stellt. Wir hatten ein Projekt, von dem sehr viele unter uns nicht sehr überzeugt waren. Wir hatten aber einen gut gefüllten Subventionstopf, den man beiziehen wollte, um die Wohnungen am Centralweg bezahlbar zu machen. Dieses Vorgehen ist aber nicht mehrheitsfähig. Das können wir aus diesem Projekt lernen. Wir müssen uns im Parlament, aber auch in der Liegenschaftsverwaltung und in der Kommission des Fonds noch einmal überlegen, wie wir diesen Subventionstopf einsetzen wollen. Das Geld war da, man hätte zustimmen können. Was mich an der heutigen Debatte stört, sind die in der Antwort des Gemeinderates aufgeführten Planungskosten von 1,1 Mio. Franken. Darin sind rund 400'000 Franken für die Zwischennutzung enthalten. Eine Zwischennutzung ist aber keine Planung. Diese Zwischennutzungen werden übrigens politisch von einer Mehrheit begrüsst. Sprechen wir also von den korrekten Zahlen. Mit diesen bezahlen wir immer noch ein teures Lehrgeld. Wir machen hier Wohnpolitik. Ich bitte Sie deshalb, einen Schritt zurückzugehen und einen neuen Anlauf zu nehmen. Die Idee meiner Motion, die ich schon in die Runde geschickt habe, ist es, das Landstück im Baurecht abzugeben mit der Vorgabe, ein Bauprojekt innerhalb der maximalen Anlagekosten des Bundesamts für Wohnungswesen (BWO) zu bringen. Um den Lagerweg 12 in die Planung einbeziehen zu können, wäre es optimal, etwas zuzuwarten. Ob das machbar ist, wissen wir nicht. Wir werden Ziffer 1 der Motion zustimmen. Ziffer 2 würden wir als Postulat annehmen.

Philip Kohli (BDP): Zu den Bedingungen für die Wählbarkeit in den Stadtrat: Das sind der Wohnsitz und die Volljährigkeit. Ein Pluspunkt wären zudem minimale Kenntnisse unserer politischen Strukturen. Die Motion ist eine Respektlosigkeit gegenüber dem Stadtrat, der nun einmal einen Beschluss gefasst hat, und eine Respektlosigkeit gegenüber einem demokratischen Prozess. Darum bitte ich diejenigen, die dieser Motion zustimmen werden, aus dem Stadtrat zurückzutreten.

Direktor FPI *Alexandre Schmidt*: Als Gemeinderat freut es mich, dass Sie alle mit so viel Herzblut das Beste für unsere Lorraine wollen. Wir haben einiges über sie gehört. Sie hat ihre ganz eigene Seele. Eine Stadt ist nie fertig gebaut, eine Gesellschaft steht nie still. Es trifft zu, dass die Lorraine nicht mehr in dem Umfang ein Arbeiterquartier ist, wie sie es früher einmal war. Es findet effektiv eine Umstrukturierung statt. Die Vorzüge dieses Quartiers werden neu entdeckt. Das beobachten wir auch in andern Berner Quartieren. Änderungen bieten, wie immer, Chancen und Risiken. Nicht einig scheint sich der Stadtrat darin zu sein, wie weit die Politik lenkend auf diese Bewegung in der Lorraine reagieren soll. Heute steht die städtische Wohnbaupolitik im Fokus. Dabei ist etwas klar: Mit Bestimmtheit trägt die Stadt keine Verantwortung für die beschriebenen Veränderungen in der Lorraine, ganz im Gegenteil. In der Lorraine gibt es rund 2'200 Wohnungen. Davon sind 42 Wohnungen im Eigentum des

städtischen Fonds. Alle diese Wohnungen befinden sich heute im Segment „günstiger Wohnraum mit Vermietungskriterien“. Sie werden ganz bewusst an Personen und Familien abgegeben, die Mietkostenzuschüsse benötigen. Im Vergleich mit allen andern Quartieren der Stadt leistet der Fonds in der Lorraine einen überproportionalen Effort für günstigen Wohnraum. In der Lorraine verzichten wir schon heute auf Mietzinseinnahmen. Der Gemeinderat wollte diesen Weg auch beim Centralweg gehen, der Stadtrat hat aber anders entschieden. 13 Wohnungen sollen nach anderen Kriterien vermietet werden. Für uns ist dies noch keine Abkehr von der eingeschlagenen städtischen Wohnpolitik. Diese 13 Wohnungen werden die befürchtete Umstrukturierung der Lorraine weder aufhalten noch beschleunigen. Das Projekt Centralweg darf in seiner Bedeutung deshalb nicht überbewertet werden. Ich kann nicht allen heute gehörten Befürchtungen beipflichten. Sie haben im Mai entschieden, was mit dem Centralweg geschehen soll. Ihr Beschluss ist rechtskräftig. Wir arbeiten derzeit an seiner Umsetzung. Wir können das Projekt weiterführen. Es besteht eine Pendenz betreffend die zweite Hälfte der Baumzimmer. Eine Einigung mit dem Nachbarn war bisher nicht möglich. Seit einer Woche sind die Eigentümerverhältnisse am Lagerweg 12 rechtlich geklärt. Es gibt einen neuen Eigentümer. Wie man vor einer Woche in der Presse lesen konnte, will dieser eine Altersresidenz mit etwa 30 Wohnungen bauen. Jetzt wissen wir, mit wem wir über die Zustimmung zu den Anbauten der zwei restlichen Baumzimmer sprechen können. Eine Baubewilligung ist mit oder ohne diese zwei Baumzimmer möglich.
Die Überweisung der Motion Theiler würde den rechtsgültigen Beschluss vom 16. Mai 2013 nicht aufheben. Hinzu käme ein neuer Auftrag, eine Vorlage zu unterbreiten, die den Beschluss vom 16. Mai aufheben würde. Dieser Auftrag stünde für den Gemeinderat im Widerspruch zum Stadtratsreglement. Ihre eigenen Spielregeln lassen es rechtlich nicht zu, diese Motion zu überweisen. Das geforderte Rückkommen ist so nicht erlaubt. Dementsprechend wäre eine nachträgliche Aufhebung des Beschlusses vom Mai mit grossen Rechtsunsicherheiten verbunden und anfechtbar. Am Schluss müssten womöglich die Gerichte entscheiden, ob man diesen Beschluss überhaupt aufheben kann. Auch wenn der Antrag zulässig wäre, hätte er trotzdem nur Richtliniencharakter. Der Gemeinderat müsste entscheiden, ob er das Geschäft von sich aus noch einmal vorlegen will. Vielleicht lohnt es sich, angesichts dieser Verhältnisse, darüber nachzudenken, warum ein Rückkommen nach den Regeln des Stadtrats nicht möglich ist: Dieses ist nicht möglich, weil knappe, umstrittene Geschäfte im Stadtrat nicht selten sind. Ich erinnere an zwei Geschäfte aus meiner Direktion: „Einführung des städtischen Mindestlohns“ und „Einführung von Geschlechterquoten bei den städtischen Kaderangestellten“. Was wäre ein Beschluss des Stadtrates noch wert, wenn jederzeit ein Rückkommen möglich wäre? Er wäre nicht mehr verbindlich. Das trifft erst recht zu, wenn man das Reglement des Stadtrates mit Vorstössen wie dem vorliegenden umgeht. Weil diese Richtliniencharakter haben, könnte der Gemeinderat schliesslich entscheiden, ob er noch auf ein Geschäft zurückkommen will oder nicht. Somit würde der Stadtrat dem Gemeinderat in einem gewissen Sinne einen Teil seiner Kompetenzen abtreten. Auf einen solchen Handel kann und will sich der Gemeinderat nicht einlassen. Aus diesem Grunde beantragt er, die Motion abzulehnen.

Motionär *Luzius Theiler* (GPB-DA): Ich wandle Ziffer 2 meiner Motion in ein Postulat um. Ich sehe, dass man inzwischen das Vertrauen in die Stadt, so etwas bauen zu können, weitgehend verloren hat. Heute würde sicher eine Abgabe im Baurecht im Vordergrund stehen. Zur geplanten Motion Stéphanie Penher möchte ich deutlich sagen, dass diese nur möglich ist, wenn Sie heute Ziffer 1 meiner Motion zustimmen. Sonst geraten wir tatsächlich in juristische Schwierigkeiten. Auf die beiden Voten von Philip Kohli möchte ich nicht eingehen. Die Baukosten habe ich immer mit dem Burgunder-Projekt verglichen, das auch einen Minergie-P-ECO-Standard aufweist. Die Kostenunterschiede sind exorbitant. Es stimmt nicht, dass ein

neuster Standard ein relativ günstiges Bauen ausschliesst. Herr Gemeinderat Schmidt hat soeben etwas ganz Neues aus dem Hut gezaubert. In der Antwort des Gemeinderates auf meine Motion steht zu Recht nirgends, es sei eine Richtlinienmotion. Das ist nicht der Fall. Es handelt sich um eine richtige Motion, weil sie etwas betrifft, das in den Kompetenzbereich des Stadtrates fällt. Deshalb ist die Argumentation von Gemeinderat Schmidt nicht haltbar. Ich danke allen, die meine Motion unterstützen, auch denjenigen, die sich der Stimme enthalten werden. Ich hoffe, dass der Stadtrat den Mut hat, um diesen Fehlentscheid aufzuheben. Damit hätten wir eine Chance, ein Projekt zu realisieren, das auch von der Quartierbevölkerung getragen wird.

Vorsitzender *Rudolf Friedli*: Wenn ich Sie richtig verstanden haben, möchten Sie Ziffer 2 in ein Postulat umwandeln. Ich frage mich, ob dies vom Inhalt her überhaupt möglich ist. Wir sollen eine Vorlage zur Aufhebung unterbreiten. Falls diese angenommen wird, würde der Gemeinderat mit Ziffer 2 nur noch zur Prüfung eingeladen, ob er vielleicht etwas Neues will. Im Endeffekt könnte es sein, dass das Land nie überbaut wird. Das erste Projekt würde allenfalls irgendwann durch den Stadtrat aufgehoben. Dann würde der Gemeinderat eingeladen zu prüfen, ob er ein Projekt unterbreiten möchte. Wir können darüber abstimmen, ich stelle es aber zur Diskussion.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Er erklärt Punkt 1 der Motion erheblich (35 Ja, 29 Nein, 8 Enthaltungen). *Abst.Nr. 038*
3. Der Motionär Luzius Theiler (GPB-DA) wandelt Punkt 2 der Motion in ein Postulat um.
4. Der Stadtrat lehnt Punkt 2 als Postulat ab (30 Ja, 36 Nein, 5 Enthaltungen). *Abst.Nr. 039*

2013.SR.000123

10 Interpellation Fraktion SP (Gisela Vollmer, SP): Learning from Centralweg?

- Das Quorum für die Diskussion wird erreicht (51 Ja, 15 Nein). -

Diskussion siehe Traktandum 9.

Interpellantin *Gisela Vollmer* (SP): Aufgrund der Antworten des Gemeinderates stelle ich fest, dass alle mit dem Wettbewerbsprojekt einverstanden waren, Jury, Fondskommission und Quartiervertretungen. Unverständlich ist es dennoch, dass die Fondskommission nach den vielen Diskussionen im Stadtrat in der Wettbewerbsausschreibung weder ein Kostendach noch eine Vorgabe für preisgünstiges Wohnen für das Bauprojekt festgelegt hat. Es wurde ein Wettbewerb nach der SIA-Norm 142 durchgeführt. Der Wettbewerb ist dem öffentlichen Beschaffungsrecht unterstellt, und die SIA Norm 242 wurde im Wettbewerbsprogramm für verbindlich erklärt. Im Wettbewerbsprogramm wurde festgehalten, dass das Wettbewerbsverfahren – nebst dem GATT-WTO-Abkommen über das öffentliche Beschaffungswesen und den kantonalen und städtischen Beschaffungsvorschriften – dem Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen, der Verordnung über das öffentliche Beschaffungswesen und der Beschaffungsordnung der Stadt Bern untersteht. Der Projektwettbewerb wurde als einstufiges Verfahren durchgeführt. Die SIA-Norm 142 gilt subsidiär. Der Schweizerische Ingenieur- und Architektenverein (SIA) sagt dazu: „Entscheidungen des Preisgerichts in Ermessensfragen können nicht angefochten werden.“ Eine Vergabe an Dritte ist deshalb, neben den ohnehin fälligen Entschädigungen, rekursanfällig. Das heisst, dass man den Auftragnehmern das Projekt nicht

einfach wegnehmen kann. Sie haben sich nichts zuschulden kommen lassen, sie haben gemacht, was gemäss Wettbewerbsausschreibung von ihnen verlangt wurde und was der Stadtrat so festgelegt hat: Sie haben ein Minergie-P-ECO-Gebäude projektiert. Dass dieses Projekt immer noch dem Wettbewerbsprojekt entspricht, ist gar nicht so selbstverständlich. Dass der Fonds dem Projekt und den Baukosten zugestimmt hat, wundert mich nun auch nicht mehr, passierten doch im Jahr 2012 zwei Vorstösse den Stadtrat, die die Umsetzung der 2‘000-Watt-Gesellschaft in Bern als mittelfristiges Ziel verlangten und dies sogar in der Gemeindeordnung festschreiben wollten. Zudem verlangten sie die Durchführung eines Pilotprojekts in der Lorraine.
Mit der Antwort zu Frage 8 bin ich nicht einverstanden. Man kann ein Bauprojekt mit Kosten von 8,8 Mio. Franken nicht in sieben Positionen abhandeln. Und Aktivitäten wie sogenannte Zwischennutzung, Instandsetzung nach Besetzung usw. von insgesamt fast 1 Mio. Franken gehören nicht zu den Positionen „Vorbereitung“, „Honorare“ und „Sonderprojekte“. Der Gemeinderat hätte dazu vor zwei Jahren einen separaten Kredit „Grünraumgestaltung und Strassenreinigung“ einholen müssen. Nun beklagen sich die Zwischennutzer über zu hohe Baukosten. Das ist etwas schwierig. Sie haben zudem heute einen Flyer[16] verteilt, auf dem sie auch noch falsche Zahlen deklarieren. Die Baukosten (Baukostenplan 2) betragen nicht 7,795 Mio. Franken, sondern 6,14 Mio. Demzufolge beträgt der Quadratmeterpreis der Hauptnutzungsfläche nicht 5'843 Franken, sondern 4'606 Franken. Meiner Meinung nach hätte der Gemeinderat aufgrund der Baukosten eine Gegenüberstellung vornehmen müssen, zumal es sich hier um das erste Projekt dieser Art handelt. Eine erste Diskussion fand bereits zur Vorlage Wyler Sportplatz und dem Garderobengebäude statt. Die entsprechende Bewertung fehlt nun auch in dieser Antwort. Es muss festgestellt werden, dass es sich hier um ein Minergie-P-ECO zertifiziertes Gebäude handelt. Das heisst, dieser Aspekt ermöglicht, die 2‘000 Watt-Kompatibilität gemäss dem SIA-Effizienzgrad. Dazu hiess es am 2. Juli 2010 in der „Berner Zeitung“: „Berner Stadtrat bekennt sich zur 2‘000-Watt-Gesellschaft.“ Nach all den Diskussionen, die ich in den letzten Wochen erlebt habe, möchte ich kurz zu erklären versuchen, worüber wir eigentlich sprechen und worüber nicht. *(Die Rednerin veranschaulicht anhand von Biskuitdosen, dass Minergie-ECO und Minergie-P-ECO fälschlicherweise gleichgesetzt werden.)* Die Kosten sind in beiden Fällen nicht dieselben. Die Behauptung, die Baugenossenschaften würden immer billiger bauen, stimmt nicht. Es trifft auch nicht zu, dass es günstiger wird, je mehr Wohnungen gebaut werden. Zum Beispiel das Oberfeld: Auf dem ehemaligen Grundstück der Stadt baut eine Genossenschaft, deren Bauherr Fonds-Mitglied ist, 100 Wohnungen. Die Landfinanzierung läuft über den Fonds de Roulement. Folglich werden die Wohnungen im Laufe der Jahre nicht billiger. Für die Gebäudefinanzierung werden zusätzlich 50 Wohnungen verkauft, und die ganze Energiegeschichte wird über ein Contracting mit ewb bezahlt. Entsprechend müsste man beim Centralweg 0,5 Mio. Franken herausnehmen und über ewb finanzieren lassen. Trotzdem kostet eine Viereinhalb-Zimmer-Wohnung ohne Nebenkosten, obwohl 6 Quadratmeter kleiner als am Centralweg, zwischen 2'000 und 2'300 Franken. Wenn man ein Contracting mit ewb hat, steigen die Nebenkosten; sie werden also höher als beim Projekt Centralweg.
Schlussfolgerung: Ich werde den Vorstoss Theiler ablehnen. Das Projekt „Baumzimmer“ muss jetzt gebaut und für weitere Projekte ausgewertet werden. Schliesslich bauen wir auch Fussballergarderoben mit Minergie-P-ECO Standard – weshalb also keine Wohnungen? Ausserdem wehre ich mich vehement gegen das Abschiessen von durchgeführten öffentlichen Wettbewerben. Schliesslich ist es nicht der erste, der hier verhindert werden soll.

[16] Flyer des Vereins für ein lebendiges Lorrainequartier „Läbigi Lorraine“.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Die Interpellantin Fraktion SP ist mit der Antwort teilweise zufrieden.

2012.GR.000333

11 Fortsetzung: Produktegruppen-Budget 2014 (Abstimmungsbotschaft)

Vorsitzender *Rudolf Friedli*: Wir fahren mit der Behandlung des Produkutegruppen-Budgets fort und kommen zu den Anträgen Nr. 17 bis 20a betreffend die Direktion SUE. Das Kommissionsvotum der FSU zur Begründung des Antrags Nr. 18 haben wir bereits an der Nachmittagssitzung gehört.

Fortsetzung Detailberatung

Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie: Anträge Nr. 17 bis 20a

17.	S. 155 Polizeiinspektorat (230100)	SP	Erhöhung der Nettokosten um 180‘000.00 auf 730‘377.44 Franken zugunsten P230140 Auskunft und Beratung, Call Center[17]
18.	S. 156 Polizeiinspektorat (230100)	FSU	Einführung einer neuen Kennzahl 2) Anzahl Lost Calls
19.	S.162 Polizeiinspektorat (230300)	FSU	Einführung einer neuen Steuerungsvorgabe 4) Monatliche Kontrollen betr. Prostitutionsgewerbe **Soll 2014: 1 Kontrolle**
20.	S. 164 Polizeiinspektorat (230400)	SP	Erhöhung der Nettokosten um 180‘000.00 auf 5‘764‘290.16 Franken zugunsten P230420 Aufenthaltsregelungen von ausländischen Personen[18]
20a.	S. 165 Polizeiinspektorat (230400)	SVP	Änderung der Steuerungsvorgabe 4) Monatliche Kontrollen betreffend illegal anwesenden ausländischen Personen **Soll 2014: 8 Kontrollen** [statt 5]

Modifzierter Antrag SP (vgl. Votum Cevik)

17.	S. 155 Polizeiinspektorat (230100)	SP	Erhöhung der Nettokosten um **120‘000.00** auf 730‘377.44 Franken zugunsten P230140 Auskunft und Beratung, Call Center[19]

[17] Das Polizeiinspektorat soll seine Aufgaben im Kernbereich weiterhin korrekt vornehmen können. Die Wartezeiten im Call Center des Bereichs Einwohnerdienste, Migration und Fremdenpolizei (EMF) der Stadt Bern sind problematisch (51'716 sog. „lost calls“ gegenüber 71'318 entgegengenommenen Anrufen). Deshalb soll der Stellenetat in diesem Bereich um eine 100% Stelle aufgestockt werden.

[18] Mit den neuen migrationsrechtlichen Aufgaben im Zusammenhang mit dem Integrationsgesetz (IntG), dem Prostitutionsgewerbegesetz (PGG) sowie den neuen Anforderungen an den Familiennachzug (FNZ) hat das Polizeiinspektorat der Stadt Bern erneut zahlreiche neue Aufgaben erhalten, die personal- und zeitintensiv sind. Um seine Aufgaben wie die Klärung von Fragen, die zur Erteilung, Verlängerung oder Umwandlung von Bewilligungen der ausländischen Wohnbevölkerung notwendig sind, weiterhin korrekt erfüllen zu können, soll der Stellenetat um eine 100% Stelle aufgestockt werden.

Yasemin Cevik (SP): Ich spreche zu den Anträgen Nr. 17 bis 20. Die SP-Fraktion möchte eine Aufstockung des Personals im Polizeiinspektorat, konkret im Fachbereich Einwohnerdienst, Migration und Fremdenpolizei, vornehmen. Dadurch sollen die Aufgaben im Kernbereich weiterhin korrekt wahrgenommen werden. Das Personal des Polizeiinspektorats leidet, weil es nachweislich vermehrt zu Personalproblemen wegen Krankheitsausfällen und chronischer Überlastung kommt. Die erste beantragte Personalaufstockung betrifft den Bereich Auskunft und Beratung innerhalb des Call Centers. Die Anzahl an „lost calls“ ist mit 51‘716 zu hoch. Das Call Center ist eine Visitenkarte für die Stadt Bern. Es ist problematisch, wenn sich die Leute nicht telefonisch bei der Stadt informieren können, sondern „à la Swisscom“ in einer Warteschlaufe hängen und schliesslich irgendwann entnervt den Hörer auflegen. Wir haben uns entschieden, unseren **Antrag Nr. 17** mit einer **Senkung von 180‘000 Franken auf 120‘000 Franken abzuändern**, in der Hoffnung, dass er so Unterstützung finden wird. Die zweite Personalaufstockung steht im Zusammenhang mit zahlreichen neuen, personal- und zeitintensiven Aufgaben des Polizeiinspektorats. Sie sind die Folge des neuen Integrationsgesetzes (IntG), des Prostitutionsgewerbegesetzes (PPG) und der neuen Anforderungen an den Familiennachzug (FNZ). Das IntG tritt voraussichtlich per Mitte 2014 in Kraft. Ab diesem Zeitpunkt müssen zusätzliche Willkommensgespräche mit den zuziehenden Ausländerinnen und Ausländern geführt werden. Uns liegt daran, dass diese Gespräche seriös durchgeführt werden können. Allerdings zeigt das Mengengerüst, dass alleine dafür über 100 Stellenprozente notwendig wären. Ich bitte Sie, den beiden Anträgen zuzustimmen. Ich wiederhole nochmals, dass wir den Antrag Nr. 17 von 180‘000 Franken auf 120‘000 Franken abändern.

Cristina Anliker-Mansour (GB): Ich spreche zu den Anträgen Nr. 17, 19 und 20. Für uns sind die knappen Personalressourcen bei einer erheblichen Aufgabenbelastung im Polizeiinspektorat ein Thema. Trotzdem halten wir die Anträge der SP für einen Schnellschuss. Der vorgesehene Ausbau mit zweimal 180‘000 Franken entspricht einem Ausbau um mindestens 3 Stellen. Das erachten wir angesichts der aktuell vorgenommenen Kürzung im Sozialbereich als klar nicht vertretbar. Sollte durch die neuen Willkommensgespräche gemäss IntG eine Mehrbelastung, aber auch ein klarer Nutzen für die Unterstützung von Integrationsbemühungen entstehen, würden wir uns einer zukünftigen Diskussion nicht verschliessen. Diese neuen Aufgaben sollen jedoch, wie vorgesehen, durch den Lastenausgleich abgegolten werden. Deshalb besteht im Rahmen dieses Produktegruppen-Budgets kein Handlungsbedarf. Wir stehen einem Ausbau von Kontrollen sowohl im Migrations- als auch im Prostitutionsbereich kritisch gegenüber und lehnen folglich auch die neue Steuerungsvorgabe betreffend das Prostitutionsgewerbe ab. Aus diesen Gründen bitten wir Sie, die entsprechenden Anträge abzulehnen.

Erich Hess (SVP): Die SVP-Fraktion ist grundsätzlich der Meinung, dass solche Probleme („lost calls“) verwaltungsintern zu lösen sind. Dennoch geht es auf keinen Fall an, dass Bürgerinnen und Bürger, die die Verwaltung anrufen, nicht fristgerecht bedient werden. Bürgerinnen und Bürger sind Kunden. Sie sehen es auch bei den verschiedenen Telefongesellschaften: Weshalb bin ich als Kunde beispielsweise bei der Swisscom geblieben? Ich habe festgestellt, dass Anrufe an Kundencenter anderer Telefongesellschaften mit langen Wartezeiten verbunden sind. Obwohl ich nicht häufig eine Auskunft benötigt habe, ging mir das lange Warten auf die Nerven. Deshalb ist es wichtig, dass man die Bürgerinnen und Bürger einer Stadt

[19] Das Polizeiinspektorat soll seine Aufgaben im Kernbereich weiterhin korrekt vornehmen können. Die Wartezeiten im Call Center des Bereichs Einwohnerdienste, Migration und Fremdenpolizei (EMF) der Stadt Bern sind problematisch (51'716 sog. „lost calls“ gegenüber 71'318 entgegengenommenen Anrufen). Deshalb soll der Stellenetat in diesem Bereich um eine 100% Stelle aufgestockt werden.

als Kunden betrachtet, weil sie Kunden sind – und Kunden kann man nicht einfach warten lassen. Deshalb wird die SVP-Fraktion dem Antrag zustimmen, obwohl wir eigentlich der Meinung sind, dass dieses Problem auch verwaltungsintern gelöst werden könnte und nicht mehr Geld gesprochen werden müsste.

Pascal Rub (FDP): In den nächsten Stunden oder Minuten werden wir über die Schliessung von Quartiertreffs debattieren. Hier steht zur Diskussion, 120‘000 Franken auszugeben, weil ein paar Leute etwas länger warten müssen. Soweit zu den Relationen. Vielleicht konnten Sie den Zeitungen entnehmen, dass die E-Government-Bemühungen der Stadt Bern auch den Bereich Einwohnerdienste, Migration und Fremdenpolizei betreffen. Es findet eine Verhaltensänderung hin zu mehr elektronischem Kontakt statt. Weil andere Kanäle bestehen, um sich an das betreffende Amt zu wenden, können die Wartezeiten bei Anrufen weiter abgebaut werden. Aus diesem Grund ist es zum heutigen Zeitpunkt nicht opportun, in diesem Bereich Stellen zu schaffen.

Rania Bahnan Büechi (GFL): Ich spreche namens der GFL/EVP-Fraktion zu den Anträgen Nr. 17 und 20. Es ist uns sehr bewusst, dass im Polizeiinspektorat seit Jahren eine grosse Ressourcenknappheit herrscht. In diesem Bereich sind auch sehr viele Änderungen im Gang, so auch jene im Zusammenhang mit dem IntG und mit dem PPG als neuestes Gesetz. Die Umsetzung dieser Änderungen ist im Grunde genommen erfreulich und zeigt, wie viel in diesen Bereichen unternommen wird. Trotzdem fehlt es am nötigen Personal, um adäquat auf die dadurch generierte Mehrarbeit zu reagieren. Es handelt sich hauptsächlich um gesetzliche Vollzugsaufgaben, die aufgrund entsprechender Gesetze umgesetzt werden müssen. Seitens der Verwaltung wird – seit ich mich zurück erinnere – kaum versucht, das Beste mit den bestehenden Ressourcen zu machen; es handelt sich zunehmend um einen Balanceakt mit immer neuen Aufgaben. Das hat folgende Konsequenzen: In den Bereichen Menschenhandel, Jugendschutz, Taxiwesen usw. finden weniger Kontrollen statt. Die „lost calls“ sind ein Zeichen dieser Dauerbelastung – eine Situation, die uns allen hinlänglich bekannt ist. Letztes Jahr gingen über 51‘000 „lost calls“ ein. Deshalb erhält der Einwohnerdienst laufend Reklamationen und Beschwerden. Hier müssen wir handeln! Angesichts der schwierigen finanziellen Situation der Stadt Bern können wir nicht beiden Anträgen zustimmen. Aus diesem Grund lehnen wir den Antrag Nr. 20 ab. Wir finden es aber notwendig, etwas gegen die „lost calls“ zu unternehmen. In diesem Sinn sind wir bereit, den abgeänderten Antrag der SP zu unterstützen.

Direktor SUE *Reto Nause*: Die SP-Anträge legen den Finger tatsächlich auf einen wunden Punkt. Bezüglich der „lost calls“ sind wir mit einem Mengenproblem konfrontiert. In diesem Sinne konnten tatsächlich über 50‘000 Anrufe nicht beantwortet werden. Was die anderen Aufgaben anbelangt, so trifft es zu, dass wir aufgrund kantonaler und nationaler Gesetze mehr und neue Aufgaben im Vollzug übernehmen müssen. Im Zusammenhang mit den „lost calls“ geht der Gemeinderat davon aus, dass sich mit E-Government eine Lösung finden lässt. Allerdings ist der Umsetzungszeitpunkt noch offen. Was den Antrag Nr. 20 anbelangt, so geht der Gemeinderat davon aus, dass die neuen Aufgaben mit Umschichtungen und Schwerpunktsetzungen in den Kontroll- und Vollzugstätigkeiten bewältigt werden können. Der Gemeinderat ist aus finanzpolitischen Überlegungen und aufgrund des von ihm beschlossenen Personalstopps der Meinung, dass diese Anträge abzulehnen sind.

Beschluss

4. Der Stadtrat stimmt dem modifizierten Antrag Nr. 17 der Fraktion SP zu (34 Ja, 33 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.Nr. 040 (Der ursprüngliche Antrag Nr. 17 ist obsolet).*
5. Der Stadtrat stimmt dem Antrag Nr. 18 der Kommission FSU zu *(Der Antrag wird nicht bestritten).*
6. Der Stadtrat stimmt dem Antrag Nr. 19 der Kommission FSU zu (44 Ja, 26 Nein). *Abst.Nr. 041*
7. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 20 der Fraktion SP ab (21 Ja, 48 Nein). *Abst.Nr. 042*
8. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 20a der Fraktion SVP ab (10 Ja, 58 Nein). *Abst.Nr. 043*

Die Sitzung wird um 19.00 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Rudolf Friedli*

Die Protokollführerin: *Eva Schmid*

Präsenzliste der Sitzung 20.30 bis 22.30 Uhr

Vorsitzend
Präsident Rudolf Friedli

Anwesend

Katharina Altas
Christa Ammann
Peter Ammann
Cristina Anliker-Mansour
Rania Bahnan Büechi
Mess Barry
Sabine Baumgartner
Lea Bill
Manfred Blaser
Yasemin Cevik
Rithy Chheng
Nathalie D'Addezio
Bernhard Eicher
Susanne Elsener
Tania Espinoza
Alexander Feuz
Claudio Fischer
Benno Frauchiger
Jacqueline Gafner Wasem
Hans Ulrich Gränicher
Claude Grosjean
Franziska Grossenbacher
Lukas Gutzwiller
Isabelle Heer
Erich Hess
Karin Hess-Meyer
Kurt Hirsbrunner
Mario Imhof
Daniel Imthurn
Ueli Jaisli
Roland Jakob
Bettina Jans-Troxler
Stefan Jordi
Dannie Jost
Daniel Klauser
Philip Kohli
Michael Köpfli
Martin Krebs
Marieke Kruit
Lea Kusano
Annette Lehmann
Daniela Lutz-Beck
Martin Mäder
Peter Marbet
Ursula Marti
Lukas Meier
Melanie Mettler
Christine Michel
Patrizia Mordini
Esther Oester
Stéphanie Penher
Halua Pinto de Magalhães
Pascal Rub
Kurt Rüegsegger
Sandra Ryser
Leena Schmitter
Martin Schneider
Silvia Schoch-Meyer
Hasim Sönmez
Lena Sorg
David Stampfli
Michael Steiner
Matthias Stürmer
Bettina Stüssi
Michael Sutter
Luzius Theiler
Lilian Tobler
Regula Tschanz
Gisela Vollmer
Nicola von Greyerz
Manuel C. Widmer
Rolf Zbinden
Urs Ziehli
Christoph Zimmerli

Entschuldigt

Dolores Dana
Michael Daphinoff
Simon Glauser
Thomas Göttin
Judith Renner-Bach

Vertretung Gemeinderat

Reto Nause SUE
Alexandre Schmidt FPI
Franziska Teuscher BSS
Ursula Wyss TVS

Entschuldigt
Alexander Tschäppät PRD

Ratssekretariat

Daniel Weber, Ratssekretär
Barbara Waelti, Protokoll
Nik Schnyder, Ratsweibel
Susy Wachter, Sekretariat

Stadtkanzlei

Jürg Wichtermann, Stadtschreiber

11 Fortsetzung: Produktegruppen-Budget 2014 (Abstimmungsbotschaft)

Detailberatung

Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie

23.	S.189 Wirtschaftsamt (260100)	GLP	Kürzung der Nettokosten um 90‘000.00 auf 3‘576‘107.27 Franken zulasten P260140 Bern Tourismus[20]

Michael Köpfli (GLP) für die GLP-Fraktion: Wir haben bereits bei der Beratung zum IAFP einen Sparantrag zu Bern Tourismus eingereicht. Die Tourismusinformation, die bekanntlich über die Übernachtungsabgabe finanziert wird, steht dabei für uns nicht zur Debatte. Unser Antrag lautete, der ganze Beitrag aus Steuergeldern, der vor allem für Marketingausgaben verwendet wird, sei zu streichen. Der Stadtrat entschied damals mit knapper Mehrheit gegen diese Streichung, selbstverständlich akzeptieren wir diesen Entscheid. Jetzt geht es um einen neuen Leistungsvertrag. Wir denken, wie viele andere Bereiche, zum Beispiel die Gemeinwesenarbeit, die externen Partner usw., muss auch Bern Tourismus einen Sparbeitrag leisten. Alle Dienststellen sind gehalten, einen Beitrag zu leisten. Wir finden, eine Senkung des Beitrages an öffentlichen Mitteln von 890'000 Franken auf 800'000 Franken sei vertretbar. Es geht um Gelder, die vor allem zu Marketingzwecken genutzt werden, es geht nicht um Mittel, die der Tourismusinformation zufliessen. Die sehr potenten Partner von Bern Tourismus aus der Wirtschaft sollten in der Lage sein, die 90'000 Franken aufzufangen, falls es tatsächlich nötig sein sollte, auf dem gleichen Budget zu bleiben und eine Senkung nicht möglich wäre. Wie viele andere Bereiche muss auch Bern Tourismus einen Beitrag zugunsten eines ausgeglichenen Budgets leisten. Zumal das Budget im Verlauf der aktuellen Debatte bereits ausgebaut worden ist, bitte ich Sie, einen ersten Schritt in Richtung eines ausgeglichenen Budgets zu tun und diesem Antrag zuzustimmen.

Alexander Feuz (SVP): Unsere Fraktion spricht sich für das Sparen aus. Aber Bern Tourismus ist ein wichtiger Pfeiler für die Stadt Bern. Viele Menschen besuchen unsere schöne Stadt, wir müssen den Tourismus stärken. Vielleicht besteht wegen der 1. August-Feier, an deren Organisation Bern Tourismus beteiligt war, noch einiger Unmut – diesbezüglich sind wir nicht nachtragend. Es geht darum, dass unsere schöne Stadt als UNESCO-Welterbe vermarktet werden muss. Daher ist es falsch, ausgerechnet an diesem wichtigen Pfeiler zu sägen und das Budget von Bern Tourismus zu kürzen. Bereits in den Vorjahren wurden bei Bern Tourismus Einsparungen vorgenommen. Weitere Kürzungen könnten sich als sehr verhängnisvoll erweisen. Wir sollten uns an anderen grossen Städten wie Basel oder Zürich orientieren. Gegenüber diesen sind die Mittel in Bern bereits knapp, die Stadt muss jedoch vermarktet werden. Die Leute von Bern Tourismus verdienen unser Vertrauen. Aufgrund Ihres Grolls wegen der 1.-August-Feier sollten Sie sich nicht zu einer Dummheit verleiten lassen. Es wäre kurzsichtig und dumm, an dieser Stelle Einsparungen vorzunehmen. Denken Sie daran, dass die

[20] Aufgrund der angespannten Finanzlage müssen unzählige Abteilungen und externe Partnerinnen und Partner der Stadt einen Sparbeitrag leisten. Der Stadtrat hat es im Rahmen der Debatte über den IAFP abgelehnt, den festen Beitrag aus Budgetmitteln für Bern Tourismus ganz zu streichen, das gilt es zu respektieren. Ein Sparbeitrag von rund zehn Prozent ist aufgrund der angespannten Finanzlage aber angebracht. Der feste Beitrag aus Budgetmitteln für das Jahr 2014 soll deshalb von CHF 890'000 auf CHF 800'000 gesenkt werden.

Touristinnen und Touristen in Bern essen gehen oder die Museen oder das Theater besuchen. Die Mittel für Bern Tourismus zu kürzen, wäre kontraproduktiv. Es gibt sinnvolle und weniger sinnvolle Sparanträge – der vorliegende Sparantrag der GLP ist abzulehnen, da er sich als sehr verhängnisvoll erweisen könnte.

Pascal Rub (FDP): In ihrem Eintrittsvotum hat uns die GLP vorgeworfen, die FDP habe bei der Beratung zum IAFP keine Sparvisionen vorgebracht. Ich erinnere Sie daran, dass das Thema Bern Tourismus bei der Beratung zum IAFP behandelt worden ist und der Stadtrat ein Verdikt zugunsten von Bern Tourismus gefällt hat. Aber offenbar akzeptiert die GLP diesen Entscheid des Stadtrats nicht und bringt deshalb erneut einen Sparantrag zu Bern Tourismus ein. Manche Dinge sind im Rahmen der Budgetdebatte zu diskutieren, während andere Dinge, nämlich solche, die eine Vision beinhalten, im Rahmen des IAFP behandelt werden müssen. Ich denke, dass die Abschaffung der MAZ definitiv nicht zu den visionären Sparbestrebungen gehört, indessen kann ich Ihre Absicht, die Mittel für Bern Tourismus grundsätzlich zu kürzen, durchaus verstehen. Dass Sie diesen Antrag trotz des stadträtlichen Beschlusses wieder vorbringen, entzieht sich meinem Verständnis. Bezüglich des Inhalts des Antrags schliesse ich mich grundsätzlich der Argumentation meines Vorredners an: Bern Tourismus nutzt die zur Verfügung gestellten Mittel sehr weise und umsichtig. Dank dieser Mittel kann für die Stadt viel bewirkt werden, davon profitieren schliesslich alle in irgendeiner Form. Ich ziehe hierzu das Beispiel der vieldiskutierten Gutscheine für die familienexterne Kinderbetreuung heran: Auch dabei handelt es sich um eine Massnahme, welche zuerst einmal Kosten verursacht. Mit dieser Investition schaffen wir jedoch eine Ausgangslage, dank der wir unsere Stadt, aufgrund des gewonnenen Steuersubstrats und der neu geschaffenen Arbeitsplätze, weiterbringen. Ähnlich verhält es sich mit den Ausgaben für Bern Tourismus. Ich weiss nicht, was genau Michael Köpfli gestochen hat. Ich fordere Sie jedoch auf, Ihren Groll nicht an Bern Tourismus auszulassen. Weil es sich hier um sehr gut investierte Gelder handelt, bitte ich den Rat, dem Kürzungsantrag der GLP nicht stattzugeben.

Rania Bahnan Büechi (GFL): Der Antrag der GLP scheint auf den ersten Blick nachvollziehbar, nämlich als Versuch, die vorgeschlagene Kürzung der Mittel an Bern Tourismus, die von der FSU mehrheitlich angenommen worden war, zu kompensieren. Wir können diesen Antrag aus zwei Gründen jedoch nicht unterstützen: 1. Der vorliegende Antrag entspricht dem Antrag, der in der FSU eingebracht und behandelt worden ist. Diesen Antrag erneut einzubringen, kommt einer unnötigen Doppelspurigkeit gleich. 2. Dass die GLP diesen Antrag wieder einbringt, halten wir für einen unfairen Spielzug. In der Vergangenheit hat die GLP verschiedentlich ihre Antipathie gegenüber Bern Tourismus gezeigt. Da dieser Kürzungsantrag einer sachlichen Begründung entbehrt, lehnen wir ihn ab.

Peter Amman (GLP): In Erwiderung auf die Aussagen von Pascal Rub und Rania Bahnan Büechi stelle ich folgendes klar: Unsere Fraktion hat den die Planungserklärung betreffenden Entscheid sehr wohl zur Kenntnis genommen, daher beantragen wir auch keine umfängliche Streichung. Ich erinnere daran, dass die zuständige Sachkommission in Bezug auf den Leistungsvertrag 2014 einer Kürzung von knapp zehn Prozent gefolgt ist. Dass wir diesen Antrag anlässlich der Budgetdebatte einbringen, zeugt von unserem Bestreben in Richtung einer konsequenten Budgetführung in Bezug auf den Leistungsvertrag mit Bern Tourismus. Deshalb bitte ich um Ihre Zustimmung. Es geht um eine Kürzung von knapp zehn Prozent. In Anbetracht der Tatsache, dass in anderen Bereichen in viel grösserem Ausmass gespart werden muss, ist es legitim, hier eine Kürzung zu verlangen.

Lena Sorg (SP): Wir sprechen über einen Budgetantrag, hier geht es nicht um eine Diskussion über den Leistungsvertrag mit Bern Tourismus, wobei es auf der Hand liegt, dass die Weichen heute gestellt werden. Unsere Fraktion ist der Meinung, dass Bern Tourismus eine Kürzung von 90'000 Franken besser verkraften kann als andere Einrichtungen. Im Rahmen der Beratung zum IAFP und in mehreren Lobbyschreiben, die wir erhielten, wurde angedroht, dass eine Kürzung des städtischen Beitrages sichtbare Leistungseinbussen zur Folge hätte. Die Frage, welche Einbussen zu gewärtigen wären, blieb jedoch bis heute unbeantwortet. Eine Kürzung könnte für Bern Tourismus einen Ansporn bedeuten, bei den Verhandlungen mit den Agglomerationsgemeinden mehr Hartnäckigkeit an den Tag zu legen. Wie sich gezeigt hat, beträgt der Beitrag von Seiten der Agglomeration nur 30'000 Franken. Wir werden dem Antrag der GLP zustimmen.

Jacqueline Gafner Wasem (FDP): Ich weiss nicht mehr genau, in welchem Jahr es war, kann mich aber erinnern, dass die JUSO vor einigen Jahren einen Generalangriff gegen Bern Tourismus lancierte, der damals abgewendet wurde. Neuerdings existiert eine grünliberale Partei, – dass sie grün ist, habe ich gemerkt, was an ihr liberal sein soll, frage ich mich je länger, desto mehr – die sich darauf eingeschworen hat, ausgerechnet die Mittel derjenigen Institution, welche dafür sorgt, dass die Berner Altstadt auch ausserhalb der Kantone Solothurn, Aargau und Freiburg wahrgenommen wird, zu kürzen. An dieser Stelle sei daran erinnert, dass der Stadtrat dem Beitritt zum Verein Region Bern (VRB) mit grosser Mehrheit zustimmte. Die GLP will diese Kürzung, ungeachtet der Tatsache, dass der Tourismus für die Stadt Bern ein sehr wichtiger Wirtschaftszweig ist. Ich verstehe nicht, wie diese Partei eigentlich tickt. Sie greifen genau jene Branche an, bei der es Leute trifft, die im Prinzip zur grünliberalen Wählerschaft zählen. Das ist unverständlich. Dazu kommt, dass der Streichungsantrag zu Bern Tourismus schon beim IAFP gescheitert ist. Es bringt nichts, diesen ständig zu wiederholen. Wie Pascal Rub bereits antönte, wäre es interessant, zu wissen, wem von der GLP Bern Tourismus zu nahe getreten ist. Ich habe den Eindruck, dass es hier um eine persönliche Abrechnung geht, zumal dieser Streichungsantrag völlig unsachlich ist. Bitte lehnen Sie diesen Antrag ab.

Roland Jakob (SVP): Es ist an der Zeit, den Aspekt der Beziehungen zwischen Stadt und Land in die Diskussion einzubringen: Bern Tourismus vermarktet die Stadt nicht nur im Ausland, sondern auch innerhalb der Schweiz. Es ist daher unverständlich, warum das Budget von Bern Tourismus, also derjenigen Organisation, welche Bern nach aussen, und zwar international wie national, vertritt, gekürzt werden soll. Es steht fest, dass der Sparhebel bei Bern Tourismus als Organisation, die sich um die breitflächige Vermarktung unserer Stadt kümmert, am falschen Ort angesetzt ist. Bitte lehnen Sie diesen Antrag der GLP ab. Bern Tourismus ist für Bern eine wichtige Organisation, die auf die nötigen Mittel angewiesen ist, um unsere Stadt wirksam vermarkten zu können.

Michael Köpfli (GLP): Als Replik auf das Votum von Jacqueline Gafner Wasem: Wir überlegen uns nicht zu jedem Antrag, ob unsere Wählerschaft die entsprechende Forderung positiv oder negativ aufnimmt. Auch aus einer wirtschaftsfreundlichen oder liberalen Position heraus betrachtet, ist es nicht unbedingt naheliegend, dass der Staat beziehungsweise die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler das Marketing einer Branchenorganisation subventionieren. Wir akzeptieren, dass eine Mehrheit dieses Rats anderer Meinung ist. Wenn jedoch der Spardruck dermassen hoch wird, dass alle Abteilungen der Stadt Bern mittels pauschaler Kürzungen sparen müssen, finden wir es angebracht, dass eine Branchenorganisation beim Marketing mit weniger Subventionen unterstützt wird und die entsprechenden Mittel selber aufbringt.

Direktor SUE *Reto Nause*: Wer vermarktet und positioniert Bern in der Welt? Wer vermarktet unser UNESCO-Weltkulturerbe in der Welt? – Diese Aufgaben erfüllt Bern Tourismus. Man kann nicht sagen, dass Bern Tourismus in der Vergangenheit keinen Sparbeitrag geleistet hätte: Noch vor ungefähr fünf Jahren flossen 1,4 Mio. Franken aus der städtischen Kasse an Bern Tourismus, inzwischen sind es noch 890'000 Franken, also 300'000 Franken weniger als im Jahr 2012. Meiner Ansicht nach kann hier nicht einfach ein einzelner Leistungsvertrag gekürzt werden, zumal noch kein anderer städtischer Leistungsvertrag im Umfang von zehn Prozent gekürzt worden ist. Dies würde für den Tourismus in der Stadt Bern ein sehr schlechtes Zeichen setzen. Ausserdem handelt es sich bei diesem Posten um eine der wenigen Ausgaben, die wir tätigen, welche auch Einnahmen generiert. Zudem wissen wir aus der Vergangenheit, dass diese Einnahmen markant zugenommen haben. Bern Tourismus ist eine Erfolgsstory. Der Städtetourismus in Europa boomt – ausgerechnet in diesem Moment wollen Sie Bern Tourismus im Bereich der Marketinginstrumente abstrafen und ihnen die für das Marketing benötigten Mittel entziehen. Der Stadtrat hatte eine Benchmark gefordert, die wir Ihnen vorlegten. Dabei ging es um einen Vergleich zwischen Bern Tourismus und Organisationen zur Tourismusförderung in Luzern, Lausanne oder Zürich. Die Ergebnisse aus der Benchmark-Analyse sind ziemlich klar und eindeutig: Es lässt sich feststellen, dass Bern Tourismus gute Arbeit macht. Sie setzen ihre Mittel sehr effizient ein, wobei ihnen weniger Geld als anderen vergleichbaren Organisationen zur Verfügung steht, namentlich im Bereich des Marketings. In dieser Frage halte ich es mit der Devise „Never change a winning team“. In den letzten Jahren konnten wir eine Zunahme von rund 300'000 Logiernächten verzeichnen, was ein Verdienst der Marketingorganisation Bern Tourismus ist. Ich halte es für ein sehr fatales Zeichen, wenn der Rat ausgerechnet diese Organisation, die wirtschaftlich erfolgreich gearbeitet hat, abstrafen will. Mit diesem Antrag wird eine zehnprozentige Kürzung bei den städtischen Mitteln aus dem Leistungsvertrag gefordert, was sehr happig ist. Eine derartige Streichung zöge mit Sicherheit einen Abbau nach sich. Darüber, wie dieser Abbau aussähe, kann im Moment nur spekuliert werden. Zumal wir auf dem internationalen Markt auch weiterhin präsent sein müssen und wollen, wird ein Abbau solchen Umfangs auf dem Platz Bern im Bereich der Grundversorgung stattfinden, so würde man beispielsweise über den Standort Bärenpark diskutieren müssen. Weil die Durchführung einer solchen Kürzung kein gutes Zeichen bedeutet, beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat, diesen Antrag abzulehnen.

Beschluss
Der Stadtrat lehnt den Antrag 21 ab (33 Ja, 35 Nein, 6 Enthaltungen) *Abst.Nr. 045*

24.	S. 207 Amt für Erwachsenen- und Kindesschutz (280200)	SP	Änderung der Steuerungsvorgabe 4) Anzahl durchgeführter Weiterbildungs- und Betreuungsveranstaltungen pro Jahr **Soll 2014: 5** [statt 3][21]

Beschluss
Der Stadtrat stimmt dem Antrag 22 zu.

[21] Mit dem neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrecht und der Umstrukturierung auf kantonaler Ebene wie auch innerhalb des EKS sind einige Unsicherheiten entstanden. Es gilt, die Mitarbeitenden in dieser Situation zu unterstützen und genügend Weiterbildungs- und Betreuungsveranstaltungen zu organisieren, damit ein wirksamer Kindes- und Erwachsenenschutz weiterhin sichergestellt ist.

22a.	S. 212 ewb (290100)	FDP	Reduktion des Erlöses um 22‘500‘000.00 auf 0.00 Franken zulasten P290120 Gewinnablieferung[22]

Pascal Rub (FDP) für die FDP-Fraktion: Wir blicken zurück auf eine Dekade der Plünderung bei ewb. Wir sprechen von Geld, das die Konsumentinnen und Konsumenten über den Strompreis bezahlten, welches die ewb sodann anhäufte. Diese Mittel wurden als Stille Reserven bezeichnet, als solche wurden sie im Verlauf der letzten Jahre sukzessive aufgelöst. Es handelt sich um mehrere hundert Millionen Franken, welche die Stadt in Form von Dividenden, Sonderdividenden und Sonderzahlungen ewb entzogen hat. Bekanntlich hat ewb im letzten Jahr grosse Investitionen getätigt – über Sinn oder Unsinn dieser Investitionen müssen wir an dieser Stelle nicht diskutieren. ewb verschuldetet sich massiv, weil die an die Stadt abgetretenen Gelder nicht zur Verfügung standen und die benötigten Finanzierungsmittel aufgenommen werden mussten. Während ewb sich verschuldetet, flossen seine Mittel in den laufenden Haushalt der Stadt Bern. Es stehen noch weitere grosse Investitionen für ewb an: Beispielsweise für den bevorstehenden Ausbau des Glasfasernetzes oder die Erstellung eines intelligenten Stromnetzes, dem sogenannten „smart grid“. Ausserdem müssen Investitionen in alternative Energiequellen getätigt werden, weil ein grosser Teil dieses Rats möglichst schnell aus der Atomenergie aussteigen will. Wir sind demokratisch genug, diesen Entscheid zu respektieren, weisen jedoch auf die daraus resultierenden Konsequenzen für ewb hin: Weil ewb in den kommenden Jahren eine Menge Geld aufbringen muss, liegt es nicht drin, weiterhin Dividenden an die Stadt Bern auszuschütten. Alle gegenteiligen Behauptungen beruhen auf reinem Wunschdenken. ewb wird die von der Stadt budgetierten 22,5 Mio. Franken nicht erwirtschaften, auch nicht in den folgenden Jahren. Hier handelt es sich um eine blosse Budgetkorrektur seitens der Stadt Bern. Deshalb stellen wir den Antrag, die 22,5 Mio. Franken aus dem Budget zu streichen, und zwar so lange, bis ewb wieder den branchenüblichen Eigenfinanzierungsgrad erreicht. Erst dann – und auf diesen Zeitpunkt in der Zukunft freuen wir uns – kann über weitere Dividendenausschüttungen diskutiert werden.

Daniel Klauser (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Wir lehnen diesen Antrag ab. Wenn man einen solchen Antrag stellt, sollte man konsequenterweise auch einen Antrag auf Steuererhöhung einreichen, damit die gestrichenen Mittel anderswie eingenommen werden können. Es wäre absolut unseriös, ein Defizit von 22,5 Mio. Franken zu produzieren. Möglicherweise habe ich Pascal Rubs Erklärungen betreffend die Art und Weise, wie diese Streichung kompensiert werden soll, verpasst. Er sei hiermit eingeladen, uns seine Ideen, wie er das Budget wieder ins Lot zu bringen gedenkt, darzulegen. Unter Berücksichtigung der zusätzlichen Investitionen und der Ausschüttungen an die Stadt während der letzten Jahre verfügt ewb heutzutage über eine Eigenkapitalquote in der Grössenordnung von einem Drittel. Diese Eigenkapitalquote entspricht dem branchenüblichen Wert in der Stromwirtschaft. Das Bundesamt für Energie (BFE) geht bei der Berechnung der Bundeshilfen (WEG) von dieser Eigenkapitalquote aus, dieser Wert entspricht auch der Verzinsung, die man für das Netz bekommt. Ausserdem hat die nationale Netzgesellschaft Swissgrid im Rahmen der Übernahme des Hochspannungsnetzes ebendiese Eigenkapitalquote angestrebt. Es handelt sich dabei um den in der Energiebranche üblichen Wert. Die Eigenkapitalquote von ewb ist in den letzten Jahren auf diesen Wert gesunken, weil ewb unter dem ehemaligen CEO Kurt Bill die Strategie verfolgte, einen Teilverkauf zu verhindern. In diesem Sinne wurde dem Gemeinderat das grosszügige

[22] Solange ewb Verluste schreibt, sollte aus unserer Sicht gar keine „Gewinnabschöpfung“ möglich sein. Wird wieder ein Gewinn erwirtschaftet, sollte zuerst der Verschuldungsgrad reduziert werden. Erst wenn das Eigenkapital gleich hoch ist wie die Finanzschulden (heute rund eine Mia. Franken) kann über eine Dividende gesprochen werden.

Geschenk jährlicher Auszahlungen von 40 Mio. Franken, ergänzt durch dreimalige Auszahlungen von je 25 Mio. Franken, in Aussicht gestellt. Dementsprechend stoppte der Gemeinderat das Projekt und trieb den Teilverkauf nicht weiter voran. Diese Auszahlungen brachten es mit sich, dass das Eigenkapital von ewb entsprechend sank. Wenn ewb sich nun beklagt, dass das Eigenkapital geschrumpft sei, verdankt es diesen Umstand eigentlich der eigenen Strategie, die es zwecks der Verhinderung eines Teilverkaufs selbst wählt. Die Gewinnablieferung in der heutigen Grössenordnung ist vertretbar und liegt im gleichen Rahmen, wie sie auch in anderen Städten realisiert wird. Zum Vergleich ziehe ich das Beispiel Energie Service Biel (ESB) heran, die pro Jahr zehn bis elf Millionen an die Stadt Biel abliefern.

Esther Oester (GB) für die Fraktion GB/JA!: Auch wir sind der Meinung, dass die Gewinnablieferung von ewb in der richtigen Höhe ausfällt. Bekanntlich arbeitet dieses Parlament mittels des IAFP als mittelfristigem Planungsinstrument. Vor einem halben Jahr erfuhren wir im Rahmen der Beratung zum IAFP, welche Gewinnablieferung seitens von ewb vorgesehen war. Der IAFP ist unser Steuerungsmittel, der vorliegende Antrag ist daher in keiner Weise angemessen. Anhand des grossen Verlustes von 140 Mio. Franken, den ewb für das letzte Jahr ausweist, erscheint die Überlegung der FDP nachvollziehbar. Dieser Verlust entstand jedoch aufgrund von Investitionen und einer grossen Abschreibung zwecks Wertberichtigung. Heute weist ewb einen realistischen inneren Wert auf. Deswegen ist davon auszugehen, dass die Gewinnablieferung von 22,5 Mio. Franken absolut in Ordnung ist. Wir lehnen diesen Antrag ab.

Benno Frauchiger (SP) für die SP-Fraktion: Ich gebe Pascal Rub recht: Das Umfeld des Strommarktes stellt sich heutzutage als schwierig dar und für Elektrizitätsunternehmen ist es praktisch unmöglich, Gewinne zu erwirtschaften. Trotzdem kann man, nicht einmal aus Sicht von ewb, für diesen Antrag Sympathie aufbringen, zumal er keinerlei Auswirkungen auf das Ergebnis von ewb hat. Die Gewinnabgabe wird nämlich eins-zu-eins auf die Stromkundinnen und -kunden übertragen, ausserdem wird sie in Form eines Strompreiszuschlages von 2,7 Rappen pro Kilowattstunde transparent ausgewiesen. Ein Verzicht auf die Gewinnabgabe hätte lediglich tiefere Strompreise zur Folge und brächte keine Verbesserung des Resultates von ewb. Die Stromtarife werden von der Eidgenössischen Elektrizitätskommission (ElCom) als Regulierungsbehörde überwacht. Die ElCom würde sicherlich nicht akzeptieren, wenn bei den Konsumentinnen und Konsumenten eine Gewinnabgabe erhoben würde, die nicht an die Stadt überwiesen würde. Wir nehmen den Antrag der FDP gerne zur Kenntnis, offensichtlich sind Sie bereit, ein massives Budgetdefizit in Kauf zu nehmen – es sei denn, Sie reichten einen Antrag auf eine Steuererhöhung von einem Zehntel nach, wie Daniel Klauser bereits angetönt hat. Die SP-Fraktion lehnt den Antrag der FDP klar ab.

Jacqueline Gafner Wasem (FDP): Wie Sie wissen, hat ewb in Bezug auf Privatkunden, die nicht Grosskunden sind, bis zum heutigen Tag ein Monopol. Wie mein Vorredner eben erklärt hat, wird die Gewinnablieferung auf den Strompreis respektive die Gebühren geschlagen. Was die Stadt hier in Form eines sogenannten Gewinnes abschöpft, stellt somit lediglich eine versteckte Steuererhöhung dar, zu der das Stimmvolk sich in keiner Form äussern konnte. Unter Umständen dürfte sich dies spätestens zu dem Zeitpunkt rächen, wenn auch Private ihren Energieversorger endlich frei wählen dürfen und damit nicht mehr an die überhöhten Strompreise von ewb gebunden sind.

Pascal Rub (FDP): Ich danke für die Belehrung zum Thema „Internationale Finanzierungsquote“. Es verhält sich so, dass die grossen Stromkonzerne heutzutage bezüglich des Verhältnisses von Fremdkapital zu verzinslichem Kapital in der Regel eine Quote von rund 50 Prozent

aufweisen. Auch wenn die Verhältnisse in der Schweiz anders aussehen, messen wir uns wenn möglich an weltweiten Standards. Im Austausch werde ich Ihnen eine Nachhilfelektion zum Thema „Corporate Governance“ erteilen: Es liegt in der Verantwortung des Verwaltungsrates, zu entscheiden, welche Ausschüttungen erfolgen. Diese Entscheidung lag nicht bei Kurt Bill, der vielleicht den entsprechenden Vorschlag unterbreitet hatte – wir wissen ja, welcher politischen Partei Herr Bill angehört. Der Entscheid wurde ausschliesslich vom Verwaltungsrat gefällt. Wer in welcher Funktion im Verwaltungsrat von ewb sitzt, ist bekannt. Bitte übernehmen Sie die Verantwortung für ein ausgeglichenes Budget, es liegt nämlich nicht in unserer Verantwortung, Ihnen ein ausgeglichenes Budget aufzuzeigen. Aufgrund der momentanen Grösse unserer Partei haben wir keine Chance, Ihnen ein mehrheitsfähiges Budget zu unterbreiten. Hingegen können wir auf die wunden Punkte hinzuweisen – davon lassen wir uns nicht abhalten. Hier findet sich einer der wunden Punkte in diesem Budget. Wir leben über unseren Verhältnissen, dieser Umstand wird sich nach dem heutigen Abend noch verschlimmert haben.

Direktor SUE *Reto Nause*: Der grösste Teil der Gewinnablieferung von ewb wird transparent und offen auf den Rechnungen als Abgabe an das Gemeinwesen ausgewiesen. Es handelt sich sozusagen um einen Durchlauferhitzer, bei dem die Konsumentinnen und Konsumenten für jede Stunde einen Beitrag entrichten, den ewb an die Stadt abliefert. Diese Abgabe wird auf der Netznutzung erhoben, das heisst, dass auch die Kundinnen und Kunden, die ihren Strom auf dem freien Markt beziehen, diese Abgabe bezahlen. Man kann sagen, dass ewb mittlerweile die Hälfte seines Stromes auf dem freien Markt absetzt. Es geht also nicht um irgendeine versteckte Steuer oder Abgabe, die die Stadt erhebt. Es trifft zu, dass die Gewinnabgaben der Vergangenheit dazu führten, dass die Substanz von ewb gelitten hat. Das Eigenkapital von ewb wurde dadurch reduziert. Deswegen reagierten der Gemeinderat und der Verwaltungsrat von ewb, indem sie ein neues Tarifsystem inklusive der Abgaben an das Gemeinwesen einführten. Von daher erachtet der Gemeinderat diese Gewinnablieferung als legitim und lehnt den Vorschlag der FDP ab.

Beschluss
Der Stadtrat lehnt den Antrag 22a ab (22 Ja, 52 Nein). *Abst.Nr. 046*

Direktion für Bildung, Soziales und Sport

SBK-Präsident *Roland Jakob* (SVP): Am 16. August 2013 behandelte die SBK verschiedene Anträge zur Direktion BSS. Neben diversen Anträgen aus den Fraktionen gab es auch zwei Delegationsanträge. Die Delegationsanträge betreffen zum einen die Massnahmen Kinder- und Jugendförderung sowie Gemeinwesenarbeit, wo die Steuerungsvorgaben 9 bis 11 in Kennzahlen umgewandelt werden sollen, zum anderen geht es um die Tagesbetreuung, wo die Kennzahl 10 gestrichen werden soll. Weil diese Anträge in der Kommission unbestritten waren, beantragen wir deren Annahme. Beim Schulamt reichten zwei Fraktionen identische Anträge zur Massnahme Kindergärten, Volks- und Sonderschulen für eine Erhöhung der Nettokosten um 24'000 Franken ein, die von der SBK mehrheitlich angenommen wurden. Weiter reichte die SVP-Fraktion mehrere Anträge ein, von denen die SBK zwei annahm. Zur Tagesbetreuung wurde ein Antrag auf Erhöhung der Nettokosten um 20'000 Franken zugunsten der Aufgabenhilfe gestellt, den die SBK mehrheitlich ablehnte. Bei den bildungsnahen Institutionen wurde ein Antrag auf Erhöhung der Nettokosten um 95'000 Franken zu Gunsten der Volkshochschule gestellt. Dieser Antrag wurde in der Kommission heftig diskutiert. Aus der Diskussion ging schliesslich ein Kompromissantrag für eine Erhöhung um 47'500 Franken

hervor, der in der Abstimmung obsiegte. Der Stadtrat wird heute über diesen Antrag befinden, dessen Annahme ich im Namen der SBK empfehle. In der Schlussabstimmung genehmigte die SBK das Budget der BSS mit einem Verhältnis von 9 Ja- zu 2 Nein-Stimmen.

BSS: Direktionsstabsdienste

Der *Vorsitzende*: Da es sich bei Antrag 22b um einen Kompensationsantrag zu den Anträgen 24a und 36a handelt, werden wir diesen Antrag erst zu gegebener Zeit behandeln.

BSS: Kompetenzzentrum Integration

25.	S. 236 Kompetenzzentrum Integration (300400)	GB/JA!	Erhöhung der Nettokosten um 1‘000.00 auf 389‘482.65 Franken zugunsten P300420 Beratung und Information[23]

Lea Bill (JA!) für die Fraktion GB/JA!: Verglichen mit anderen Anträgen geht es hier um eine lächerliche Summe. Aber uns geht es um das Prinzip, indem wir eine einmalige lineare Kürzung für ein Jahr an dieser Stelle, das heisst beim Kompetenzzentrum Integration (KI) und dem Projekt Comprendi, nicht als sinnvoll erachten. Wir wollen diese Kürzung rückgängig machen. Wir sind der Meinung, wenn schon unbedingt gespart werden muss, soll dies in der richtigen Form geschehen und nicht, indem man bei allen Institutionen ein bisschen an den Beträgen herumknabbert. Aus unserer Sicht ist das nicht sinnvoll. Wir bitten um Unterstützung für diesen Antrag.

Pascal Rub (FDP) für die FDP-Fraktion: Hier steht ein Betrag von 1'000 Franken zur Diskussion, wobei es nicht um das Geld, sondern um das Prinzip geht. Auch mir geht es um das Prinzip: Hier im Rat sitzen ungefähr 100 Leute, wenn alle Anwesenden zehn Franken beitrügen, wäre dieses Problem gelöst. Es kann nicht sein, dass das Stadtparlament über solche Beträge diskutieren muss. Ich spende eine Zehnernote zu Gunsten von Comprendi. Wenn Sie alle mitziehen, können wir dieses Problem elegant lösen.

Pascal Rub übergibt Alexandre Schmidt zehn Franken, dem schliessen sich weitere vier Stadträte an.

Beschluss
Der Stadtrat lehnt den Antrag 23 ab (33 Ja, 36 Nein). *Abst.Nr. 047*

23a.	S. 236 Kompetenzzentrum Integration (300400)	SVP	Kürzung der Nettokosten um 80‘000.00 auf 308‘482.65 Franken zulasten P300420 Beratung und Information[24]
23b.	S. 238 Kompetenzzentrum Integration (300400)	SVP	Änderung der Steuerungsvorgabe 2) Anzahl verwaltungsexterner Informationsveranstaltungen und Kurse **Soll 2014: 32** [statt 40]

[23] Verzicht auf Reduktion von zwei Prozent beim Leistungsvertrag mit Comprendi.
[24] Straffen! Spardruck auch bei der Integration einführen.

23c.	S. 238 Kompetenzzentrum Integration (300400)	SVP	Änderung der Steuerungsvorgabe 3) Einsatz von Kommunikationsmitteln **Soll 2014: 6** [statt 10]

Ueli Jaisli (SVP): Wir integrieren im Rahmen der Schule sowie in der Berufsbildung. Wir veranstalten spezielle Kurse und bieten Zusatzausbildungen und Begleitungen an. Wir integrieren im Alltag, wir integrieren überall. Weil all diese Bemühungen schliesslich auch Früchte tragen müssen, erübrigt es sich, zusätzlich eine grosse Anzahl verwaltungsexterner Informationsveranstaltungen anzubieten. Wir müssen keinen riesigen Aufwand an Kommunikationsmitteln betreiben. Wir erkennen hier ein grosses Sparpotenzial. Wir wollen uns in der Integration nicht wiederholen. Das bringt nichts und wird von Seiten der Betroffenen nur ins Lächerliche gezogen. Wir erachten eine Kürzung von 80'000 Franken und eine Reduktion der Veranstaltungen als verantwortbar.

Direktorin BSS *Franziska Teuscher:* Meine Argumentation deckt alle Anträge der SVP ab, zumal die Begründung bei allen Anträgen gleich lautet. Die Vorschläge der SVP könnten in dieser Form nur mittels Personalabbau umgesetzt werden. In der Stadtverwaltung kann ein Personalabbau nicht innert Jahresfrist realisiert werden. Das KI erfüllt eine Beratungs-, Informations- und Kommunikationsfunktion, zumeist in Zusammenhang mit übergeordneten Gesetzen, nämlich dem Ausländer- und dem Integrationsgesetz, aber auch in Zusammenhang mit den von der Stadt Bern verabschiedeten Leitbildern, die vom Stadtrat zustimmend zur Kenntnis genommen worden sind, insbesondere dem Aktionsplan Rassismus, mit dem der Stadtrat dem Gemeinderat einen Auftrag erteilt hat, einem bestehenden Bedürfnis nach Information nachzukommen. Die vom KI durchgeführten Veranstaltungen sind beispielsweise Vernetzungsanlässe für Schlüsselpersonen, an denen Leute aus verschiedenen Bereichen, also aus der Verwaltung, von Ausländerorganisationen, aber auch aus der Wirtschaft, teilnehmen. Es gilt, die Integration gut auszugestalten. Weiter werden Informationsveranstaltungen mit der Zielsetzung, dass Jugendliche den Einstieg ins Arbeitsleben finden, angeboten. ausserdem existiert ein Newsletter, der innerhalb der Stadtverwaltung, aber auch in den betreffenden Organisationen und in der Wirtschaft, einen Austausch über Fragen in Zusammenhang mit der Integration erlaubt. Da das KI einen sehr wichtigen Informationsauftrag zu erfüllen hat, bitte ich Sie, diese Kürzungen abzulehnen.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 23a ab (13 Ja, 56 Nein). *Abst.Nr. 048*
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 23b ab (21 Ja, 49 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.Nr. 049*
3. Der Stadtrat lehnt den Antrag 23c ab (27 Ja, 44 Nein). *Abst.Nr. 050*

BSS: Sozialamt

23d.	S. 245 Sozialamt (310100)	SP	Erhöhung der Nettokosten um 36‘000.00 auf 3‘096‘854.40 Franken zugunsten P310110 Obdachlosenhilfe[25]

Benno Frauchiger (SP): Die Speiseanstalt Spysi wurde 1877 gegründet mit dem Ziel, „der hilfsbedürftigen Bevölkerung während der Winterszeit gesunde Nahrung zu vorteilhaftem

[25] Die Spysi soll erhalten bleiben.

Preis anzubieten“, wie damals in den Statuten festgelegt wurde. Diesen Zweck erfüllt die Spysi bis heute. Trotzdem gehört die Spysi zu den Institutionen, die der Spareuphorie zum Opfer fallen sollen. Es ist seltsam, dass man ausgerechnet bei einer Institution, die der hilfsbedürftigen Bevölkerung zugutekommt, sparen will. Es ist seltsam, dass es der Stadt Bern nach 136 Jahren plötzlich an den nötigen Mitteln fehlt, um eine solche Institution zu unterstützen. Es ist seltsam, dass gerade an einem Ort gespart werden soll, an dem sich Menschen freiwillig und ehrenamtlich für einen guten Zweck im Interesse der Allgemeinheit einsetzen. Wenn wir bei Strukturen sparen, wo sich Leute freiwillig und ehrenamtlich engagieren, gewinnen wir nur wenig, verlieren jedoch umso mehr. Bitte stimmen Sie dieser Erhöhung zu.

Martin Schneider (BDP): Obwohl ich ein feuriger Verfechter der Speiseanstalt Spysi bin, muss ich über diesen Antrag sehr staunen. In Zusammenhang mit der Diskussion zur Vereinigung für Beratung, Integrationshilfe und Gemeinwesenarbeit (vbg) werden wir nochmals über die Spysi diskutieren. Im Sparantrag der SP und der GFL ist die Erhaltung der Spysi enthalten. In unserem Sparantrag, der Kürzungen von 550'000 Franken vorsieht, ist die Möglichkeit, die Spysi zu erhalten, ebenfalls einkalkuliert. Mich erstaunt diese Doppelspurigkeit. Es stellt sich heraus, dass das Budget mehrere Seltsamkeiten ähnlicher Art enthält.

Benno Frauchiger (SP): Die Spysi ist im Budget der vbg nicht enthalten. Es entspricht nicht unserer Absicht, die Spysi ins Budget der vbg zu verlagern. Die Spysi war immer schon im Budget Sozialamt, Obdachlosenhilfe enthalten.

Beschluss
Der Stadtrat stimmt dem Antrag 23d zu (45 Ja, 26 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 051*

26.	S. 257 Sozialamt (310400)	BDP/CVP	Kürzung der Nettokosten um 65‘000.00 auf 94‘425‘356.98 Franken zulasten P310420 Beratung, Betreuung und Unterstützung von bedürftigen Personen[26]

Martin Schneider (BDP): Ich komme kurz auf das vorangehende Thema zurück. Ich zitiere aus dem Bericht des Gemeinderates zur interfraktionellen Motion GFL/EVP, GLP, BDP/CVP: Neuausrichtung statt Kahlschlag bei der Gemeinwesenarbeit: „Der Gemeinderat sieht die Streichung des Beitrags an die Spysi (Abgeltung 2013 36'475 Franken) vor.“ Wir werden später darauf zurückkommen. Zu unserem Antrag betreffend die Sache mit dem Standplatz in Buech: Weil wir die Gemeinwesenarbeit so gut als möglich erhalten wollen, haben wir nach Sparmöglichkeiten gesucht. Für den Standplatz in Buech bringt die Stadt 65'000 Franken auf. Diese Geschichte reicht zurück ins Jahr 2003. Die StaBe hätten diesen Beitrag übernehmen müssen, was sie jedoch mit der Begründung, ihnen sei die Sache rechtlich zu unsicher, ablehnten. So sah sich die BSS genötigt, diesen Beitrag zu übernehmen. Seit 2003 kommt also die BSS dafür auf. Dem ist niemand weiter nachgegangen, was sich dank unserer Nachfrage geändert hat. Es verhält sich wie folgt: Bis dato ist nicht bekannt, wie viele Leute in welchen Verhältnisses tatsächlich auf dem Standplatz in Buech wohnen. Laut meinem gestrigen Gespräch mit dem Leiter des Sozialdiensts ist zumindest ein Drittel der dort Ansässigen von der

[26] Der Beitrag an den Standplatz Buech in der Höhe von 65‘000 Franken soll gestrichen werden. Die Absicht, den Mietzins für den Standplatz zu senken, um Abhängigkeiten zu vermeiden, ist nicht nachvollziehbar. Auf diese Senkung ist zu verzichten, diese Ausgabe ist Sache der Sozialhilfe und im Rahmen des Lastenausgleichs zu regeln.

Sozialhilfe abhängig oder bezieht eine IV-Rente. Dass die Stadt zusätzlich für die Verbesserung der Wohnsituation dieser Leute aufkommt, leuchtet nicht ein, zumal ihnen die Mieten über die Sozialhilfe finanziert werden. Der fragliche Beitrag kann definitiv eingespart werden. Man weiss nicht, wie viele Personen, die noch mit beiden Beinen auf dem Boden stehen, dort wohnen. Auch ist nicht bekannt, wie viele von ihnen im Falle, dass eine Kürzung von 65'000 Franken erfolgte, in die Sozialhilfe abgleiten würden, wodurch wiederum Mehrkosten entstünden. Deswegen **ändern wir unseren Antrag** und fordern anstelle der Kürzung von 65'000 Franken eine Kürzung von 35'000 Franken, was gemäss Auskunft des Sozialdienstes ein verträgliches Mass darstellt. Schliesslich geht es hier darum, ein positives Budget zu erreichen, also zählt jeder Franken. Ich bitte Sie, dem abgeänderten Antrag zuzustimmen.

Abgeänderter Antrag BDP/CVP:

24.	S. 257 Sozialamt (310400)	BDP/CVP	Kürzung der Nettokosten um 35‘000.00 auf 94‘455‘356.98 Franken zulasten P310420 Beratung, Betreuung und Unterstützung von bedürftigen Personen

Beschluss
Der Stadtrat stimmt dem abgeänderten Antrag 24 zu (36 Ja, 34 Nein). *Abst.Nr. 052*

27.	S. 279 Schulamt (320100)	SBK	Erhöhung der Nettokosten um 24‘000.00 auf 82‘759‘097.60 Franken zugunsten von P320120 Besondere Angebote für Integration und Chancengleichheit

Beschluss
Der Stadtrat stimmt dem Antrag 25 zu (49 Ja, 19 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.Nr. 053*

25a.	S. 279 Schulamt (320100)	SVP	Kürzung der Nettokosten um 35‘000.00 auf 82‘700‘097.60 Franken zulasten P320130 Kulturvermittlung und -pädagogik[27]

Direktorin BSS *Franziska Teuscher*: Die Kulturvermittlung in der Stadt Bern blickt auf eine 26-jährige Erfolgsgeschichte zurück. Ich würde es sehr bedauern, wenn im Rahmen der aktuellen Spardebatte ein Schlussstrich darunter gezogen würde. Die Kulturvermittlung ist ein Angebot, das es den Schulen erlaubt, mit den Schülerinnen und Schülern Kunstprojekte umzusetzen, sei es im Bereich des Theaters, des Tanzes oder der Musik. Die Kulturvermittlung ist ein sehr wichtiges Instrument, um ausserhalb der schulischen Fächer gemeinsame Tätigkeiten zu realisieren. Hier steht das Miteinander im Vordergrund, ausserdem lernen die Kinder, sich durchzusetzen. Bei den Kulturprojekten werden die Selbst- und Sozialkompetenzen gefördert. Es trifft nicht zu, dass die zur Verfügung stehenden Mittel nicht aufgebraucht werden, wie die SVP in ihrem Antrag schreibt. Diese Mittel werden immer vollumfänglich ausgeschöpft. Es handelt sich um sehr gut investierte Gelder. Bitte brechen Sie diese langjährige Erfolgsgeschichte nicht ab.

[27] Es macht keinen Sinn, zu hohe Beträge zu sprechen, wenn sie nicht voll ausgenutzt werden.

Beschluss
Der Stadtrat lehnt den Antrag 25a ab (20 Ja, 52 Nein). *Abst.Nr. 054*

28.	S. 291 Schulamt (320200)	GB/JA!	Erhöhung der Nettokosten um 20‘000.00 auf 3‘025‘565.52 Franken zugunsten P320220 Aufgabenhilfe

Cristina Anliker-Mansour (GB): Wie viel Erfolg ein Kind in der Schule und damit meist auch im Berufsleben hat, hängt stark von seiner sozialen Herkunft und der Bildung seiner Eltern ab. Diese Feststellung ist durch unzählige Forschungsstudien belegt. Die Aufgabenhilfe unterstützt die Kinder beim Lösen der Hausaufgaben und beim selbständigen Arbeiten ausserhalb der Unterrichtszeit. Die Aufgabenhilfe hilft mit, fremdsprachigen Kindern den Zugang zur deutschen Sprache zu erleichtern und dadurch ihre Integration umfassend zu garantieren. Ein Antrag zur Erhöhung der Aufgabenhilfe wurde vor zwei Jahren von der SVP gestellt, was uns damals überraschte. Gleichzeitig freuten wir uns darüber, dass sich die SVP für mehr Chancengleichheit in der Bildung einsetzte. Der Antrag der SVP kam mit grosser Zustimmung durch. Dass der jetzige Betrag ausreichend sei, halten wir für ein Scheinargument. Wir befürchten, dass das Angebot trotz gegebener Nachfrage nicht ausgebaut werden kann, wenn der Verein nicht über mehr Mittel verfügt. Aus diesem Grund bitten wir um Ihre Zustimmung zu diesem Antrag.

Roland Jakob (SVP): In meiner Funktion als SBK-Präsident erinnere ich daran, dass dieser Antrag schon in der SBK vorgebracht wurde. Nach eingehender Diskussion lehnte die SBK den Antrag mit 2 Ja- gegen 7 Nein-Stimmen, bei 2 Enthaltungen, klar ab. Ich bitte Sie, der Entscheidung der SBK zu folgen, indem Sie diesen Antrag ablehnen.

Beschluss
Der Stadtrat stimmt dem Antrag 26 zu (43 Ja, 27 Nein). *Abst.Nr. 055*

29.	S. 294 Schulamt (320200)	SBK	Streichung der Kennzahl 10) Zufriedenheit der Eltern bezüglich der Tagesschule

Stefan Jordi (SP): Unsere Fraktion bestreitet die Streichung dieser Kennzahl aus folgenden Gründen: 1. Da die Stadt die Zufriedenheit der Eltern sowieso misst, wie in den Bemerkungen ausgeführt wird, macht eine Streichung keinen Sinn. 2. Die Messung von Kennzahlen zur Zufriedenheit von Kundinnen und Kunden gehört zumindest der Theorie nach zum Sinn und Zweck eines nach den Regeln des New Public Managements (NPM) erstellten Budgets. Eine sporadische Befragung der Eltern zur Zufriedenheit bezüglich der Tagesschulen – ein Angebot, für das sie bezahlen – ist im Rahmen eines NPM- respektive Produktegruppenbudgets durchaus angebracht. Wir bitten Sie, von der Streichung dieser Kennzahl abzusehen, damit die Entwicklung über einen gewissen Zeitraum anhand dieses Wertes verfolgt werden kann.

Beschluss
Der Stadtrat lehnt den Antrag 27 ab (34 Ja, 37 Nein). *Abst.Nr. 056*

30.	S. 297 Schulamt	GB/JA!	Erhöhung der Nettokosten um 95‘000.00 auf 6‘437‘618.00 Franken zugunsten von

	(320300)		P320350 Volkshochschule
31.	S. 297 Schulamt (320300)	SBK	Erhöhung der Nettokosten um 47‘500.00 auf 6‘390‘118.00 Franken zugunsten von P320350 Volkshochschule

Cristina Anliker-Mansour (GB): Die Volkshochschule (VHS) ist eine als Verein organisierte Non-Profit-Unternehmung. Die Angebote der VHS wenden sich an eine breite Öffentlichkeit sowie an Organisationen und Firmen. Die VHS steht für eine Bildung ein, die möglichst breiten Bevölkerungskreisen aus der Stadt und Region Bern zugänglich ist. Fehlende Bildung ist eines der grössten Armutsrisiken in der Schweiz. Noch immer entscheiden soziale Herkunft und finanzielle Ressourcen darüber, wer in der Schweiz welches Bildungsniveau erreicht. Die Kulturlegi ermöglicht es sozial benachteiligten Menschen, von vergünstigten Weiterbildungsangeboten zu profitieren. Die VHS ist aufgrund ihrer Grösse eine wichtige Angebotspartnerin der Kulturlegi. Im Durchschnitt gewährt sie Jahr für Jahr Rabatte von 70'000 Franken. Es sind rund 350 regelmässige Kursteilnehmende, die wegen der Kursbesuche an der VHS die Kulturlegi regelmässig erneuern. Die Streichung des Beitrages an die VHS Bern hätte auch eine Signalwirkung für die anderen Gemeinden, die Beiträge bezahlen. Die VHS müsste mit zusätzlichen Einbussen von 130'000 Franken von Seiten der anderen Gemeinden rechnen. Die Sparmassnahme der Stadt Bern gefährdet eine effiziente und kostenbewusste Institution, die qualitativ hochstehende und niederschwellige Bildung anbietet. Wir bitten Sie, dem Antrag zuzustimmen.

SBK-Präsident *Roland Jakob* (SVP): Im Namen der SBK weise ich darauf hin, dass die Kommission einen Kompromissantrag zum Antrag der GB/JA! unterbreitet, laut dem anstelle einer Erhöhung von 95'000 Franken eine Erhöhung von 47'500 Franken beantragt wird. Die SBK ist dem Kompromissantrag mit 9 Ja- zu 2 Nein-Stimmen gefolgt. Bitte stimmen Sie dem Kommissionsantrag zu.

Beschluss

1. Der Antrag 28 unterliegt in der Gegenüberstellung dem Antrag 29 mit Stichentscheid des Präsidenten (35 Ja, 36 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.Nr. 058*
2. Der Antrag 29 obsiegt in der Gegenüberstellung dem Antrag des Gemeinderats (52 Ja, 16 Nein). *Abst.Nr. 059*

BSS: Jugendamt

29a.	S. 304 Jugendamt (330100)	SVP	**Antrag in Verbindung mit Nr.14:** Erhöhung der Nettokosten um 50‘000.00 auf 7‘316‘342.91 Franken zugunsten P330110 Freizeit- und Ferienprojekte[28]

Roland Jakob (SVP): Der Antrag 29a wurde inzwischen obsolet, weil er an einen anderen Antrag gekoppelt war. Daher stelle ich den wie folgt abgeänderten **Antrag**: Erhöhung um 20'000 Franken zugunsten des Produktes P330110 Freizeit- und Ferienprojekte. Der Betrag geht an die Bümplizer Chilbi und dient der Gebührenentschädigung. Mit diesem Betrag sollen die Gebühren, die der Bümplizer Chilbi ansonsten auferlegt würden, beglichen werden. Bitte unterstützen Sie unseren neuen Antrag.

[28] Umlagerung der Kosten für die Durchführung von autofreien Sonntagen.

Abgeänderter Antrag SVP

S. 304 Jugendamt (330100)	SVP	Erhöhung der Nettokosten um 20‘000.00 auf 7‘686‘342.91 Franken zugunsten P330110 Freizeit- und Ferienprojekte, gebunden an den Zweck einer Gebührenbefreiung der Bümplizer Chilbi

Stéphanie Penher (GB): Ich denke, der neue Antrag der SVP ist bei diesem Posten nicht zulässig. Die Gebührenerhebung, die zuerst bei der TVS angesiedelt war, wurde später zur SUE verschoben. Ich sehe nicht ein, wieso ein an die Gebührenerhebung gebundener Betrag im Budget der BSS festgehalten werden soll. Dieser Antrag betrifft das Budget der SUE.

Roland Jakob (SVP): Grundsätzlich haben wir den Antrag gestellt, darum kann der Stadtrat auch darüber befinden. Die notwendigen Abklärungen betreffend die Verortung der Bümplizer Chilbi im Budget hatten wir bereits im letzten Jahr vorgenommen. Seitens der Verwaltung wurde uns damals das Produkt 330110 angegeben. Ich denke, wir sind auf dem richtigen Weg, daher halte ich an der Durchführung der Abstimmung fest. Sollte der entsprechende Betrag doch unter einen anderen Posten fallen, kann er immer noch verschoben werden.

Martin Schneider (BDP): Wenn dieser Betrag in eine andere Direktion verschoben werden muss, kann bei der Gelegenheit auch untersucht werden, warum die SUE und nicht die PRD für die Museumsnacht aufkommen muss.

Direktor FPI *Alexandre Schmidt*: Ich stelle den **Ordnungsantrag**, die Abstimmung zu diesem Antrag zu verschieben. Wir werden nachschlagen, an welche Stelle der Antrag gehört. Des Weiteren bitte ich Sie, unsere Direktion in die Vorbereitungen einzubeziehen. Die heutige Budgetdebatte wurde von uns gemeinsam mit dem Ratssekretariat vorbereitet. Wenn wir jedoch im Verlauf der Debatte mündlich vorgebrachte Anträge nicht kennen, ist es schwierig, den richtigen Ort ad hoc zu bestimmen. Es trifft zu, dass im Falle von Gebührenbefreiungen das Budget der SUE und nicht das Budget der BSS betroffen ist.

Roland Jakob (SVP): Wenn man den Platz beansprucht, um die Wohnwagen für die Bümplizer Chilbi aufzustellen, ist die Direktion BSS dafür zuständig. Ich beharre darauf, dass sich dieser Antrag hier an der richtigen Stelle befindet.

Direktorin BSS *Franziska Teuscher*: Zu Anträgen, die ich nicht kenne, kann ich nicht Stellung nehmen. Im konkreten Fall wurden der Bümplizer Chilbi letztes Jahr die Gebühren im Rahmen der Entgeltverordnung im Sinne einer Geste erlassen.

Der *Vorsitzende*: Grundsätzlich verhält es sich so, dass man jederzeit Anträge stellen kann. Wir werden über den Ordnungsantrag des Finanzdirektors abstimmen. Sobald die Sache in der Verwaltung konsolidiert ist, kann der Antrag zu einem späteren Zeitpunkt zur Abstimmung gebracht werden.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Ordnungsantrag auf Verschiebung der Abstimmung zum abgeänderten Antrag 29a zu (66 Ja, 3 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 060*

32.	S. 304 Jugendamt (330100)	GB/JA!	Erhöhung der Nettokosten um 10‘748.80 auf 7‘277‘091.71 Franken[29]

Lea Bill (JA!) für die Fraktion GB/JA!: Meine Argumentation gilt für unsere Anträge 30, 31 und 33: Wie beim KI geht es auch hier um eine lineare Kürzung von zwei Prozent, die den Verein Gaskessel, das Projekt Westwind sowie den Dachverband für offene Arbeit mit Kindern in der Stadt Bern (DOK) und den Trägerverein für die offene Jugendarbeit der Stadt Bern (TOJ) betrifft. Im Rahmen dieser Projekte wird sehr viel ehrenamtliche Arbeit geleistet. Eine Kürzung von zwei Prozent schmälert nicht nur die finanziellen Gegebenheiten im Konkreten, sondern auch das Engagement im Allgemeinen, indem die ehrenamtlichen Tätigkeiten dadurch erschwert werden. Die Durchführung pauschaler linearer Kürzungen macht keinen Sinn, schon gar nicht für die Dauer eines Jahres. Wenn man Kürzungen umsetzen will, muss man ehrlicherweise auch bestimmen, welche Stellen und Leistungen gekürzt werden, anstatt überall ein bisschen wegzustreichen. Der TOJ musste vor wenigen Jahren bereits eine Kürzung in Kauf nehmen. Wenn nun eine weitere Kürzung folgt, belaufen sich die Streichungen auf vier Prozent. Das können wir nicht akzeptieren. Zu den Anträgen der SP-Fraktion: Wir werden diese Anträge ablehnen, weil wir gegen einmalige lineare Kürzungen sind, selbst wenn nur ein Prozent anstelle von zwei Prozenten gekürzt werden soll. Die Anträge der SP enthalten eine prinzipielle Zustimmung zu einmaligen linearen Kürzungen.

Manuel C. Widmer (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Dies ist eines der klassischen Beispiele, an denen sich die Schwierigkeit von Budgetdebatten zeigt: An sich wäre es für mich, der ich als politischer Befürworter des Gaskessels bekannt bin, einfach, hier ans Mikrofon zu treten und für eine Erhöhung zu plädieren. Das tue ich jedoch nicht, weil ich der Meinung bin, dass wir unseren Sparwillen in allen Bereichen beweisen sollten, zumal wir uns in einer schwierigen Situation befinden. In einem Jahr über 8'000 Franken weniger zu verfügen, wird den Gaskessel brutal treffen, für die anderen Organisationen kann ich nicht sprechen. Trotzdem danke ich dafür, dass die restliche Finanzierung des Gaskessels gesichert ist, nämlich die 400'000 Franken, die den wesentlichen Anteil ausmachen.

Beschluss
Der Stadtrat lehnt den Antrag 30 ab (33 Ja, 37 Nein). *Abst.Nr. 061*

33.	S. 304 Jugendamt (330100)	GB/JA!	Erhöhung der Nettokosten um 36‘400.00 auf 7‘302‘742.91 Franken zugunsten P330120 Offene Arbeit mit Kindern[30]
34.	S. 304 Jugendamt (330100)	SP	Erhöhung der Nettokosten um 18‘200.00 auf 7‘284‘542.91 Franken zugunsten P330120 Offene Arbeit mit Kindern[31]

[29] Verzicht auf die Kürzung von je zwei Prozent bei den Leistungsabgeltungen für den Verein Gaskessel und Westwind.
[30] Verzicht auf Reduktion der Leistungsabgeltung DOK um zwei Prozent.
[31] Die heutigen Kinder und Jugendlichen sind die Zukunft der Stadt Bern. Zusammen mit der Budgetkürzung um zwei Prozent beabsichtigt der Gemeinderat die Grossanlässe des DOK aus dem Leistungsvertrag zu nehmen. Damit würden in der Stadt Bern die Kinderfasnacht, der Gieletag, der Moditag und die Berner Renntage (Seifenkistenrennen am Klösterlistutz) verloren gehen. Diese Grossanlässe werden mit unzähligen Freiwilligenstunden durchgeführt und haben zum Teil seit Jahrzehnten ihren festen Platz im Berner Veranstaltungskalender für Familien. Ohne die Beiträge des DOK an die

Benno Frauchiger (SP) für die SP-Fraktion: Im Sinne der Transparenz lege ich vorab meine Interessenbindung offen: Ich bin Vorstandsmitglied des DOK. Der Gemeinderat will mittels Pauschalkürzungen von zwei Prozent bei allen sozialen Institutionen sparen. In Anbetracht des Budgetdrucks haben wir dafür Verständnis, auch teilen wir die Meinung, sämtliche Bereiche sollten nach Möglichkeit zu einem ausgeglichenen Budget beitragen. Wir bitten jedoch darum, Augenmass zu bewahren und bei zentralen Institutionen, die das Leben in der Stadt Bern überhaupt erst lebenswert machen, nicht ohne Bedacht zu sparen. Man muss vielmehr genau bedenken, was verloren geht. Es ist kein Zufall, dass immer mehr Familien aus der Stadt Bern wegziehen, zumal es an passendem Wohnraum und einem familiengerechten Umfeld fehlt und die Angebote für Kinder und Jugendliche nur ungenügend ausgebaut sind. Die Kinder und Jugendlichen sind die Zukunft der Stadt Bern. Investitionen für Kinder und Jugendliche sind Investitionen in die Zukunft. Die Kürzungen beim DOK bedeuten konkret, dass sämtliche Grossanlässe wie der Moditag oder der Gieletag nicht mehr durchgeführt werden können. Der DOK weist ein Defizit von 30'000 Franken aus, für die Grossanlässe wären rund 18'000 Franken zu budgetieren. Der Berner Renntag mit dem Seifenkistenrennen am Klösterlistutz schaut auf eine 25-jährige Tradition zurück und hat im Veranstaltungskalender vieler Familien einen festen Platz. Wenn wir wollen, dass unsere Kinder nicht nur in einer virtuellen Konsumwelt vor dem Bildschirm aufwachsen, sondern die Möglichkeit haben, zu lernen und die reale Welt durch kreatives Schaffen mitzugestalten, dann braucht es die Angebote der offenen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen immer mehr. Es braucht Veranstaltungen wie die Berner Renntage, auf die die Kinder zielgerichtet und mit Freude hinarbeiten können, für die sie mit Säge, Schraubenzieher und Hammer arbeiten, um sich mit ihrem Werk anschliessend im Wettbewerb mit anderen Kindern zu messen. Sparen ja, aber lassen Sie uns bitte nicht die leuchtenden Kinderaugen der Seifenkistenpilotinnen und -piloten wegsparen. Auch hier gilt folgender Grundsatz: Wenn wir bei Strukturen sparen, bei denen Leute sich freiwillig und unentgeltlich engagieren, sparen wir nur wenig, verlieren dabei aber umso mehr.

Michael Köpfli (GLP) für die GLP-Fraktion: Nachdem wir bereits verschiedene Erhöhungsanträge angenommen haben, befinden wir uns deutlich in einem Defizit, während die Diskussion über die Gemeinwesenarbeit noch bevorsteht. Wir sind uns wohl alle darin einig, dass die Stadt bei der Gemeinwesenarbeit einen gewissen Anteil übernehmen muss, wodurch das Defizit noch ansteigen wird. So sympathisch die Anlässe für Kinder und Jugendliche auch sein mögen und obwohl ich Verständnis für ihren Antrag habe – seitens der SP ist kein einziger Sparantrag in Sicht. Wenn wir alle Erhöhungen annehmen, geraten wir immer tiefer in die roten Zahlen. Ein grosser Sparantrag der GLP steht noch an, nämlich eine Kürzung von 1,8 Mio. Franken beim Strassenbau. Ich frage die SP, ob sie bereit ist, dort wenigstens 300'000 bis 400‘000 Franken einzusparen, damit wir den Ausbau im Sozialbereich kompensieren können. Falls Ja, werden wir ihr entgegenkommen und diese Anträge unterstützen. Falls nicht, sind wir nicht dazu bereit, weil diese Erhöhungen allesamt tiefer ins Defizit führen.

Beschluss

1. Der Antrag 31 unterliegt in der Gegenüberstellung dem Antrag 32 (13 Ja, 58 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 062*
2. Der Antrag 32 unterliegt in der Gegenüberstellung dem Antrag des Gemeinderats (34 Ja, 37 Nein). *Abst.Nr. 063*

Organisation dieser Grossanlässe kann deren Durchführung nicht mehr gewährleistet werden, deshalb soll die Abgeltung lediglich um ein Prozent reduziert werden.

35.	S. 304 Jugendamt (330100)	GB/JA!	Erhöhung der Nettokosten um 36‘034.00 auf 7‘302‘376.91 Franken zugunsten P330140 Offene Jugendarbeit[32]
36.	S. 304 Jugendamt (330100)	SP	Erhöhung der Nettokosten um 18‘017.00 auf 7‘284‘359.91 Franken zugunsten P330140 Offene Jugendarbeit[33]

Beschluss

1. Der Antrag 33 unterliegt in der Gegenüberstellung dem Antrag 34 (13 Ja, 58 Nein, 3 Enthaltungen). *Abst.Nr. 064*
2. Der Antrag 34 unterliegt in der Gegenüberstellung dem Antrag des Gemeinderats (35 Ja, 39 Nein). *Abst.Nr. 065*

37.	S. 304 Jugendamt (330100)	Finanzdelegation	Erhöhung der Nettokosten um 1‘700‘000.00 auf 8‘966‘342.91 Franken zugunsten P330160 Gemeinwesenarbeit und Fachstellen
35a.	S. 304 Jugendamt (330100)	PdA	Erhöhung der Nettokosten um 1‘772‘310.00 auf 9‘038‘652.91 Franken zugunsten P330160 Gemeinwesenarbeit und Fachstellen[34]
35b.	S. 304 Jugendamt (330100)	GFL/EVP, SP	Erhöhung der Nettokosten um 1‘460‘000.00 auf 8‘726‘342.91 Franken zugunsten P330160 Gemeinwesenarbeit und Fachstellen[35]
35c.	S. 304 Jugendamt (330100)	BDP/CVP	Erhöhung der Nettokosten um 1‘220‘000.00 auf 8‘486‘342.91 Franken zugunsten P330160 Gemeinwesenarbeit und Fachstellen[36]
38.	S. 304 Jugendamt	GFL/EVP	Antrag zurückgezogen.
22b.	S. 232 Direktionsstabsdienste (300300)	FDP	**Antrag in Verbindung mit Nr.24a und Nr.36a:** Kürzung der Bruttokosten um 920‘000.00 auf 51‘477‘000.00 Franken und Reduktion des Erlöses um 2‘760‘000.00 auf 128‘876‘876.00 zulasten P300315 Lastenausgleich Sozialhilfe[37]
24a.	S. 257 Sozialamt (310400)	FDP	**Antrag in Verbindung mit Nr.22b und Nr.36a:** Kürzung der Nettokosten um 2‘760‘000.00 auf

[32] Verzicht auf Reduktion der Leistungsabgeltung TOJ um zwei Prozent.

[33] Die heutigen Kinder und Jugendlichen sind die Zukunft der Stadt Bern. Eine Kürzung um zwei Prozent in der Jugendarbeit wird aller Voraussicht nach zu einem Personalabbau in der offenen Jugendarbeit führen und damit zu einem weiteren Abbau der städtischen Angebote für Jugendliche. In Zeiten zunehmender Jugendarbeitslosigkeit sind Kürzungen in der Jugendarbeit unangebracht.

[34] Die durch den Kanton geschlagene Finanzierungslücke muss vollumfänglich kompensiert werden, um die sozial nachhaltige Gemeinwesenarbeit auf bisherigem Niveau garantieren zu können.

[35] Als Basis für die Budgetierung soll die vom Gemeinderat erarbeitete Sparvariante mit 550'000 dienen. Zudem soll insbesondere der Erhalt der Freizeitwerkstatt Tscharnergut und der aufsuchenden Quartierarbeit ermöglicht werden.

[36] Dieser Antrag entspricht der Sparvariante 550‘000 des Gemeinderats.

[37] Umlagerung von Budgetmitteln zugunsten der Gemeinwesenarbeit (siehe Begründung zu Antrag Nr. 36a)

			91‘730‘356’98 Franken zulasten P310420 Beratung, Betreuung und Unterstützung von bedürftigen Personen[38]
36a.	S. 304 Jugendamt (330100)	FDP	**Antrag in Verbindung mit Nr.22b und Nr.24a:** Erhöhung der Nettokosten um 920‘000.00 auf 8‘186‘342.91 Franken zugunsten P330160 Gemeinwesenarbeit und Fachstellen[39]

FD-Referent *Michael Köpfli* (GLP): Die FD beantragt dem Stadtrat, dass die Stadt den ganzen Betrag von 1,7 Mio. Franken, der aufgrund der kantonalen Einsparungen wegfällt, übernehmen soll. Die Gemeinwesenarbeit soll vollumfänglich von der Stadt übernommen werden. Diesen Beschluss fällte die FD mit 4 Ja- zu 2 Nein-Stimmen.

Rolf Zbinden (PdA): Bei der Gemeinwesenarbeit darf keinesfalls gefeilscht werden, denn hier geht es nicht darum, ob es ein bisschen mehr oder ein bisschen weniger sein darf. Bitte veranstalten Sie mit der Gemeinwesenarbeit keinen Basar. Die PdA Bern fordert die volle Kompensation der wegfallenden Kantonsbeiträge durch die Stadt. Es liegen keine sachlichen Gründe vor, die dagegen sprechen, im Sinne, dass man im Bereich der Gemeinwesenarbeit mit weniger Mitteln auskommen könnte. Ausserdem sind alle dagegen ins Feld geführten Argumente sachfremd, willkürlich und an den Haaren herbeigezogen. Mit jeder Einschränkung öffnen wir Tür und Tor für weitere Angriffe in den kommenden Jahren. Wir dürfen diesbezüglich nicht naiv sein, denn bestimmte Kreise warten nur darauf, dass sie den kleinen Finger zu packen bekommen. Die PdA Bern steht voll und ganz hinter der Gemeinwesenarbeit. Es liegt nun an Ihnen, Ihre Wertschätzung gegenüber der wertvollen Arbeit, die da geleistet wird, zu beweisen, indem Sie unserem transparenten Antrag zustimmen.

Tania Espinoza Haller (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Auf die interfraktionelle Motion der GFL/EVP, GLP und BDP/CVP legte der Gemeinderat einen Bericht mit drei möglichen Varianten in Form verschiedener Sparszenarien vor. Aus unserer Sicht geht es darum, dass wir Verantwortung in zwei Bereichen wahrnehmen müssen: Einerseits müssen wir auf das Budget achten. Die finanziellen Mittel der Stadt sind knapp. Der Ausfall der kantonalen Unterstützung macht uns schwer zu schaffen, diesen Umstand können wir nicht ignorieren. Wir müssen in

[38] Umlagerung von Budgetmitteln zugunsten der Gemeinwesenarbeit (siehe Begründung zu Antrag Nr. 36a)

[39] Der Gemeinderat legt dem Stadtrat einen Budgetentwurf 2014 mit Einsparungen von 1.8 Mio. Franken bei der Gemeinwesenarbeit vor. Dies ist seine Konsequenz aus dem Rückzug des Kantons Bern bei der Finanzierung der Integrationsangebote. FDP.die Liberalen Stadt Bern sind nach wie vor enttäuscht vom Entscheid der Kantonsregierung, den Stadtberner Institutionen diese Mittel so undifferenziert und kurzfristig zu entziehen. Damit die Stadt und ihre Quartierorganisationen sich der neuen Situation geordnet anpassen können, hätten wir uns eine klarere Strategie und einen langfristigen Plan gewünscht. Es ist leider anders gekommen. Die nun vom Gemeinderat vorgeschlagene Kürzung des Budgets um rund 50% oder 1,8 Mio. Franken wird jedoch zu schmerzhaften Verlusten in der Quartierarbeit führen. Aus Angst davor haben die linken Parteien in der Finanzdelegation diese Sparmassnahme kurzerhand rückgängig gemacht, ohne jedoch darzulegen, wo die Mittel sonst eingespart werden sollen. Offenbar möchten diese Kreise lieber die Steuern erhöhen, als Sparlösungen erarbeiten. FDP.die Liberalen Stadt Bern machen in dieser verzwickten Situation einen Kompromissvorschlag zuhanden des Parlaments: Die durch den Grossen Rat am Donnerstag beschlossenen Sparmassnahmen im Sozialhilfebereich werden auch das Budget der Stadt Bern entlasten. Unseren Berechnungen zu Folge sollte damit das Globalbudget der städtischen Sozialhilfe (Nettokosten von 98 Millionen Franken) um mindestens eine Million entlastet werden. Die Freisinnigen wollen die so eingesparten Mittel budgetneutral für die Gemeinwesenarbeit einsetzen und beantragen, anstelle der «Sparvariante Fr. 1,8 Millionen» die «Sparvariante Fr. 850‘000.-» umzusetzen und die entsprechende Summe budgetneutral von der Sozialhilfe in die Gemeinwesenarbeit zu verschieben.

den sauren Apfel beissen, dabei geht es darum, dass möglichst alle einen kleinen Bissen davon nehmen müssen, weil niemand den ganzen Apfel schlucken kann. Andererseits geht es darum, das richtige Mass zu finden. Wir haben zur vbg Kontakt aufgenommen, um uns über die Konsequenzen weiterer Kürzungen zu informieren. Wie sich zeigt, würden die Freizeitwerkstatt Tscharnergut und die aufsuchende Quartierarbeit stark leiden. Wir müssen uns die Frage stellen, ob wir tatsächlich die Attestlehrlinge abstrafen wollen, indem wir ihnen die Möglichkeiten, eine Lehre zu absolvieren, entziehen. Sind Einsparungen von 109'000 Franken für die Lohnkosten der Leute, die auf einen grossen Bedarf im Quartier pragmatisch reagieren, das wert? Wollen wir die Sparschraube wirklich dermassen stark anziehen, obwohl wir wissen, dass die Integration von Jugendlichen im Westen von Bern ein sehr wichtiges Thema ist und andere Projekte teurer sind? Wir haben uns von der Qualität der geleisteten Arbeit vor Ort überzeugen können und kommen zum Schluss, dass wir dieses Angebot nicht einsparen wollen. Wir werden in den sauren Apfel beissen, aber wir wollen nicht mehr Bisse nehmen, als verträglich sind. Wir müssen einen Sparauftrag wahrnehmen, tragen jedoch gleichzeitig auch eine soziale Verantwortung. Wir haben nach Kompromissen gesucht und sind mit den anderen Fraktionen in Verhandlungen getreten, auch mit der SP-Fraktion, die eigentlich weniger sparen möchte als wir, und können Ihnen nun einen gemeinsamen Antrag GFL/EVP und SP vorlegen. Ich bin überzeugt, dass dieser Antrag den sinnvollsten Kompromiss zwischen den Forderungen, unbedingt sparen zu müssen und die wertvolle Arbeit des vbg unbedingt weiterhin zu unterstützen, darstellt. Unsere Aufgabe besteht darin, wirtschaftliche und soziale Kriterien miteinander zu verbinden. In dieser Hinsicht ist unsere Variante gelungen.

Benno Frauchiger (SP) für die SP-Fraktion: In der Antwort zur interfraktionellen Motion „Neuausrichtung statt Kahlschlag bei der Gemeinwesenarbeit“ schreibt der Gemeinderat folgendes: „Weiter sind solche Ertragsausfälle aus dem Lastenausgleich grundsätzlich über die Globalbudgets zu kompensieren, wie dies auch in dem als Postulat überwiesenen Vorstoss der Fraktion SP: Zurück zur Sachpolitik in der Budgetdiskussion um die Gemeinwesenarbeit gefordert wird.“ Der Gemeinderat trifft diese Aussage zwar, macht aber genau das Gegenteil, indem er den gesamten Ertragsausfall aus dem Lastenausgleich zulasten der vbg kompensieren will. Vielleicht wird der Gemeinderat die Gründe für diese Vorgehensweise noch erläutern, bis anhin hat er sich um eine Erklärung gedrückt. Damit zwingt er uns, in der Budgetdebatte einen schmerzhaften Kompromiss einzugehen. Wir sind der Meinung, dass bei der Gemeinwesenarbeit am falschen Ort gespart würde. Im Falle, dass in diesem Bereich tatsächlich gespart werden muss, plädieren wir für ein vernünftiges Augenmass. Eine zweiprozentige Kürzung des Budgets, wie sie die FD mit dem Antrag von 1,7 Mio. Franken vorschlägt, erachten wir als angemessen. Wir müssen jedoch erkennen, dass der Antrag der FD, wegen der schwierigen Ausgangslage, die der Gemeinderat mit diesem Budget präsentiert, und aufgrund der durch die präsentierten Sparvarianten entstandenen Spareuphorie, bei der Durchsetzung im Rat auf Schwierigkeiten stossen wird. Weitaus mehr als die Hälfte des Sparpakets gemäss der Variante, die Einsparungen von 550'000 Franken vorsieht, basiert auf der Annahme, dass die Trägervereine der Quartierzentren den Ausfall der Mittel seitens der vbg auffangen können. Damit schiebt die vbg die Verantwortung und den Schwarzen Peter an die Trägervereine ab, nachdem ihr der Schwarze Peter von der Stadt untergeschoben worden ist. Bei den verschiedenen Sparvarianten zeigen weder vbg noch Gemeinderat auf, wie die Nettokosten effektiv gesenkt werden können und welche Leistungen dabei verloren gehen. Der Budgetdruck wird einfach auf die Trägervereine abgewälzt. Auch wenn diese Strategie des Aushungers vielleicht ein Jahr lang gut gehen kann, zumal die Trägervereine aus den Reserven schöpfen können, führen derartige Sparmassnahmen unweigerlich zu einem unkontrollierten Leistungsabbau. Ausserdem verlieren die Trägervereine durch die Ausschöpfung der Reserven ihre Handlungsfähigkeit und damit auch eine gewisse Unabhängigkeit und Selbstständigkeit.

Dadurch werden die engagierten Freiwilligen vergrault und deren Bereitschaft zur selbstlosen Mithilfe geht verloren. Der Antrag auf Erhöhung der Nettokosten um 1,46 Mio. Franken bedeutet immer noch Einsparungen von mehr als zehn Prozent in der Gemeinwesenarbeit. Wenn der Direktor SUE behauptet, es sei noch nie ein Leistungsvertrag um zehn Prozent gekürzt worden, dann hat er wahrscheinlich den Leistungsvertrag mit der vbg noch nie gesehen und keinen Einblick in die vom Gemeinderat ausgehandelten Resultate genommen. Unser Antrag stellt einen Kompromiss dar, über den wir wenig glücklich sind. Angesichts der angespannten Ausgangslage können wir jedoch dahinter stehen. Wir bedanken uns bei der GFL/EVP für die konstruktive Mithilfe beim Zustandekommen dieses Kompromisses. Wir zählen darauf, dass unser Antrag eine Mehrheit findet, denn dieser Antrag ermöglicht, dass wir die Freizeitwerkstatt Tscharnergut und die aufsuchende Quartierarbeit retten sowie Einsparungen beim Mütterzentrum verhindern können, ausserdem können wir die Belastung der Trägervereine reduzieren. Das bereits mehrfach erwähnte Prinzip gilt auch in der Gemeinwesenarbeit: Wenn wir bei den Strukturen sparen, wo viele Leute sich freiwillig und ehrenamtlich engagieren, sparen wir wenig, verlieren aber umso mehr. Wir danken Ihnen für die Annahme unseres Kompromissantrags.

Martin Schneider (BDP) für die Fraktion BDP/CVP: Wir befürworten Kompromisse, allerdings gilt dies nicht für die von GFL/EVP und SP hier vorgeschlagene Kompromisslösung. Wie Sie unserem Antrag entnehmen können, ist es möglich, 550'000 Franken einzusparen, dies wird von der vbg bestätigt. Ich danke der Verwaltung und dem Gemeinderat für die Ausführungen zu den verschiedenen Sparszenarien. Die interfraktionelle Motion gegen den Kahlschlag in der Gemeinwesenarbeit konnte heute Abend abgeschrieben werden. Nun lautet die Frage, wo wirklich gespart werden kann. Unseren Berechnungen zufolge ist der Erhalt der Freizeitwerkstätte Tscharnergut bei Einsparungen von 550'000 Franken möglich. Mit einem Budget von 70'000 oder 80'000 Franken kann die Freizeitwerkstatt weiterhin existieren. Man könnte die Hauswartung und Reinigung gemäss der Sparvariante von 850'000 Franken ausführen, ebenso kann die aufsuchende Quartierarbeit gemäss dieser Variante gestaltet werden. Im Bereich der Lernenden und der Praktikantinnen und Praktikanten ist eine Reduktion um 20'000 Franken durchaus gangbar. Dadurch verfügen wir über ausreichende Mittel, um die Freizeitwerkstätte und auch die Spysi zu erhalten. Entgegen den Aussagen von Benno Frauchiger wiederhole ich, dass die Spysi in den zwei Prozent enthalten ist. Wie gesagt, handelt es sich hierbei um eine Doppelspurigkeit. Wir haben uns sehr bemüht, einen Antrag auszuarbeiten, unter dem die Menschen möglichst wenig zu leiden haben. Die Spysi und die Freizeitwerkstätte können trotz der Kürzung von 550'000 Franken erhalten bleiben. Bitte stimmen Sie unserem Antrag zu.

Cristina Anliker-Mansour (GB) für die Fraktion GB/JA!: Betreffend die Streichung von 1,8 Mio. Franken in der Gemeinwesenarbeit hat unsere Fraktion von Anfang an eine klare Linie verfolgt: Wir haben uns vehement gegen diese Streichung gewehrt und stets den vollen Beitrag verteidigt. An unserer Haltung hat sich bis heute nichts geändert. Eine Streichung, egal in welcher Höhe sie ausfällt, bedeutet eine Reduktion der Angebote. Ebenso bedeutet sie auch eine Reduktion der geleisteten freiwilligen Arbeit, denn jede bezahlte Arbeitsstunde erzeugt eine unbezahlte Arbeitsstunde. Somit bedeutet beispielsweise eine Kürzung von 340'000 Franken, wie in Antrag 35b, de facto eine Kürzung von 680'000 Franken. Das können und wollen wir nicht verantworten. Wir präsentieren folgende Lösung: Ab 2014 wird die Stadt Mehreinnahmen von rund 2 Mio. Franken bei den Steuern verzeichnen können. Durch die Mehreinnahmen wird der Erhalt der Gemeinwesenarbeit für 2014 und die folgenden Jahre finanzierbar. Unsere Fraktion bittet Sie, den Antrag der PdA zu unterstützen.

Pascal Rub (FDP) für die FDP-Fraktion: In diesem Zusammenhang stellt die FDP drei Anträge, nämlich den Antrag 36a in Verbindung mit den Anträgen 22b und 24a. Ich werde kurz erklären, wieso wir diese Vorgehensweise wählen müssen: Die FDP ist über den Grossen Rat sehr enttäuscht. In diesem Saal wurden vor ungefähr einem Jahr in handstreichartiger Weise Sparmassnahmen getroffen, welche die Stadt direkt betreffen. Darüber sprechen wir heute. Der Grosse Rat traf diese Massnahmen ohne jegliche Vorwarnung und ohne ein überblickbares Konzept. Die Sache ist nun mal geschehen – der Grosse Rat hatte das Recht, so zu beschliessen, obwohl wir diesen Beschluss nicht gut finden. Über den Gemeinderat ist die FDP ebenso enttäuscht. Der Gemeinderat präsentiert uns ein Budget mit Einsparungen in der Gemeinwesenarbeit in der Höhe von 1,8 Mio. Franken. Wir wissen alle, dass der Gemeinderat in seiner aktuellen Zusammensetzung nie und nimmer 1,8 Mio. Franken in der Gemeinwesenarbeit einsparen will. Indem er uns unkommentiert drei Varianten unterbreitet, macht er sich die Sache allzu einfach, darin gebe ich der PdA recht. Diese Vorgehensweise ist schlicht nicht ehrlich. Ausserdem ist die FDP auch über die FD enttäuscht. Die FD wurde mit der Absicht gegründet, als „Chambre de Réflexion“ und als Instanz, die über das Budget wacht, zu agieren. Die FD wurde jedoch für parteipolitische Interessen missbraucht. Dazu die folgende Erklärung: Der von Michael Köpfli präsentierte Antrag der FD auf zusätzliche Ausgaben in der Höhe von 1,7 Mio. Franken war weder traktandiert noch angekündigt, sondern wurde im Verlauf der Sitzung spontan gestellt. Grundsätzlich hat jedermann das Recht, Anträge zu stellen. Es geht jedoch nicht an, einen solchen Antrag in der FD zu stellen, ohne dass gleichzeitig aufgezeigt wird, wie man dem Stadtrat trotzdem ein ausgeglichenes Budget präsentieren kann. Eine solche Vorgehensweise ist unseriös und steht der Aufgabe einer Reflexionsinstanz entgegen. Aber möglicherweise hatte man gar nicht das Ziel, seriös zu sein. Dadurch, dass Partei- und Klientelinteressen in die FD eingebracht worden sind, erscheint die Glaubwürdigkeit dieser Kommission zerstört. Deswegen stellt die FDP drei Anträge, die aufzeigen, wie man die Gemeinwesenarbeit schonen und trotzdem ein ausgeglichenes Budget präsentieren kann. Wir wollen aufzeigen, wie die Dinge eigentlich laufen sollten: Damit die Gemeinwesenarbeit weiterhin handlungsfähig bleibt, braucht sie, laut eigenen Angaben, mindestens 920'000 Franken mehr, als im Budget enthalten sind. Die FDP ist gewillt, diesen Betrag zu sprechen. Anders als die FD haben wir jedoch nach Möglichkeiten gesucht, um diese Erhöhung zu kompensieren. Letzte Woche spielte uns der Grosse Rat, der uns die ganzen Probleme eingebrockt hatte, diesbezüglich einen Steilpass zu, indem er die Motion von Ueli Studer, die Kürzungen bei der Sozialhilfe und weitere Sparanstrengungen verlangt, überwies. Ob man das gut findet oder nicht, muss hier nicht diskutiert werden, weil es nicht unsere Sache ist. Fest steht jedoch, dass die Stadt Bern dadurch spart. Heute kann niemand genau sagen, wann wie viel Geld effektiv eingespart werden kann. Es gibt Stimmen, die von Ersparnissen von bis zu 9 Mio. Franken sprechen. Eine Entlastung wird bereits im Jahr 2014 zu verzeichnen sein. Wir haben vorsichtigerweise 2,7 Mio. Franken eingesetzt. Da dieser Betrag lastenausgleichsberechtigt ist, bleiben netto 920'000 Franken in unserer Kasse. Wir wissen, dass unser Plan nicht der Weisheit letzter Schluss ist, auch ist er nicht komplett ausgegoren. Aber schliesslich hatten wir nur eine Woche Zeit, um den Job zu erledigen, den die FD nicht gemacht hat. Auch wenn wir nicht die perfekte Lösung präsentieren, bieten wir damit immerhin eine Lösung für ein ausgeglichenes Budget an. Deswegen bitten wir um Ihre Zustimmung.

Martin Schneider (BDP): Folgende Replik auf den von Rolf Zbinden kritisierten Basar. Es ist der Kanton, der den Basar veranstaltet. Wir wären naiv, alles auf unsere Kappe zu nehmen, denn dadurch bieten wir dem Kanton den kleinen Finger dar, danach wird man noch viel mehr auf uns schiessen.

Erich Hess (SVP): Ich kritisiere die FDP, die Einnahmen budgetieren will, obwohl die Auswirkungen des kantonalen Beschlusses noch gar nicht bekannt sind. Wir sollten keine Luftschlösser bauen, sondern uns mit den tatsächlichen Gegebenheiten befassen. Deswegen vertritt die SVP die Meinung, dass die Stadt nicht alle vom Kanton gestrichenen Massnahmen übernehmen soll. Es kann nicht sein, dass die Stadt für alle vom Kanton abgebauten Leistungen aufkommt, weil ihre Finanzen damit vollkommen aus dem Ruder laufen. Wir müssen uns vielmehr in allen Bereichen strukturell verschlanken, was wir bisher leider nicht geschafft haben, auch nicht im laufenden Budgetprozess. Eigentlich müssen wir bei der Stadtverwaltung und nicht bei der Gemeinwesenarbeit anfangen. Wir erkennen sehr viel Sparpotenzial bei der Stadtverwaltung, sind aber auch der Meinung, dass Einsparungen bei der Gemeinwesenarbeit möglich sind. Deswegen werden wir alle Erhöhungsanträge ablehnen. Auch im Bereich der Gemeinwesenarbeit sollte man sich die Frage stellen, wie engmaschig die Strukturen sein sollen. Wollen wir wirklich ein enges Netz erhalten, das nicht ausgelastet wird? Oder sollen wir nicht besser ein Netz aus Ansprechstellen schaffen, die zwar weiter voneinander entfernt, jedoch stärker ausgelastet sind? Aufgrund der angespannten Finanzsituation der Stadt Bern bitten wir Sie, alle Erhöhungsanträge abzulehnen.

Regula Tschanz (GB): Ich gehe auf den Antrag der FDP respektive auf die diesbezüglichen Erläuterungen von Pascal Rub ein: Im Grundsatz bin ich einverstanden, dass wir bei der Schwerpunktsetzung auf Verschiebungen, die auf kantonaler Ebene geschehen, Rücksicht nehmen müssen. Die Art und Weise, wie die FDP diese Überlegung begründet, ist jedoch falsch. Letzte Woche hat der Grossrat einer Motion zugestimmt, die aus zwei Elementen besteht: Zum einen wurde im Grossen Rat eine Teilrevision des Sozialhilfegesetzes gefordert. Dem folgt nun der übliche Prozess, das heisst, dass ein Gesetzesvorschlag erarbeitet wird, dem eine Vernehmlassung und die Beratung in einer Kommission folgen, danach geht der Entwurf in den Grossen Rat zurück. Das bedeutet, dass für das Jahr 2014 keinesfalls freie Mittel zu verteilen sind. Das zweite Element in dieser Motion betrifft den Lastenausgleich. Auch hier gilt, dass Massnahmen im Bereich des Lastenausgleichs erst nachträglich wirksam werden, daher ist für das Jahr 2014 nicht mit freien Mitteln zu rechnen. Wenn die FDP sich brüstet, einen Kompromissvorschlag vorzulegen und im Gegensatz zu den anderen Parteien, die keine Vorschläge einbringen, seriös gearbeitet zu haben, ist diese Behauptung eher als peinlich zu bezeichnen. Jedenfalls bietet die FDP ein ebenso unüberblickbares Konzept, wie Pascal Rub es dem Grossrat vorwirft. Wenn die FDP die Gemeinwesenarbeit ernsthaft unterstützen will, tut sie besser daran, einem der vorliegenden Anträge zuzustimmen oder sich zu überlegen, mit uns den Antrag der PdA anzunehmen, zumal wir einen Vorschlag machten, der im nächsten Jahr schon wirksam werden kann.

Michael Köpfli (GLP) für die GLP-Fraktion: Ich stimme Regula Tschanz zu – die Rechnung der FDP ist möglich, aber sie ist weitaus unsicherer als die zwei Millionen an zusätzlichen Steuereinnahmen, welche die GB/JA! in ihre Argumentation einbezieht. Die Wahrscheinlichkeit, dass dieses Szenario eintrifft, ist um einiges konkreter als die Idee der FDP. Wir haben bereits gesagt, dass wir den Antrag der GB/JA! aufgrund der Unsicherheit nicht annehmen können, also werden wir auch den Vorschlag der FDP bestimmt nicht akzeptieren. Zum Geschäft an sich: Dass es hier nicht um einen Basar geht, haben wir längst bewiesen, indem wir schon vor Monaten zusammen mit der GFL/EVP und der BDP/CVP eine Motion eingereicht haben. Für uns war schon im April klar, dass die vom Gemeinderat beantragte Vorgehensweise, die darin besteht, die gesamten Mittel bei der Gemeinwesenarbeit zu streichen und einen Kahlschlag vorzunehmen, nicht in Frage kommt. Deswegen haben wir den Gemeinderat beauftragt, verschiedene Varianten auszuarbeiten, über die wir in der Fraktion diskutiert haben. Wir sind bereit, der kleinen Sparvariante zuzustimmen und zwei Drittel der Mittel für die Gemein-

wesenarbeit zu sprechen. Zum Inhalt der eben geführten Diskussion: Vor wenigen Wochen wurde eine Motion unserer Fraktion behandelt, in der wir mehr Mitsprache für den Stadtrat in Bezug auf die Leistungsverträge einforderten. Leider wurde unsere Forderung abgelehnt. So bleibt die Sache eben sehr exekutivlastig. Es ist nicht möglich, hier kleine Beträge herumzuschieben, zumal dies nicht in die Kompetenz des Stadtrats, der ausschliesslich den Budgetrahmen sprechen kann, fällt. Wir sind dazu bereit, auf den ursprünglichen Antrag der GFL/EVP, den nun die BDP/CVP übernommen hat, einzugehen, und einer Erhöhung der Nettokosten um 1,2 Mio. Franken zuzustimmen. Wir tun dies im Wissen, dass das Defizit sich dadurch vergrössert, was wir bedauern. In der Fortsetzung dieser Debatte werden weitere Anträge der GLP folgen, die einen Budgetausgleich ermöglichen. Wir sind gespannt, ob der Stadtrat bereit ist, darauf einzugehen. Weil es für uns auf der Hand liegt, dass die Gemeinwesenarbeit nicht gestrichen werden kann, bitten wir Sie, der laut der Evaluation des Gemeinderats geringfügigsten Sparvariante zuzustimmen.

Direktorin BSS *Franziska Teuscher*: Ich persönlich bin eine überzeugte Verfechterin der Gemeinwesenarbeit. Ich wohne schon lange in der Stadt Bern. Im Laufe der Zeit haben meine Familie und ich von zahlreichen Angeboten, die im Rahmen der Gemeinwesenarbeit für die Stadtbevölkerung angeboten werden, profitieren können, sei es in Form von „Räbeliechtliumzügen“ und Kinderfasnacht oder in Form von gemieteten Räumlichkeiten für Familienfeste, die wir in unserer Wohnung wegen Platzmangels nicht hätten abhalten können. Auch in meiner Funktion als Sozialdirektorin anerkenne ich den Wert der Gemeinwesenarbeit. Die Gemeinwesenarbeit trägt sehr viel zur Lebensqualität in unseren Quartieren bei. Damit bildet sie einen jener Werte, die bei verschiedenen Umfragen von den Teilnehmenden, die der Stadt Bern eine hohe Lebensqualität attestieren, honoriert werden. Die Gemeinwesenarbeit ist Bestandteil eines wichtigen sozialen Netzes, das für Menschen in den verschiedensten Lebenslagen Angebote bereithält. In diesem Sinne trägt die Gemeinwesenarbeit auch zur Integration bei. In einigen Fraktionsvoten kam zum Ausdruck, dass die Gemeinwesenarbeit mit den bezahlten Strukturen und den Treffpunkten eine wichtige Voraussetzung dafür schafft, dass sich Leute freiwillig und ehrenamtlich engagieren können. Ich verspreche Ihnen, mich mit Ihnen gemeinsam, über die Parteigrenzen hinweg, für die Gemeinwesenarbeit einzusetzen, zumal eine funktionierende Gemeinwesenarbeit für unsere Stadt einen Mehrwert darstellt. Hingegen müssen wir auch zur Kenntnis nehmen, dass die Gemeinwesenarbeit nur bis Ende 2012 über den Lastenausgleich mit dem Kanton finanziert werden konnte. Infolge der kantonalen Sparpolitik beschloss der Kanton als eine der ersten Massnahmen, sich aus der Finanzierung der Gemeinwesenarbeit zu verabschieden. Der Gemeinderat nahm diese Situation zur Kenntnis und gelangte aus rein finanzpolitischen Überlegungen im Februar zur Entscheidung, dass die Stadt bei der Gemeinwesenarbeit nicht in die Bresche springen kann, wenn sie dem Stadtrat ein ausgeglichenes Budget vorlegen will. In allen Antworten auf die verschiedenen Motionen zu diesem Thema hat der Gemeinderat stets betont, er teile die Überzeugung, dass der Gemeinwesenarbeit eine wichtige Funktion für das Leben in den Quartieren zukomme. Aufgrund der Vorstösse von Ihrer Seite arbeitete der Gemeinderat gemeinsam mit den beteiligten Organisationen, insbesondere mit der vbg, verschiedene Modelle aus, um die verlangten Sparvarianten aufzuzeigen. Ich danke den Leuten aus der Verwaltung sowie den Beteiligten der vbg, des Mütterzentrums, des Familientreffs und des Gemeindehauses Burgfeld, die alle einen grossen Arbeitsbeitrag leisteten, damit wir Ihnen diese Varianten im Hinblick auf die heutige Debatte vorlegen konnten. Dank der Motion mit dem Titel „Neuausrichtung statt Kahlschlag in der Gemeinwesenarbeit“, die heute Abend abgeschrieben worden ist, hatten wir eine gute Grundlage für die Budgetdebatte. Denn es ist wichtig, die Auswirkungen von Sparbeschlüssen zu kennen. Von Ihrer Seite sind verschiedene Anträge zugunsten einer Aufstockung der Gemeinwesenarbeit eingegangen, nun ist es Sache des Stadtrates, festzulegen,

welches politische Gewicht er der Gemeinwesenarbeit in der Stadt Bern zukommen lassen will. Der Gemeinderat geht in seiner Budgetvorlage von einer Kürzung von 1,8 Mio. Franken aus.
Folgende Bemerkung zum Antrag der FDP: Die Idee der FDP, die finanziellen Mittel, die die Stadt Bern aufgrund der Einsparungen des Kantons in gewissen Bereichen einsparen wird, in andere für das soziale Leben in dieser Stadt wichtige Bereiche einfliessen zu lassen, ist an sich nicht falsch. Meiner Meinung nach kommt dieser Vorschlag jedoch verfrüht, zumal wir die Auswirkungen der Massnahmen, die der Kanton allenfalls beschliessen wird, für das Budget 2014 nicht kennen. Die Aussage, dass die in der letzten Woche im Grossrat überwiesene Motion von Ueli Studer in Zusammenhang mit der Sozialhilfe zu einer Entlastung führen wird, ist mit vielen Fragezeichen zu versehen. Man geht davon aus, dass allenfalls bei den Integrationsmassnahmen und bei den Krankenkassenbeiträgen mit einer Reduktion gerechnet werden kann. Die Annahme, dass die Sparbeschlüsse bereits im Jahr 2014 wirksam werden, weil die Sozialhilfe über den Lastenausgleich finanziert wird, ist jedoch sehr hypothetisch. Der Antrag der FDP ist in dieser Form nicht umsetzbar, denn dadurch wird der Gemeinwesenarbeit kein einziger Franken mehr zukommen. Zu den Fragen in Bezug auf die Speiseanstalt Spysi und die Auswirkungen, die der nun zu treffende Entscheid für das Mütterzentrum, den Familientreff und das Gemeindehaus Burgfeld haben wird: Der Gemeinderat hat Varianten mit Einsparungen von 600'000 Franken respektive 900'000 Franken ausgearbeitet. Bei beiden Varianten sind Sparmassnahmen von 50'000 Franken bei der Spysi, dem Mütterzentrum, dem Familientreff und dem Burgfeldtreff vorgesehen. Mit dem Antrag 23d und der Erhöhung der Nettokosten zugunsten der Obdachlosenhilfe um 30‘000 Franken hat der Stadtrat heute entschieden, dass die Spysi nicht an diesen Sparbeitrag anzurechnen ist. Die verbleibenden 20‘000 Franken betreffen das Mütterzentrum, den Familientreff und das Gemeinschaftshaus Burgfeld. Diese drei Institutionen sind mit einem Betrag von 20‘000 Franken an beiden Sparvarianten beteiligt, das heisst, jede dieser Institutionen müsste eine Kürzung von zwei Prozent hinnehmen.

Beschluss

1. Der Antrag 36a unterliegt in der Gegenüberstellung dem Antrag 35c (15 Ja, 59 Nein). *Abst.Nr.066*
2. Der Antrag 35c unterliegt in der Gegenüberstellung dem Antrag 35b (28 Ja, 45 Nein). *Abst.Nr.067*
3. Der Antrag 35b obsiegt in der Gegenüberstellung dem Antrag 35a (59 Ja, 13 Nein). *Abst.Nr.068*
4. Der Antrag 35b obsiegt in der Gegenüberstellung dem Antrag 35 (46 Ja, 28 Nein). *Abst.Nr.069*
5. Der Antrag 35b obsiegt in der Gegenüberstellung dem Antrag des Gemeinderats (53 Ja, 19 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 070*

Der *Vorsitzende*: Wir kommen auf den inzwischen nochmals revidierten Antrag 29a der SVP betreffend die Gebührenbefreiung der Bümplizer Chilbi zurück: Die SVP stellt nunmehr folgenden Antrag: Erhöhung der Nettokosten um 10'000 Franken zugunsten der Bümplizer Chilbi, zweckgebunden an die Gebührenbefreiung. Dieser Antrag fällt unter das Budget der SUE.

Abgeänderter Antrag SVP:

S. **157** Polizeiinspektorat (230200)	SVP	Erhöhung der Nettokosten um 10‘000.00 auf **2'099'211.95** Franken zugunsten P230280 Veranstaltungen

Beschluss
Der Stadtrat stimmt dem Antrag der SVP zu (38 Ja, 31 Nein, 4 Enthaltungen). *Abst.Nr. 071*

Direktor FPI *Alexandre Schmidt*: Nachdem wir etwas mehr als die Hälfte der Budgetdebatte hinter uns gebracht haben, gebe ich folgenden Zwischenstand bekannt: Aus dem bisherigen Budget, das schwarze Zahlen schrieb, wurde im Verlauf der Budgetdiskussion ein Budget mit roten Zahlen. Wir stehen bei einem Defizit von 1'661'973 Franken.

Der *Vorsitzende*: Ich schliesse die Sitzung mit folgender Mitteilung: Wenn Sie für das Tramschienenstück, das Ihnen überreicht worden ist, keine Verwendung haben, können Sie es Manuel C. Widmer übergeben. Er hat eine Idee, wie er diese Teile im Schulunterricht verwerten kann.

- Der Stadtrat verschiebt die weitere Detailberatung zum Produktegruppen-Budget 2014, Traktandum 11. -

Eingänge

Es werden folgende parlamentarische Vorstösse eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet:

1. Dringliche Motion Fraktion SP (Ursula Marti/Benno Frauchiger, SP): Der Länggass-Treff soll der Bevölkerung weiterhin zur Verfügung stehen!
2. Dringliche Interpellation Luzius Theiler (GPB-DA): Geldverschwendung und Sparpolitik in der Elfenau
3. Interfraktionelle Motion GFL/EVP, SP, GB/JA!, BDP/CVP (Manuel C. Widmer, GFL/Halua Pinto de Magalhães, SP/Lea Bill, JA!/Martin Mäder, BDP): Einführung eines städtischen Jugendparlaments
4. Motion Fraktion BDP/CVP (Claudio Fischer, CVP/Kurt Hirsbrunner, BDP): Der Egelsee nach dem Entsorgungshof: Begegnungsstätte für Familien und Anwohner
5. Postulat Fraktion SP (Bettina Stüssi, SP): Neue Nutzungsmöglichkeiten am Egelsee nach Auszug des Entsorgungshofes
6. Postulat Fraktion SVP (Alexander Feuz/Hans Ulrich Gränicher, SVP): Neue Kulturstrategie der Stadt Bern: Spielen vor leeren Bänken?
7. Postulat Fraktion GB/JA! (Regula Tschanz, GB): Barrierefreier Webauftritt für die Stadt Bern
8. Kleine Anfrage Kurt Rüegsegger (SVP)/Mario Imhof (FDP): Was passiert da mit der Hauptverkehrsstrasse durch die Lorraine? Das neue Betriebs-, Gestaltungs- und Nutzungskonzept der Lorrainestrasse

andere Eingänge
-

Schluss der Sitzung: 22.30 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Rudolf Friedli*

Die Protokollführerin: *Barbara Waelti*

Die Namenslisten der Abstimmungen finden sich im Anhang